Die »aggressive Anti-Abschiebe-Industrie«, S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 22 – 1. Juni 2018

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE









Neubesinnung leider unwahrscheinlich: Die SPD schlingert am Abgrund Bild: Imago

# Die SPD ist »todkrank«

## Vordenker und Urgestein Rudolf Dreßler warnt seine Partei vor dem Untergang

**Nach Schulz sollte es eigentlich besser werden. Stattdessen sinken die Sozialdemokraten immer tiefer in den Abgrund.**

Bei der deutschen Sozialdemokratie wachsen Verwirrung und Verzweiflung. Der Ton unter den Spitzengenossen schwankt zwischen gereizt und hilflos. Zu allem Überfluss hat SPD-Vordenker Rudolf Dreßler seine Partei für „todkrank“ erklärt und sich öffentlich zur „neuen linken Sammlungsbewegung“ der Linkspartei-Protagonisten Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine bekannt.

Vor nicht einmal 15 Monaten schwelgten die Sozialdemokraten noch in dem Hochgefühl, mit ihrem gerade gekürten Spitzenmann Martin Schulz demnächst das Kanzleramt erobern zu können. Stattdessen endete die Bundestagswahl katastrophal. In dem folgenden, monatelangen Hin und Her um die Bildung einer neuen Bundesregierung demontierte Schulz sich selbst und musste gehen.

Danach, so die rote Hoffnung, würde es wieder aufwärts gehen. Doch daraus wurde nichts, bei 17 Prozent liegen die Umfragen.

Mitte des Monats stießen mehrere Spitzenleute der Partei Drohungen aus, die Groko zur Mitte der Wahlperiode platzen zu lassen, falls man nicht mehr „sozialdemokratische Inhalte“ aus ihr herausholen könne. Dabei hatten die Sozialdemokraten schon in der vergangenen Merkel-Koalition jede Menge SPD-Punkte durchgesetzt, derweil die Union bemerkenswert blass blieb. Doch es hat augenscheinlich nichts genützt. Warum also sollte es nach weiteren „Erfolgen“ besser werden?

> Das schwarze Loch wird ausgeblendet: die Asylpolitik

Kennzeichnend für das hoffnungslose Gezerre und Gewürge ist das Bemühen, das schwarze Loch der sozialdemokratischen Politik möglichst auszublenden: die Asyl- und Einwanderungspolitik. Hier verharrt die SPD letztlich auf einer Programmatik, die kaum von jener der Grünen zu unterscheiden ist.

Genau hier aber liegt die Bruchlinie, welche die SPD von ihrer einstigen Kernklientel so sehr entfremdet und in nie gekannte Umfragekeller geschickt hat. An dieser Stelle setzen Wagenknecht und Lafontaine an, besetzen Begriffe wie Nationalstaat und Identität, innere Sicherheit und Grenzen positiv. Dreßler, von 1984 bis 2000 Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen und damals einer der bedeutendsten Sozialpolitiker des Landes und seiner Partei, ist ihnen dorthin gefolgt.

Ob er in seiner Partei Nachahmer findet, bleibt abzuwarten. Prekär für die SPD ist, dass gerade bei den Nachwuchstalenten um Juso-Chef Kevin Kühnert eine Neubesinnung auf nationale Identität oder geschützte Grenzen faktisch ausgeschlossen erscheint. Sie sind tief durchwirkt vom grün-linken Multikulti-Ideal. So dürfte sich die innere Zerrissenheit der SPD ebenso weiter vertiefen wie ihre Entfremdung von immer weiteren Teilen ihrer einstigen Anhängerschaft. Dreßler weiß, warum er seiner Partei bereits das Totenglöcklein läutet. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

## *Aktionismus*

Ab heute gilt in Hamburg das erste lokale Fahrverbot für Dieselfahrzeuge in Deutschland. Betroffen sind aber nur zwei Straßen. Ein 1,6 Kilometer langer Abschnitt der Stresemannstraße ist für Diesel-Lkw bis einschließlich Euro-Norm V gesperrt, und auf 580 Metern der Max-Brauer-Allee dürfen keine Dieselfahrzeuge mehr fahren, die nicht die Euro-Norm 6/VI erfüllen. Umweltsenator Jens Kerstan (Grüne) gibt vor, damit etwas Substanzielles zur Einhaltung der Schadstoffgrenzwerte getan zu haben.

Doch davon kann keine Rede sein, denn die Durchfahrtsbeschränkungen sind wirkungslos, weil die gesperrten Straßenabschnitte dafür viel zu kurz sind. Zudem gibt es zahllose Ausnahmen für Anlieger, Lieferanten, Busse, Taxen, Müllfahrzeuge – und städtische Dienstwagen, von denen 80 Prozent die neuesten Standards ebenfalls nicht erfüllen. Auch lässt sich das Verbot kaum kontrollieren. Kein Polizist kann einem Fahrzeug die Schadstoff-Klasse ansehen. Die Polizei müsste „verdächtige“ Fahrzeuge also einzeln anhalten und anhand der Fahrzeugpapiere feststellen, welche Norm es erfüllen wird.

Man kann den Durchfahrtsverboten noch nicht einmal als symbolischem Akt etwas Positives abgewinnen, denn sie sind sogar schädlich. Betroffene Kraftfahrer müssen Umleitungen nehmen und somit längere Strecken zurücklegen. Der Ausstoß von Schadstoffen wird also nicht nur verlagert, sondern erhöht. Die Luft in Hamburg wird nicht besser, sondern schlechter werden. Kommentatoren gehen unisono davon aus, dass andere Städte dem Vorbild Hamburgs folgen werden. Es ist zu befürchten, dass sie Recht behalten werden. Denn für billigen Aktionismus sind Politik und Verwaltung bekanntlich immer zu haben.

# »Herrschaft des Unrechts« im Amt

## Der Skandal um das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erschüttert das Vertrauen der Bürger in Regierung und Behörden

Horst Seehofer kann sich jetzt als Bundesinnenminister am Beispiel der Bremer Außenstelle eine praktische Vorstellung davon machen, wie weit die von ihm beschworene „Herrschaft des Unrechts“ im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) unter Angela Merkel bereits gediehen ist.

90 Prozent der Deutschen haben laut einer Umfrage quer durch alle Parteien nur geringes oder sehr geringes Vertrauen in das Bamf. Dafür ist sicherlich auch der Bundeswehrsoldat Franco A. verantwortlich, der als vorgeblicher syrischer Flüchtling das Amt vor der ganzen Nation lächerlich machte. Wenn schon ein Deutscher ohne Arabischkenntnisse das Bamf narren konnte, wie viele wirklich arabisch sprechende, aber nicht asylberechtigte Antragsteller konnten dann wohl das Amt narren? Nun gab es zumindest eine Teilantwort auf diese Frage, als bekannt geworden war, dass die Bremer Bamf-Außenstelle zwischen 2013 und 2016 in mindestens 1200 Fällen Asylanträge zu Unrecht bewilligt hat.

Viele weitere Außenstellen des Bamf wie auch andere Sicherheits- und Sozialbehörden wurden mittlerweile in den Skandal mit hineingezogen. In ihn sind Hunderte, vielleicht sogar Tausende, von Dolmetschern, Rechtsanwälten, Ärzten, Beamten und Sicherheitsleuten verwickelt, die getrickst oder einfach die Augen zugemacht haben, wo sie eigentlich hätten hinschauen müssen. Noch sind die Motive dafür unklar. Die Spekulationen reichen von einer ausgeprägten Solidarisierung mit den Antragstellern bis hin zur Überforderung durch den raschen Zuwachs an Arbeitsbelastung und unerfahrenem Personal infolge der Zuwanderungskrise. Oder es war einfach Korruption. Seehofer hat jetzt den Bremern vorerst weitere Asylentscheidungen untersagt. Allerdings war Bremen nur die Spitze eines Eisberges. Ob die Missstände Einzelfälle oder Normalität waren, muss geklärt werden.

Bei all dem Schlendrian im Bamf mit ständig wechselnden gesetzlichen Vorgaben, mangelnder Personalausstattung und mangelnder Personalauswahl kommt natürlich auch die Datensicherheit der wirklich Schutzbedürftigen zu kurz. Man muss befürchten, dass der Schlendrian auch von vielen Verfolger-Staaten genutzt wurde, um Spione als Mitarbeiter beim Bamf einzuschleusen. Das Amt bringt also gerade diejenigen, für die es einmal geschaffen wurde, nämlich die wirklich Verfolgten und und seien es auch nur wenige, durch seinen Schlendrian zusätzlich in Gefahr. Da klingt es wie Hohn, wenn die Kanzlerin in der Regierungserklärung tönte: „Im Großen und Ganzen“ habe man die „Flüchtlingsfrage“ bewältigt.

Vielleicht haben die Missstände im Bamf ganz einfach damit zu tun, dass viele der Mitarbeiter in der von der Kanzlerin verfügten Grenzöffnung in einem Anfall von Humanität einen Ansporn sahen, auch die Grenzen des Bamf zu öffnen und nicht mehr so genau hinzuschauen, wer da alles einen Antrag auf Asyl stellte. Bis zum Amtsantritt von Seehofer in diesem Frühjahr saßen durchweg Merkelgetreue im Innenministerium, die nicht so genau hingeschaut haben.

Von daher erwarten jetzt viele von Seehofer eine schnelle Lösung der Mammutaufgabe, das Bamf auszumisten oder komplett neu aufzubauen. Auf dem Höhepunkt der Asylkrise hatte Seehofer erklärt, in Deutschland bestehe eine „Herrschaft des Unrechts“. Diese Herrschaft des Unrechts im Bamf muss Seehofer jetzt bewältigen. Das dürfte sehr schwer fallen, denn Kaschieren, Täuschen und Tarnen sind probate Mittel in der Merkelschen Zuwanderungspolitik geworden. Der Skandal im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat das Potenzial, das Vertrauen der Bürger in die Asylpolitik der Bundesregierung und in die Zuverlässigkeit deutscher Behörden nachhaltig zu erschüttern. *Bodo Bost*

(siehe auch Kolumne Seite 8)

MELDUNGEN

## Gute Geschäfte mit Kriegswaffen

**Berlin** – Bundeskanzlerin Angela Merkel betont immer wieder die Verantwortung Deutschlands für Frieden und Sicherheit in der Welt, doch ihre Regierung selbst trägt nicht zur Befriedung bei. Die Bundesregierung hat nämlich in der vergangenen Legislaturperiode Einzelgenehmigungen für die Ausfuhr von Kriegswaffen in einer Gesamthöhe von 8,51 Milliarden Euro sowie Sammelgenehmigungen in Höhe von 976 Millionen Euro erteilt. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der Linkspartei hervor. Der Wert der ausgeführten Waffen belief sich, um mehrfache Aus- und Einfuhren bereinigt, auf 8,56 Milliarden Euro. *J.H.*

## Präsident droht mit Notstand

**Jakarta** – Indonesiens Präsident Joko Widodo hat das Parlament aufgefordert, bis Ende Juni den Weg für eine Verschärfung der Antiterrorgesetze freizumachen. Widodo drohte mit einer Notstandsverordnung, falls das Parlament blockiere. Seit Jahren sieht sich das größte muslimische Land der Erde mit einer erhöhten Bedrohung durch den Islamischen Staat (IS) und mit diesem verbundener lokaler Gruppen konfrontiert. Zwei Anschläge in nur zwei Tagen erschütterten Indonesien kurz vor Beginn des Fastenmonats Ramadan. Einen Tag nach dem Angriff auf drei christliche Kirchen in Indonesiens zweitgrößter Stadt Surabaya auf der Insel Java war die Polizeizentrale der Stadt das Ziel. Mindestens 17 Todesopfer, zumeist Kirchgänger und Polizisten, waren zu beklagen. Die Attentäter der koordinierten Mehrfachanschläge stammten allesamt aus einer Familie, inklusive minderjähriger Kinder. Der IS übernahm über sein Sprachrohr Amak die Verantwortung für die Anschläge. Auch in der indonesischen Politik treten Fundamentalisten immer fordernder und erfolgreicher auf. Die Hoffnungen liberaler Kreise, aber auch westlicher Wirtschaftsvertreter, Widodo könnte den Trend umkehren, haben sich seit seiner Wahl 2014 nicht erfüllt. In Banda Aceh gilt seit einigen Jahren bereits die Scharia. Dieses Zugeständnis musste die Zentralregierung machen, um einen seit Jahrzehnten wütenden radikalislamischen Guerillakampf um die Unabhängigkeit der Region zu beenden. Gestärkt durch diesen Erfolg, gelang es den radikalen Moslems vor einem Jahr, mit einigen der größten Massendemonstrationen in der indonesischen Geschichte die Behörden zu zwingen, den ehemaligen christlichen Gouverneur der Metropole Jakarta, Basuki Tjahaja Purnama, vor Gericht zu zerren. Er wurde auf Basis eines Blasphemie-Paragrafen zu zwei Jahren Haft verurteilt. Purnama soll den Koran beleidigt haben, weil er seinem Gegner verboten hatte, sich auf den Koran zu berufen. Radikale Moslems untersagten es daraufhin ihren Anhängern mit Berufung auf den Koran, ihn zu wählen. Seine Verurteilung ist ein Beleg für den wachsenden Einfluss der radikalen Moselms. Widodo, selbst gläubiger Muslim, versucht seit einigen Jahren, den Terrorismus außer mit polizeilichen und juristischen Maßnahmen auch mit „Soft Power“ zu bekämpfen, wie er es nennt. Dabei arbeitet seine Regierung mit den beiden größten gemäßigten islamischen Organisationen des Landes zusammen. *B.B.*

# Wahlentscheidende Auslandstürken?

## Nach neuesten Umfragen findet sich in der Türkei keine absolute Mehrheit für Erdogan als Präsidenten

**Am 24. Juni wird in der Türkei über einen neuen Präsidenten und ein neues Parlament abgestimmt. Die Wiederwahl von Tayyip Erdogan und ein Wahlsieg seiner Regierungspartei AKP galten lange als sicher. Doch nun ist eine Wechselstimmung zu spüren.**

Staatspräsident Erdogan hatte die Wahlen extra um fast 18 Monate vorgezogen, um die Oppositionsparteien kalt zu erwischen und ihnen nur wenig Zeit zu lassen, einen Wahlkampf professionell zu gestalten. Dennoch würden gemäß einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Sonar, das bei der Präsidentenwahl vor vier Jahren nah am Ergebnis lag, nur 42 Prozent für Erdogan stimmen. Die Mehrheit hingegen würde für einen der fünf Kandidaten der Opposition stimmen. Nun ist diese Mehrheit zersplittert, aber dass Erdogan und seine Partei, die an allen relevanten Schaltstellen der Macht sitzt, keine absolute Mehrheit auf die Beine bringen, überrascht dann doch.

„Bei diesen Präsidenten- und den Parlamentswahlen besteht eine reale Hoffnung auf einen Wechsel“, erklärte Aydin Sezgin gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Sezgin ist stellvertretende Vorsitzender der im vergangenen Oktober gegründeten Iyi Parti (IYI, Gute Partei), die als nationalkonservativ bis nationalistisch, laizistisch-kemalistisch ausgerichtet gilt.

Beim ersten Wahlgang braucht ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen, um gewählt zu sein. Falls dies keinem Kandidaten gelingt, folgt zwei Wochen später ein weiterer Wahlgang, bei dem die einfache Mehrheit reicht. Der Sieger der Wahl wird sowohl Staatsoberhaupt als auch Regierungschef, das Amt des Ministerpräsidenten entfällt.

Die Wahlen in dem Land, das lange als EU-Beitrittskandidat galt, erfolgen unter schwierigen Bedingungen. Exemplarisch dafür ist Selahattin Demirtas, der von der prokurdischen Halkların Demokratik Partisi (HDP, Demokratische Partei der Völker) nominiert wurde, obwohl er seit November 2016 in Haft sitzt. Der 45-Jährige ist ein Intimfeind Erdogans und konnte bei der Präsidentschaftswahl 2014 mit 9,8 Prozent der Stimmen einen Achtungserfolg erzielen. Der Präsident hat ihn als „Terrorhelfer und Putschisten“ bezeichnet und für ihn eine lange Haftstrafe gefordert.

> Bei den Präsidentschaftswahlen vom 24. Juni verhelfen möglicherweise die Türken in Deutschland dem Amtsinhaber zum Sieg



Feierten in Sarajewo ihren Präsidenten: In Europa lebende Auslandstürken Bild: Imago

Die größte Oppositionspartei ist die Cumhuriyet Halk Partisi (CHP, Republikanische Volkspartei). Ihr Präsidentschaftskandidat ist Muharrem Ince. Der ehemalige Physiklehrer und Schuldirektor gehört seit 2002 dem Parlament an und hat sich mit seiner Wortgewalt ebenfalls den Zorn des Präsidenten zugezogen. „Sie stehlen nicht nur unsere Zukunft, sondern auch die unserer Kinder und Enkel. Wir werden uns unsere Zukunft zurückholen“, erklärte er zu Beginn des Wahlkampfs.

Doch auch er ist nicht der unumstrittene Oppositionsführer, der die Opposition hinter sich einen könnte. 15 Abgeordnete seiner Fraktion sind zur IYI übergetreten, um dieser die Teilnahme an den vorgezogenen Wahlen im Juni zu ermöglichen. „Sie haben sich für die Demokratie und deshalb dazu entschieden, sich der IYI anzuschließen“, hieß es in einer Erklärung zur Begründung ihres Schrittes. Allerdings gibt es auch Berichte über interne Streitigkeiten, die dazu geführt hätten, dass sich die Abgeordneten der IYI angeschlossen haben. Vorsitzende der IYI ist die frühere Innenministerin Meral Aksener. Die 61-Jährige gehörte vom November 1996 bis zum Juni 1997 dem Kabinett an und ist die einzige weibliche Bewerberin um das Präsidentenamt. Sie wurde vor gut zwei Jahren aus der Milliyetçi Hareket Partisi (MHP, Partei der Nationalistischen Bewegung) ausgeschlossen, die als politischer Arm der Grauen Wölfe gilt. Nach ihrem Ausschluss hatte sie mit der IYI ihre eigene Partei gegründet.

Es gibt Gerüchte, Erdogan habe die Wahl deshalb vorgezogen, um einen Wahlantritt der IYI zu verhindern. Aksener gilt als äußerst populär. In kurzer Zeit schaffte sie es, die 100 000 notariell beglaubigte Unterschriften von Wahlberechtigten zu bekommen, die in der Türkei für eine Kandidatur benötigt werden.

Keine wirklichen Chancen werden Dogu Perinçek von der linksnationalistischen und russlandfreundlichen Vatan Partisi (Vaterlandspartei) eingeräumt. Der 75-Jährige Jurist wurde wegen Unterstützung der Militärputsche 1971 und 1980 inhaftiert. 2003 wurde er für schuldig befunden, „Führer einer terroristischen Organisation“ zu sein, und zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt, allerdings wenige Monate später schon wieder freigelassen.

Noch über ein Jahr älter ist Temel Karamollaoglu, der Chef der radikalislamischen Saadet Partisi (Partei der Glückseligkeit). Er ist ein Urgestein der türkischen Politik und war in den 70er Jahren einmal Wirtschaftsminister. Ernstzunehmende Chancen werden auch ihm nicht eingeräumt.

Das Rennen dürfte sich zwischen dem Amtsinhaber Erdogan, dem Kandidaten der größten Oppositionspartei CHP, Ince, und Aksener von der IYI entscheiden.

Während sich die Opposition zumindest für den ersten Wahlgang der Präsidentenwahlen nicht auf einen gemeinsamen Gegenkandidaten gegen Erdogan hat einigen können, steht Erdogans Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP, Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) bei der Parlamentswahl einem Bündnis aus Inces CHP, Akseners IYI, Karamollaoglus Partei der Glückseligkeit und der als liberal-konservativ geltenden Demokrat Parti (DP, Demokratische Partei) gegenüber. Die vier Oppositionsparteien haben sich auf einen Minimalkonsens geeinigt. Sie wollen die Macht der Regierungspartei brechen – bei allen inhaltlichen Unterschieden untereinander.

Als Zünglein an der Waage könnten die rund drei Millionen Wahlberechtigten im Ausland fungieren. Fast die Hälfte davon lebt in Deutschland, und unter ihnen hat Erdogan überproportional viele Anhänger. *Peter Entinger*

# Auf den Spuren des Donald Trump

## Nach den USA haben auch Guatemala und Paraguay ihre Botschaften von Tel Aviv nach Jerusalem verlegt

Guatemala ist als erster Staat der umstrittenen Entscheidung der USA gefolgt und hat seine Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem verlegt. Präsident Jimmy Morales weihte einen Tag nach den USA die neue Botschaft in Jerusalem im Beisein von Premierminister Benjamin Netanjahu und dem israelischen Präsidenten Reuven Rivlin ein. Israel und Guatemala unterhalten „exzellente Beziehungen“. Guatemala hatte auch 1948 als zweiter Staat nach den USA den Staat Israel anerkannt. In Guatemala leben zwar nur einige Hundert Juden, aber in Mittelamerika fanden viele Juden, die vor dem Holocaust geflüchtet waren und woanders vor verschlossenen Toren standen, bereitwillig Aufnahme. 1956 war Guatemala sogar das erste Land der Welt, das eine Botschaft in Jerusalem eröffnete. Erst nach der Annexion des Ostteils der Stadt durch Israel 1980 war Guatemala mit seiner Botschaft wie 15 weitere Staaten nach Tel Aviv umgezogen.

Insofern kehrte es nun mit seiner diplomatischen Vertretung nach Jerusalem zurück. Deshalb hieß es auf einem Begrüßungsschild: „Guatemaltekische Botschaft, willkommen zu Hause.“ Die Flaggen von Guatemala schmückten die ganze Stadt Jerusalem. Israels Premier sagte zur Eröffnung der guatemaltekischen Botschaft in Jerusalem: „Wir erinnern uns an unsere Freunde, und Guatemala ist unser Freund, damals wie heute.“ Man teile so viele Ziele, obwohl man so weit von einander entfernt sei, fuhr Netanjahu fort und fügte hinzu, er werde die bilateralen Beziehungen auf praktische Weise voranbringen.

> Die Regierungen von Honduras, der Tschechei und Rumäniens gehen zumindest schon einmal mit dem Gedanken schwanger

Es gibt enge Beziehungen zwischen beiden Staaten, Israel unterstützte das mittelamerikanische Land zuletzt beim Aufbau einer Spezialklinik sowie im Agrar- und Umweltsektor. Zudem werden nach Angaben der Nachrichtenagentur AGN Polizeikommissare aus Guatemala in Israel ausgebildet. Ferner gibt es eine Kooperation im Militärbereich. Morales seinerseits beschrieb die Beziehungen zwischen den beiden Ländern als „Liebe zwischen Brüdern“. Die Botschaft befindet sich im Jerusalemer Technologiepark Malha.

Auch Paraguay hat inzwischen seine Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem verlegt und Honduras hat zumindest schon einmal die Absicht bekundet, dieses zu tun. In Europa haben die tschechische und die rumänische Regierung ihren Willen bekundet, über einen Botschaftsumzug zumindest nachzudenken. In der Tschechei gibt es jedoch keine vom Parlament abgesegnete Regierung. In Rumänien hat Staatspräsident Klaus Johannis dem Willen der von den postkommunistischen Sozialdemokraten geführten Regierung bislang nicht entsprochen, die Botschaft zu verlegen. Österreich und Ungarn hatten Vertreter zur Einweihung der US-Botschaft in Jerusalem entsandt. Deshalb rief Palästinenserpräsident Mahmud Abbas seine Botschafter von diesen Ländern zu Konsultationen zurück.

In Mittelamerika wie in den USA werden die evangelikalen Christen immer stärker. Auch Guatemalas Präsident Jimmy Morales gehört wie vier Zehntel der Bevölkerung seines Landes bereits dieser Gruppe von Christen an, die in einer wörtlichen Interpretation der Bibel und der Rückkehr der Juden ins Heilige Land Vorzeichen der Erlösung sehen. In dem einst fast rein katholischen Kontinent machen die Evangelikalen der katholischen Kirche immer mehr Seelen abspenstig. Viele rechnen diesen Aderlass der kommunistisch inspirierten katholischen Theologie der Befreiung zu. Das einst durch und durch katholische Brasilien steht kurz davor, seine katholische Mehrheit zu verlieren. Auch Brasiliens Evangelikale, die mit dem libanesischstämmigen Präsident Michel Temer erstmals einen ihrer Sympathisanten an die Macht bringen konnten, sind große Freunde Israels. Die evangelikale „Universalkirche vom Reich Gottes“, die mit „Bischof“ Marcelo Crivella auch den Bürgermeister von Rio de Janeiro stellt, hat vor einigen Jahren ihre neue Großkirche in São Paulo im Stile des jüdischen Tempels von Jerusalem gebaut.

> In Mittelamerika wie in den USA werden die Israel-freundlichen Evangelikalen immer stärker

Im Heiligen Land selbst baut die Pfingstkirche gerade die biblische Stadt Gilgal in der Nähe von Jericho originalgetreu, auf dem Gebiet des besetzten Westjordanlandes, wieder auf. Auch in Israel weiß man das Engagement der Evangelikalen zugunsten des jüdischen Staates sehr zu schätzen. Während die schätzungsweise zwölf Millionen Juden weltweit den jüdischen Staat teilweise sogar ablehnen, ist der Glaube an die Mission Israels bei den Evangelikalen ungebrochen. Und sie könnten weltweit gut die 20-fache Menge an Anhängern mobilisieren. Denn auch in Afrika, vor allem in Nigeria und Südafrika, sind die Evangelikalen auf dem Vormarsch. *Bodo Bost*

# Getretene Hunde bellen

## Wie die von Dobrindt kritisierte »aggressive Anti-Abschiebe-Industrie« funktioniert

**CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt hat in der Diskussion um den gewaltsamen Versuch, die Abschiebung des Togoers Yussif O. zu verhindern, die ständig wachsende „aggressive Anti-Abschiebe-Industrie“ kritisiert. In der Tat hat der Versuch einer Reihe von Organisationen, abgelehnte Asylbewerber vor einer Rückführung zu bewahren, inzwischen industrielle Ausmaße angenommen.**

Bei den von marxistischen Gruppen organisierten Demonstrationen zum 200. Geburtstag von Karl Marx in Trier war auffallend, dass dort viele „Refugees welcome“-Plakate gezeigt wurden. Sie überwogen an vielen Orten in Trier sogar die etwas außer Mode gekommenen traditionellen roten Fahnen. Dies veranlasste Alexander Dobrindt (CSU) dazu, von einer von Marxisten gesteuerten „aggressiven Anti-Abschiebe-Industrie“ zu sprechen, die von Aktivisten, Anwälten und Sozialarbeitern betrieben werde. Die aggressive Anti-Abschiebe-Industrie sabotiere bewusst die Bemühungen des Rechtsstaates um eine schnellere Durchführung von Asylverfahren.

Abgelehnte Asylbewerber haben im rot-grünen Spektrum, wie schon der Vordenker des Euro-Islam und der Leitkulturdebatte Bassam Tibi analysierte, gut organisierte Unterstützer. In den Augen vieler rot-grüner Aktivisten bilden Asylsucher das neue Proletariat, das infolge der sozialen Entwicklung der Gesellschaft auszusterben drohe.

Zu der Anti-Abschiebe-Industrie gehören beispielsweise die sogenannten Flüchtlingsräte. Behördenmitarbeiter, die mit Abschiebungen zu tun haben, beklagen sich immer häufiger über die Bemühungen der sogenannten Landesflüchtlingsräte, Abschiebungen zu verhindern. Diese oft mit öffentlichen Mitteln alimentierten Verbände vertreten Dutzende lokaler „Flüchtlingsräte“ wie Immigrantenorganisationen und sind zumeist Mitglieder von Pro Asyl. „Landesflüchtlingsräte“ leiten angebliche Härtefälle unter den Abzuschiebenden an die Medien weiter, um öffentliche Aufmerksamkeit zu erzeugen. Sie geben Betroffenen auch Tipps, wie man sich am besten einer Abschiebung entzieht. So ist es auch zu erklären, dass bei den bislang durchgeführten Rückführungen nach Afghanistan in den Flugzeugen mehr als die Hälfte der Plätze für kriminelle Abzuschiebende leer blieben.

Dadurch dass „Flüchtlingsräte“ Abschiebungstermine über Internetseiten bekannt geben inklusive Tipps zum Untertauchen, bewegen sie sich zwar an der Grenze der Strafbarkeit, doch führt das angesichts der guten Kontakte dieser Räte in die Politik kaum zu Ahndungen. In ihrer Selbstwahrnehmung verhelfen die Aktivisten den Zuwanderern zu deren vermeintlichem „Menschenrecht auf Asyl“ in Deutschland. Deshalb gehören zu dieser Industrie auch ganze Kirchengemeinden, die Kirchenasyl sogar für muslimische Extremisten anbieten, die das Christentum und die deutschen Gesetze nicht nur ablehnen, sondern auch bekämpfen und teilweise zu diesem Zweck extra nach Deutschland gekommen sind.

Die Mehrheit der unerlaubt eingereisten Immigranten, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) nicht als Flüchtlinge anerkannt werden, klagt gegen diese Entscheidung. Inzwischen haben die Verwaltungsgerichte mehr mit Asylfragen zu tun als mit Fragen aus allen anderen Bereichen. Deshalb ist die Anti-Abschiebe-Industrie auch für die scheinbar schleppende Arbeit der Verwaltungsgerichte verantwortlich, unter der Millionen Bürger und Ämter zu leiden haben. Hunderte Anwälte und ganze universitäre Fortbildungen haben sich auf dieses Betätigungsfeld spezialisiert. Zwar ist die Zahlungsmoral bei anderen Rechtsfeldern besser, aber im Ausländerrecht ist langfristig mit einer wachsenden Zahl von Aufträgen zu rechnen. Die Nutzung der Verwaltungsgerichte ist in Asylverfahren kostenlos, für den Kläger, nicht für den Steuerzahler. Letztere tragen die Gerichtskosten sowie die Anwaltskosten der beklagten Behörde. Für den Fall, dass keine Prozesskostenbeihilfe aus der öffentlichen Kasse bezahlt wird, hat die Anti-Abschiebe-Industrie große Rechtshilfefonds eingerichtet. Anwälte übernehmen auch Klagen, die keine Aussicht auf Erfolg haben. Den Ausreisepflichtigen geht es zunächst darum, Zeit zu gewinnen. Je länger es einem abgelehnten Asylbewerber durch geschickte Anwälte gelingt, in Deutschland zu bleiben, desto unwahrscheinlicher wird die Abschiebung.

Mehr als eine halbe Million abgelehnte Asylbewerber halten sich derzeit in Deutschland auf. 400 000 von ihnen leben schon länger als sechs Jahre in Deutschland. Die meisten abgelehnten Asylbewerber kommen aus der Türkei (77 600), dem Kosovo (68 549) und Serbien (50 817), allesamt Staaten, die Beitrittsverhandlungen mit der EU führen. Etwa 170 000 von ihnen sind geduldet, darunter auch 37 000 Personen, die wegen fehlender Reisedokumente in Deutschland bleiben dürfen. Auch die Leitmedien spielen eine große Rolle in der Anti-Abschiebe-Industrie. Sie kennen die Macht der unschönen Bilder, die sich von Abschiebungen machen lassen und den Druck auf die Politik erhöhen.

*Bodo Bost*




Systematisch hat die Anti-Abschiebe-Industrie dazu beigetragen, dass bei den bislang durchgeführten Rückführungen nach Afghanistan in den Flugzeugen mehr als die Hälfte der Plätze für kriminelle Abzuschiebende leer blieben: Eine Maschine steht am Flughafen in München bereit, um im Rahmen einer Sammelabschiebung rund 50 abgelehnte Asylbewerber nach Afghanistan zurückzubringen

Bild: pa

## MELDUNGEN

### Mandic darf bleiben

**Berlin** – Das Amtsgericht Berlin-Mitte hat den Ausschluss eines Mitglieds aus dem Arbeitskreis Migrationsrecht des deutschen Anwaltvereins aufgehoben. Dubravko Mandic, Mitglied der Patriotischen Plattform von AfD-Mitgliedern, war vorgeworfen worden, mehrere Politiker beleidigt zu haben, indem er Ende 2015 auf seiner Facebook-Seite eine Darstellung der Hauptangeklagten der Nürnberger Prozesse, deren Köpfe durch die Konterfeis aktueller Politiker ausgetauscht worden waren, geteilt und kommentiert habe. Dafür war der Fachanwalt für Strafrecht kürzlich wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe verurteilt worden (siehe *PAZ* 19/2018). Allerdings ist das Urteil noch nicht rechtskräftig. Von dieser Sanktion ließ sich die Amtsrichterin jedoch nicht beeindrucken und hob den Ausschluss auf. *J.S.*

### Bürokratiebremse des Bundes wirkt

**Berlin** – Die Wirtschaft wurde laut Jahresbericht der Bundesregierung zur sogenannten Bürokratiebremse seit 2015 um laufenden Erfüllungsaufwand in Höhe von rund 1,9 Milliarden Euro entlastet. Im vergangenen Jahr lag die Entlastung bei etwa 305 Millionen Euro. Allerdings hat der Erfüllungsaufwand, der für die Wirtschaft aus der Umsetzung von EU-Vorgaben entstand, 2017 um rund eine Milliarde Euro zugenommen, was unterm Strich zu einer höheren Belastung der Unternehmen geführt hat. Mit der Bürokratiebremse sollen Belastungen für die Wirtschaft dauerhaft begrenzt werden. Da, wo durch den Bund neue Belastungen aufgebaut werden, sollen an anderer Stelle welche abgebaut werden. Seit 2015 hat die Regierung 158 Vorhaben beschlossen, die unter die Bürokratiebremse fallen. Diese führten im Saldo zu einer Entlastung von 900 Millionen Euro. *J.H.*

# Zieht die AfD Glaser zurück?

## Fraktion uneins über Bundestagvizepräsidenten-Kandidaten

Dreimal nominierte die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag Albrecht Glaser als Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten des Parlaments. Nun wird darüber diskutiert, ob er zurückgezogen wird. Denn dreimal ließen die Vertreter der anderen Parteien den ehemaligen Frankfurter Stadtkämmerer durchfallen, obwohl der AfD traditionell ein Sitz in dem Gremium des Bundestags zusteht. Als Begründung wurde angegeben, Glaser habe sich abfällig über in Deutschland lebende Muslime geäußert und sei daher nicht befähigt, einen Teil der Bevölkerung angemessen zu repräsentieren.

Turnusmäßig könnte nach der Sommerpause ein neuer Anlauf genommen werden, denn nach dem dreimaligen Scheitern ließ die AfD den Posten bislang unbesetzt. Die „Bild“-Zeitung berichtete in der vergangenen Woche, man habe sich intern darauf verständigt, im Herbst einen neuen Kandidaten zu präsentieren, um den der AfD zustehenden Platz im Präsidium zu besetzen.

Doch in der Fraktion herrscht darüber offenkundig Uneinigkeit. Eine mögliche Abstimmung sei nach einer intensiven Debatte erst einmal vertagt worden, heißt es. Es gibt viele, die an Glaser festhalten wollen, um einen strategischen Gewinn aus der Debatte zu schlagen. Andere entgegnen dem, es sei schließlich gelungen, dass AfD-Anwärter auf die Posten von Ausschussvorsitzenden gewählt wurden, und dass das mit einem anderen Kandidaten als Glaser möglicherweise auch beim Vizepräsidentenposten klappe. Während Partei- und Fraktionschef Alexander Gauland eher zu einer härteren Linie, einem konfrontativen Kurs tendiert, sagt man der Co-Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel nach, sie wolle einen „realpolitischen Kurs“ gehen. Das Thema soll nun möglicherweise erst nach der Landtagswahl in Bayern im Oktober erneut thematisiert werden.

> Möglicherweise wird Jochen Haug nominiert

Während Parteisprecher Christian Lüth abstritt, dass über konkrete Alternativkandidaten gesprochen worden sei, kursierten in Parteikreisen die Namen der hessischen Abgeordneten Mariana Harder-Kühnel, des früheren niedersächsischen Landesvorsitzenden Paul Hampel oder des Abgeordneten Norbert Haug aus Nordrhein-Westfalen.

Von Hampel, einem der wenigen verbliebenen Funktionäre der Gründerzeit, heißt es, er sei ein Freund Gaulands und führe den Landesverband mit harter Hand. In den letzten Monaten seiner Amtszeit häuften sich Vorwürfe über finanzielle Unregelmäßigkeiten, die dazu führten, dass er vor einigen Wochen den Vorsitz an die Fraktionsvorsitzende im niedersächsischen Landtag, Dana Guth, abgeben musste. In der Vergangenheit hatte der frühere ARD-Korrespondent mehrfach vergeblich für Spitzenämter in der Partei kandidiert.

Harder-Kühnel hingegen wird zum Kreis Alice Weidels zugerechnet. Sie gilt als wertekonservativ und wirtschaftsliberal. Die Juristin sei eloquent und kompromissfähig, heißt es aus der Fraktion.

Da Personalien innerhalb der AfD häufig kontrovers diskutiert werden, könnte am Ende ein Kompromisskandidat das Rennen machen. Ein solcher könnte Jochen Haug sein. Der Kölner Rechtsanwalt hat sich aus parteiinternen Debatten bisher herausgehalten und ist vielen Mitgliedern durch seine besonnene Art als Tagungspräsident bei Parteiversammlungen bekannt. *Peter Entinger*

# Trauriger Erfolg

## Brandenburgs Polizei wurde bei Lkw-Kontrollen häufig fündig

Brandenburgs Polizei hat bei einer Kontrollaktion zahlreiche Mängel an Lastwagen und Bussen sowie eine hohe Zahl von Verstößen festgestellt. Die Beamten hatten bei Schwerpunktkontrollen am 17. Mai Fahrzeugscheine, Bremsen, Lenkung und Fahrtenschreiber von Lastwagen überprüft. Dabei gaben von 270 kontrollierten Fahrzeugen immerhin 130 Anlass für Beanstandungen. Elf Fälle waren so gravierend, dass die Polizei sogar die Weiterfahrt untersagen musste. Nach Angaben des Polizeipräsidiums in Potsdam wiesen acht Fahrzeuge technische Mängel auf, waren mit ungesicherter Ladung oder überladen unterwegs gewesen. Zudem hatten einige Fahrer auch gegen die Lenk- und Ruhezeiten verstoßen oder technische Manipulationen an ihrem Fahrzeug vorgenommen. Die Auswertung der Fahrtenschreiber förderte in 68 Fällen zudem Geschwindigkeitsverstöße zutage.



Lästig, aber sinnvoll: Lkw-Kontrollen durch die Polizei Bild: pa

Dieses Ergebnis ist keine Ausnahme. Im vergangenen Jahr wurden in Brandenburg 28 133 Lastkraftwagen kontrolliert. Dabei wiesen 24 196 Fahrzeuge technische Mängel auf.

Durch eine Anfrage der Grünen im Potsdamer Landtag ist vor Kurzem bekannt geworden, dass die Zahl der Lkw-Kontrollen durch die Polizei stetig zurückgegangen ist. So wurden auf Brandenburgs Straßen im Jahr 2014 noch rund 37 000 Lastwagen kontrolliert, 2017 lag die Zahl bei nur noch rund 28 000. Im Kontrast dazu steht das Wachsen des grenzüberschreitenden Güterverkehrs in Europa.

Viele Speditionen und Fahrer sehen sich einem hohen Konkurrenzdruck durch osmittel- und osteuropäische Anbieter sowie wachsendem Kosten- und Termindruck ausgesetzt. Als Folge stößt die deutsche Polizei bei Großkontrollen von Lastwagen mit Regelmäßigkeit auf eine hohe Zahl von Überschreitungen der zulässigen Lenkzeiten, Geschwindigkeitsverstößen oder gravierenden Mängeln an den Fahrzeugen. In einem drastischen Einzelfall entdeckte im März die Polizei in Rheinland-Pfalz bei einem schwer beladenen bulgarischen Lastzug, der auf der A61 unterwegs war, sogar 100 technische Mängel an Lkw und Anhänger. Viele dieser Kontrollen finden im Rahmen des „Traffic Information System Police“ (TISPOL) statt. Hauptziel dieses europaweiten Polizei-Netzwerkes mit Sitz in London ist es, die Zahlen der Verkehrstoten und Verletzten zu senken. *Norman Hanert*

## Zeitzeugen


Bild: The Influencers

**Adrian Chen** – Der US-amerikanische Journalist arbeitet seit 2016 für das renommierte Magazin „The New Yorker“. Er gehört zu den Journalisten, welche die russische Trollfabrik „Internet Research Agency“ enttarnten und mit Menschen sprachen, die dort gearbeitet hatten. Die Trollfabrik hatte 2013 und 2014 in den USA Falschmeldungen unter anderem über Ebola-Infektionen und Explosionen in einer Chemiefabrik verbreitet.

**German Calas** – Das von ihr gegründete Unternehmen „Devumi“ verkauft falsche Freunde auf Facebook, Twitter und anderen sozialen Netzwerken. Devumi hat nach Recherchen der „New York Times“ rund 200 000 Kunden aus Politik, Medien, Sport, Werbung und Wirtschaft. Auch die staatliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua buchte bei Calas Gefolge und Nachrichten auf Twitter.


Bild: kremlin.ru

**Waleri Gerassimow** – Der russische General ist seit 2012 Generalstabschef der Streitkräfte seines Landes. Auf ihn geht die Gerassimow-Doktrin zurück, die er erstmals im Januar 2013 in einer Rede formulierte. Danach verwischen sich im 21. Jahrhundert die Grenzen zwischen Krieg und Frieden. Staaten nutzen statt Soldaten Propaganda, das Einwirken auf die Opposition oder das Erzeugen von inneren Unruhen im gegnerischen Land.

**Ludmila Sawtschuk** – Die freie Journalistin recherchierte zwei Monate lang verdeckt in der russischen Trollfabrik „Internet Research Agency“ (IRA). Ihr Auftraggeber war eine unabhängige Tageszeitung in St. Petersburg. Die IRA sollte Nachrichten manipulieren. „Unsere Aufgabe war, Putins Botschaft zu verbreiten und Hass gegen Amerikaner, Europäer und Ukrainer zu säen“, sagte sie der Zeitschrift „Business Insider“.


Bild: CF

**Mathias Stahle** – Der schwedische Journalist schleuste sich 2017 in rechtsradikale Online-Gemeinschaften ein und bekam so einen Job in einer rechten Trollfabrik. Er rief Journalisten, Amtsträger von Kirchen und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an und verwickelte sie in Streitgespräche über kontroverse Themen. Die Gespräche wurden aufgezeichnet und stark bearbeitet veröffentlicht, um die Angerufenen in Misskredit zu bringen.

# Schmutziger Krieg im Netz

## Gekaufte Follower und Trolle verbreiten ein falsches Bild von der Wirklichkeit

**Die neuen sozialen Medien, speziell Twitter oder Facebook, aber auch die Online-Medien sind Austragungsort realer Konflikte. Dabei geht es nicht immer fair und mit rechten Dingen zu.**

Es geht um politischen Einfluss, um große Marken und ihre werbetaugliche Präsenz, um die Einfluss- und Verdienstmöglichkeiten von Politikern oder Hollywoodstars. Und weder jedes Unternehmen noch jeder einzelne Nutzer in den sozialen Netzwerken sagt die Wahrheit. Guy Kawasaki, ein renommierter Marketing-Experte aus dem kalifornischen Silicon Valley, meint sogar: „Es gibt zwei Arten von Leuten in sozialen Netzwerken: Die, die mehr Follower wollen, und die, die lügen.“

Warum ist das so? Die „Follower“ bei Twitter oder anderen sozialen Netzwerken, die „likes“ bei Facebook oder die Seitenaufrufe von Internetpräsenzen sind die neue Währung, die sich schnell vom Virtuellen ins Materielle umsetzen lässt. Wer sich beim Online-Nachrichtendienst Twitter eine Gefolgschaft aufbauen will, kann das auf die altmodische Art, nämlich durch ehrliche Arbeit, tun.

Aber man kann sie auch kaufen. Das geht dann natürlich schneller. Speziell US-Firmen haben dieses Geschäft für sich entdeckt. So bietet Devumi 500 und mehr Follower für zehn US-Dollar an, Lieferzeit ein bis zwei Tage. Man kann natürlich mehr kaufen, aber auf die muss man dann etwas länger warten. In den Allgemeinen Geschäftsbedingungen von Twitter ist das natürlich verboten. Aber genau hinzuschauen scheint das US-Unternehmen nicht. Reporter der „New York Times“ nahmen Devumi 2017 genauer unter die Lupe. Sie stellten fest, dass zahlreiche Berühmtheiten der mittleren Kategorie, Sportler, Politiker, Werber und Unternehmen auf der Kundenliste standen. Dort fand sich Michael Dell, dem die gleichnamige Computerfirma gehört. Oder Hilary Rosen, namhafte Journalistin, PR-Beraterin der Demokratischen Partei und CNN-Kommentatorin. Republikanische Politiker hatten Follower gekauft, ebenso ein verantwortlicher Redakteur von „Breitbart News“.

> Firmen wie Staaten haben ihre Finger im Spiel

Das gekaufte Gefolge besteht überwiegend aus Fälschungen. Aber manche Identitäten sind auch schlicht geklaut. So stellte die 19-jährige Amerikanerin Jessica Rychly fest, dass sie einen Online-Zwilling hatte, der Werbung für Autos, erotische Filme und etwas abseitige Politiker machte. Devumi hatte ihr Bild und ihren Namen genommen und so eine falsche Person geschaffen. Hinter diesen Identitäten stehen keine realen Personen, sondern virtuelle Roboter, auch Bots genannt, die alleine oder im Konvoi programmiert werden, um bestimmte Botschaften zu verbreiten.

Die Übergänge zu einem anderen Online-Ärgernis, den Trollen, sind fließend. In der Online-Welt sind Trolle reale Leute oder Bots, die Twitter, Facebook oder die Kommentarspalten von Zeitungen mit unsinnigen Behauptungen, Provokationen, Falschinformationen oder Beleidigungen fluten. Oft stehen regelrechte Trollfarmen dahinter, die entweder in staatlichem Auftrag oder für große Unternehmen arbeiten. Andere versuchen, extremistische Ideologien bekannt zu machen.

Das US-Unternehmen Monsanto beschäftigte kommerzielle Trollfarmen, um die Debatte um Glyphosat und genetisch modifizierte Lebensmittel in den USA zu beeinflussen. Derartige Dienste lassen sich über Vermittler beispielsweise von den Philippinen beziehen. In Russland ist das Trollen in staatlicher Hand. Die wohl bekannteste Trollfarm ist die sogenannte Internet Research Agency (IRA). US-amerikanische und russische Journalisten deckten auf, dass diese IRA auch den letzten Präsidentschaftswahlkampf in den USA zu beeinflussen versuchte. Ein weiteres Ziel war die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Schwedische Journalisten enttarnten ein rechtsradikales Troll-Netzwerk, das gezielt Journalisten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens anging, in Telefongespräche verwickelte, die dann online verbreitet wurden, oder sie im Netz verleumdete.

In Litauen gründeten Online-Aktivisten und besorgte Bürger eine Initiative, um die russischen Trolle online bloßzustellen und ihre Aktivitäten zu dokumentieren.

*Friedrich List*



Bild: Karen Eliot

**Auch Monsanto hat kommerzielle Trollfarmen beschäftigt: Niederlassung des US-Multis im niederländischen Enkhuizen**

## Baltische Elben jagen russische Trolle



Die drei baltischen Republiken sind seit längerem Ziel russischer Desinformationskampagnen. In Litauen gründete sich 2014, während der Ukrainekrise, eine Initiative von Online-Aktivisten, um den Trollen aus dem großen Nachbarland entgegen zu treten. Denn russische Trolle im Staatsauftrag versuchen, die Zugehörigkeit zu NATO und EU madig zu machen. Sie verbreiten Falschinformationen, greifen einzelne Online-Nutzer, aber auch Reporter an.

Die Elben nannten sich nach den fantastischen, menschenähnlichen Wesen aus dem „Herr der Ringe“ von J.R.R. Tolkien. Es begann mit einem kleinen Kreis von Aktiven um einen Litauer Werbefachmann und Blogger, der sich gegenüber der Presse „Mindaugas“ nennt. „Die meisten von uns waren bereits in Online-Gruppen aktiv“, sagte er dem US-Journalisten Michael Weiss, der für die Online-Zeitschrift „Daily Beast“ schreibt. „Sie kämpften gegen Trolle auf Facebook und „vKontakte“, indem sie Beispiele für russische Lügen aufzeigten.“

> Auch Finnen machen mit

„vKontakte“ ist das russische Gegenstück zu Facebook. Weil in den baltischen Republiken viele Russen leben und die meisten Menschen auch Russisch sprechen, ist „vKontakte“ auch im Baltikum populär. Viele von ihnen, wie Mindaugas, bleiben anonym und nutzen eine elektronische Tarnidentität, während andere Aktivisten unter ihren Klarnamen an die Öffentlichkeit gehen. Die Trolle aus Russland verbreiten eine Erzählung, nach der die Unabhängigkeit den Balten nur Probleme und wirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht habe. Inzwischen haben sich Elben auch in Lettland und Estland sowie in Finnland gesammelt. Sie sind in den sozialen Netzwerken unterwegs, gehen die Trolle argumentativ an. Wenn sie einen identifizieren, sorgen sie dafür, dass das betreffende Nutzerkonto gesperrt wird. Außerdem tragen sie seit Anfang 2018 eine Online-Datenbank mit identifizierten Trollen und Trollfabriken zusammen.

*F.L.*

# Älter als das Internet

## Wir alle kennen Streithammel, Intriganten, Lästermäuler, Trolle

Trolle sind im Grunde viel älter als das Internet. Wir alle kennen sie – es sind Menschen, die gerne einen Streit anzetteln und eskalieren lassen, Klatsch verbreiten und gerne mal einen gegen den anderen ausspielen. Wohl genauso alt sind professionelle Trolle, die genau dieselben Dinge im Auftrag von Kaisern und Königen, gewählten Regierungen und Diktatoren, Geheimdiensten oder Unternehmen tun. Das Ministerium für Staatssicherheit nannte das „operative Zersetzung“, etwa wenn der Freundeskreis eines missliebigen Menschen oder ein Dissidentenzirkel gesprengt werden sollte.

Die Bezeichnung „Troll“ selbst als Name für Online-Störenfriede tauchte in den 90er Jahren auf. Damals trafen sich die vorwiegend US-amerikanischen Internetnutzer im sogenannten Usenet. Natürlich fielen Quertreiber ziemlich schnell auf. Zudem brachten natürlich alle ihre Offline-Streitigkeiten mit in die neue Online-Welt. Eine raue und mitunter brutale Online-Kultur entstand. Mit dem Wachsen des Internets, dem Entstehen neuer elektronischer Treffpunkte wie Chats, Foren oder den Online-Kommentarspalten breitete sich diese Online-Kultur weiter aus. Allerdings wurde da nichts neu erfunden. Die Art Gespräch, die früher auf kleinere Kreise beschränkt geblieben war, fand nun öffentlich statt. Jeder konnte mitmachen. Kurznachrichtendienste wie Twitter wirkten als Verstärker.

Gleichzeitig entdeckten nach dem Ende des Kalten Krieges westliche Militärtheoretiker den Informationskrieg für sich. Sie postulierten nun, wie das ihre sowjetischen Kollegen schon lange getan hatten, dass die Verbreitung von Informationen und das Durchsetzen einer dominanten Erzählung Teil der kriegerischen Auseinandersetzung sei. Das wiederum gehörte zu einer größeren Strategie, zu der auch elektronische Spionage und Sabotage gehörten. Der Cyberspace, den viele einfach als Kommunikationsmedium sahen, wurde als Schlachtfeld gedacht.

Das zeigte sich recht deutlich an der Informationspolitik der NATO während der Balkankriege, aber auch an der US-amerikanischen Vorbereitung des Golfkriegs von 2003. Russland wiederum, seines militärischen Potenzials aus Sowjetzeiten beraubt, nutzte den elektronischen Datenraum mehr und mehr für Versuche, andere Staaten zu beeinflussen. Multinationale Konzerne kamen auf ähnliche Ideen. Das Ergebnis sind staatliche und kommerzielle Trollfabriken.

*F.L.*


Preußische Allgemeine Zeitung

Wochenzeitung für Deutschland
Das Ostpreussenblatt

Chefredakteur:
**Dr. Jan Heitmann**

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm

**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 2,70 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

| **Telefon** | **(040) 4140 08-0** |
| --- | --- |
| Telefon Redaktion | (040) 4140 08-32 |
| Fax Redaktion | (040) 4140 08-50 |
| Telefon Anzeigen | (040) 4140 08-32 |
| Telefon Vertrieb | (040) 4140 08-42 |
| Fax Anz./Vertrieb | (040) 4140 08-51 |

**Internet:**
www.preussische-allgemeine.de

**E-Mail:**
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:**
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

# Statt Geschenk droht Kahlschlag

## Senat unter Druck: Schulen fürchten Mittelkürzungen wegen neuer Lernmittelfreiheit



Vielerorts droht Überlastung: Berliner Schule mit Schwerpunkt Inklusion

Bild: pa

**Die Forderung, Kindern Schulbücher kostenlos zur Verfügung zu stellen und damit die Bildungschancen unabhängig vom Einkommen der Eltern zu machen, geht noch auf Ideen der Revolutionäre von 1848 zurück. Berlin will nun zum Modell der Lernmittelfreiheit zurückkehren, das im Jahr 2003 von der damals amtierenden rot-roten Koalition abgeschafft wurde. Die Umsetzung des Vorhabens ist bei allen guten Absichten aber umstritten.**

Bereits ab diesem Sommer sollen Grundschulkinder für Bücher oder Lernhefte nichts mehr bezahlen müssen. Zuvor mussten Eltern pro Jahr bis zu 100 Euro für Lernmaterialien bezahlen, das Land Berlin legte 73 dazu, sodass insgesamt 173 Euro pro Kind zur Verfügung standen. Schon bislang zahlungsbefreit sind Eltern, die auf Sozialtransfers angewiesen sind. Bei ihnen überwies das Land 98 Euro für Lernmaterial an die Schulen. Dies betraf im vergangenen Schuljahr rund 65 000 Kinder, die Eltern von etwa 106 000 Grundschulkindern waren sogenannte „Selbstzahler“.

Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) äußerte die Hoffnung, dass die Lernmittelfreiheit Eltern und Schulen entlastet. Scheeres wies darauf hin, dass die derzeitige Regelung zur Folge habe, dass Schulbücher zum Start des Schuljahres bei vielen Kindern noch nicht vorhanden seien oder verschiedene Auflagen eines Schulbuches genutzt würden. Mit der zentralen Bereitstellung könnten die Lernmaterialen pünktlich zum Schuljahresbeginn ausgeben und damit auch die Unterrichtsqualität verbessert werden, so die Hoffnung der Bildungssenatorin.

Einige Schulleiter haben inzwischen aber auch die Befürchtung geäußert, dass sich die Qualität des Unterrichts am Ende sogar verschlechtern werde. Nach den bekanntgewordenen Plänen des Senats will das Land seine Zahlungen pro Kind von bislang 73 Euro generell auf 98 Euro pro Jahr erhöhen. Damit die Schulen eigene Bücherbestände aufbauen können, sollen in den Jahren 2018 und 2019 nochmals extra 50 Euro pro Kind überwiesen werden.

Ab dem Schuljahr 2020/21 soll dann aber nur noch ein Betrag von 98 Euro vom Land gezahlt werden. Zur Erinnerung: Im Fall der selbstzahlenden Eltern können die Schulen inklusive der Senatsgelder bislang mit einem Gesamtbetrag von 173 Euro kalkulieren. Unterm Strich droht so, dass sich innerhalb weniger Jahre der zur Verfügung stehende Betrag fast halbiert.

Verschärfend kommt hinzu, dass die eigenverantwortlich agierenden Schulen die Gelder für Lernmittel flexibel einsetzen können – zumindest zum Teil auch für die Reparatur von Sportgeräten oder die Anschaffung von Computern. Entsprechend fielen die Reaktionen aus einigen Schulen auf die Senatspläne aus. So protestierten Schulleiter aus dem Bezirk Pankow bereits in einem offenen Brief an Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD). Auch die Opposition im Abgeordentenhaus sieht die Senatspläne skeptisch. Die Berliner CDU hatte sich in ihrem Programm zur letzten Abgeordnetenhauswahl für die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit ausgesprochen. Bei den konkreten Neuregelungsplänen der rot-rot-grünen Koalition sieht man bei der Hauptstadt-Union aber die Gefahr, dass sich die geplante Lernmittelbefreiung als „populistischer Schnellschuss“ herausstellt, der zu Lasten der Bildungsqualität geht.

### Opposition: Die Maßnahme ist ein Schnellschuss

Hildegard Bentele, die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, sagte gegenüber der *PAZ*: „Die SPD greift überhastet – wie eilig einberufene Arbeitsgruppen und angekündigte Informationsschreiben zeigen – in das seit Jahren etablierte System der Lernmittelbeschaffung ein, bei dem Sozialtransferempfänger schon immer von Zahlungen ausgenommen waren und von freiwillig eingerichteten Bücherfonds an Schulen profitiert haben.“

Auch bei der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus wird die Gefahr gesehen, dass die Pläne auf Kosten der Schulen gehen, die Qualität des Unterrichts sinkt und die Bildungschancen der Schüler massiv eingeschränkt werden. Franz Kerker, Bildungsexperte der AfD-Fraktion im Abgeordentenhaus, spricht sogar von einem „vergifteten Geschenk“, auch er äußert die Befürchtung, dass Berlins Schulen künftig effektiv noch weniger Geld zur Verfügung haben werden als bisher.

Dass solche Befürchtungen nicht unbegründet sind, zeigt die Entwicklung bei der Inklusion, dem gemeinsamen Lernen von behinderten und nichtbehinderten Kindern an regulären Schulen. Auch bei diesem Projekt hieß es im Vorfeld, es würden zur Umsetzung ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Ein Brandbrief von Lehrpersonal der Sonnen-Grundschule in Berlin-Neukölln lässt dagegen auf ein Scheitern des Inklusionsprojekts im Schullalltag schließen.

Die Lehrer schreiben, durch Personalmangel, einen hohen Krankenstand und eine schwierige Schülerschaft erfolge ein Schulbetreib nur noch „nebenher“. In dem Brief wird insbesondere auch auf Probleme bei der Inklusion eingegangen. Die Lehrer weisen auf eine große Zahl verhaltensauffälliger und lernbehinderter Kinder hin und warnen, eine „unbegrenzte und alternativlose Inklusion“ könne unter diesen Bedingungen nicht gelingen. *Norman Hanert*

# Berlin am Scheideweg

Von Theo Maass

Am 21. Mai hatten Linksextremisten in Berlin Häuser besetzt, die, wie es die sogenannte „Berliner Linie“ vorgibt, innerhalb von 24 Stunden geräumt wurden. Die Extremisten hatten zuvor Sonderrechte für sich selbst gefordert. 4,50 Euro Monatsmiete je Quadratmeter wolle man für das „selbstverwaltete Wohnprojekt“ bezahlen. Linke „Aktivisten“ (in der früheren DDR eine Bezeichnung für besonders arbeitsame Menschen) beklagen zudem eine „Gentrifizierung“. Gemeint ist, dass sie keine Lust haben, in besseren Wohnlagen höhere Mieten zu bezahlen. Mit der Verwendung eines unverständlichen Fremdwortes kann man aber die eigentliche Absicht besser verschleiern.

Die SPD weiß noch, wie das mit gewalttätigen Hausbesetzungen endete. Nicht etwa, weil die Sozis sich jetzt um die Rechte von Wohnungs- und Hauseigentümern sorgen, das nicht. Aber zu Beginn der 80er Jahre hatten die Berliner von den linken Krawallbrüdern die Nase voll und wählten die CDU in die Regierungsverantwortung. Das war 1981. Es dauerte bis 2001, dass die SPD wieder dauerhaft in Berlin den Regierungschef stellen konnte. 20 Jahre „Enthaltsamkeit“, das ist ein ganzes Politikerleben.

Die rot-rot-grüne Regierung in Berlin besteht aus drei Parteien mit unterschiedlichen politischen Zielen. Die aus der SED hervorgegangene Linkspartei will offenbar durch verstärkte Zuwanderung von Ausländern das Heer der „sozial Benachteiligten“ und damit ihr Wählerpotential aufstocken. Deswegen lässt die Linkspartei-Bausenatorin Karin Lompscher wohl auch so wenige Wohnungen bauen. Das verstärkt zusätzlich den sozialen Druck im Kessel.

Deswegen forderte Lompscher nun für die Hausbesetzer Straffreiheit und auch die Grünen ließen sich dahingehend vernehmen. Kein Wunder, die Besetzungen sind im politischen Interesse der Linkspartei. Erstmals firmierte dieser Tage die SED-Nachfolgepartei in Gesamtberlin in einer Umfrage als stärkste Partei. Die SPD hingegen wurde hinter der CDU nur noch dritte Kraft.

Umgekehrt schweißt die Politik des Senats die drei bürgerlichen Parteien CDU, AfD und FDP zusammen. Noch hätte die SPD die Möglichkeit, Rot-Rot-Grün zu beenden und ein Bündnis mit CDU und FDP einzugehen. Es hätte – noch – eine parlamentarische Mehrheit. In Berlin ließe sich zwar wohl durchaus auch eine bürgerliche Mehrheit finden. Es mangelt aber an einem überzeugenden bürgerlichen Spitzenkandidaten. 1979 holte die Partei Richard von Weizsäcker an die Spitze. Vielleicht wäre es angesichts des traurigen Personaltableaus der CDU auf Bundesebenes überlegenswert, diesmal eine parteilose Persönlichkeit zu engagieren.

# Streit um Ankerzentren

## Berlin und Brandenburg: SPD will sie, Linkspartei sperrt sich

Eine Reihe von Bundesländern lehnt die Idee von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) zur Einrichtung sogenannter Ankerzentren ab. Im Koalitionsvertrag hatten Unionsparteien und SPD vereinbart, Asylbewerber künftig bis zum Abschluss ihrer Verfahren in Großunterkünften unterzubringen. Kurze Wege und eine Bündelung verschiedener Behörden in den Ankerzentren sollen die Verfahren beschleunigen.

Geplant ist zudem, die Asylbewerber erst nach Vorliegen eines positiven Entscheids auf die Kommunen zu verteilen. Erste Pilotprojekte für Ankerzentren könnten nach den Plänen Seehofers bereits im Spätsommer starten. Eines der ersten wird vermutlich das Transitzentrum im bayerischen Manching werden.

Dort wird ohnehin schon viel von dem umgesetzt, was künftig die Ankerzentren auszeichnen soll. In Manching sind Vertreter verschiedenster Behörden, etwa des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) oder der Ausländerbehörde, vor Ort, um für eine Beschleunigung bei den Asylverfahren zu sorgen. Wie auch bei den geplanten Ankerzentren, werden abgelehnte Bewerber direkt aus dem Transitzentrum abgeschoben. Auch der saarländische Ministerpräsident Tobias Hans (CDU) äußerte sich zustimmend.

### Asylverfahren sollen beschleunigt werden

Berlins rot-rot-grüner Senat zählt dagegen zur Riege der Landesregierungen, die Seehofers Plänen ablehnend gegenüberstehen. Ein Sprecher des Innensenators Andreas Geisel (SPD) erklärte, es werde in Berlin kein Ankerzentrum geben. Integrationssenatorin Elke Breitenbach (Linkspartei) sagte, dass die Zentren zu „Ausgrenzung und Desintegration“ führten. Brandenburgs rotrote Landesregierung zeigt sich dagegen in der Frage uneins.

Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) meint: „Ich halte es für völlig vernünftig, dass nur noch Asylbewerber mit sicherer Bleibeperspektive in die Landkreise und kreisfreien Städte verteilt werden und abgelehnte Asylbewerber bis zur freiwilligen Ausreise oder zur Abschiebung in der Erstaufnahmeeinrichtung bleiben.“ Auch Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) signalisierte bei einem Besuch von Horst Seehofer in Potsdam Zustimmung.

Starke Vorbehalte hegt die Linkspartei. Deren Fraktionschef Ralf Christoffers erklärte vor einigen Wochen, die geplanten Zentren seien aus Sicht der Linkspartei grundgesetzwidrig. *N.H.*

# Demo und Gegendemos

## Angezündete Reifen und verletzte Polizisten durch AfD-Gegner

An der AfD-Demonstration unter dem Motto „Für Freiheit und Demokratie“ am letzten Sonntag nahmen laut Berliner Polizei bis zu 5000 Menschen teil. Zuvor gab es Aufrufe gewaltbereiter linksextremer AfD-Gegner, die Demonstration zu stoppen, auch „mit allen Mitteln“.

Gegner der AfD hätten 14 Gegenversammlungen angemeldet, an denen sich bis zu 25 000 Personen beteiligt hätten, so die Polizei. 15 Einsatzkräfte hätten Verletzungen erlitten, drei Polizisten mussten sich im Krankenhaus behandeln lassen und konnten ihren Dienst nicht mehr fortsetzen.

Während Teilnehmer der AfD-Demo unter einer S-Bahnbrücke hindurchgingen, haben laut Polizei Unbekannte eine schweröhaltige Flüssigkeit von der Brücke heruntergekippt, die mehrere Personen traf. Eine getroffene Frau habe über Übelkeit geklagt und kam mit einem Rettungswagen zur ambulanten Behandlung in ein Krankenhaus. In Gruppen von 20 bis 300 Personen hätten Aufzugsgegner immer wieder versucht, die Demonstration zu stören. Einsatzkräfte hätten mehrmals die Personen abdrängen und auch Pfefferspray einsetzen müssen.

### 2400 Polizeikräfte mussten die AfD-Demo schützen

Am Leipziger Platz versuchten demnach mehrere AfD-Gegner, zu den Teilnehmern des AfD-Aufzuges durchzubrechen. Hiergegen hätten Einsatzkräfte Reizgas einsetzen müssen. In der Klopstockstraße, Ecke Großer Stern, hätten Unbekannte ein Fahrzeug angezündet. Zeugen hätten berichtet, dass drei vermummte Personen vom Tatort flüchteten. In der Pappelallee, Ecke Eberswalder Straße, haben laut Bericht etwa 100 zum Teil vermummte Personen einen Einsatzwagen der Polizei angegriffen und eine Dienstkraft verletzt, die in einem Krankenhaus behandelt werden musste.

Anschließend wurden Gegenstände auf die Fahrbahn verbracht und Graffitis aufgesprüht. Hierbei hätten Einsatzkräfte drei Tatverdächtige vorübergehend festgenommen. In der Friedrichstraße, rund um den Schiffbauerdamm hätten Unbekannte ebenfalls Gegenstände auf die Fahrbahn verbracht und ein Kraftfahrzeug angezündet.

25 Personen seien vorübergehend festgenommen worden. Es seien 23 Strafermittlungsverfahren unter anderem wegen Landfriedensbruchs, Körperverletzung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte eingeleitet worden. An dem Einsatz sind laut Polizei bis zu 2400 Dienstkräfte beteiligt gewesen. *M.L.*

MELDUNG

## Wien erschwert Sozialhilfebezug

**Wien** – Die österreichische Regierung hat eine Reform der Mindestsicherung vereinbart. Danach wird es für Ausländer deutlich schwieriger, Anspruch auf Leistungen zu haben. So müssen beispielsweise gehobene Deutschkenntnisse und Qualifizierungsmaßnahmen nachgewiesen werden. Das gilt nicht nur für künftige Antragsteller, sondern nach Übergangsfristen auch für aktuelle Leistungsbezieher. *J.H.*

## Galizias Daten in Deutschland

**Wiesbaden** – Die Familie der ermordeten maltesischen Journalistin Daphne Caruana Galizia hat dem Bundeskriminalamt zwei Computer und drei Festplatten aus dem Besitz der Toten übergeben. Das berichtet die „Süddeutsche Zeitung“, die Teil des sogenannten Daphne Projekts ist, in dessen Rahmen internationale Medien die Recherchen der ermordeten Kollegin fortführen und zur Aufklärung ihres Todes beitragen wollen. Die Familie hatte sich geweigert, die Computer der maltesischen Polizei zu übergeben, weil Galizia dieser nicht getraut habe. Daher befürchtete die Familie, dass ihre Informanten gefährdet seien, sobald ihre Daten von maltesischen Ermittlern ausgewertet würden. Die Wiesbadener Staatsanwaltschaft hat den maltesischen Ermittlungsrichter „in Kenntnis gesetzt und darüber informiert, dass gegebenenfalls im Rahmen eines Rechtshilfeersuchens, welches von maltesischen Behörden zu stellen wäre, eine Übergabe von Daten zumindest durch Sicherungskopien in Betracht kommt“, sagte ein Sprecher. Eigene Ermittlungen führe man nicht. *J.H.*



# In der Doppelzange

### Bundeskanzlerin Angela Merkel wie immer lautlos und angepasst in der Volksrepublik China

**Auch bei der elften China-Reise von Bundeskanzlerin Angela Merkel standen die Wirtschaftsbeziehungen im Vordergrund. Auf der Tagesordnung waren diesmal auch der Handelskonflikt zwischen den USA und China sowie der Ausstieg Washingtons aus dem Iran-Abkommen. Während die Auftragsbücher der deutschen Unternehmen bestens gefüllt sind, baut der chinesische Präsident Xi Jinping die totalitäre Herrschaft weiter aus.**

Der Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Holger Steltzner, schrieb in einem Kommentar: „Der Ausrutscher auf dem roten Teppich von Bundeskanzlerin Merkel beim Staatsbesuch in China symbolisiert das neue Verhältnis beider Staaten. Hier die übermüdete, ausgelaugte Kanzlerin, dort der hellwache, selbstbewusste Präsident Xi, der ungerührt weitergeht.“ Steltzner fragte: „Hat Berlin eine deutsche Haltung zu den amerikanischen Strafzöllen, die über das Festhalten am Status quo hinausreicht? Ist es im Interesse deutscher Autohersteller, die EU-Kommission die Verhandlungen führen zu lassen? Reicht es aus, in China wiederholt erfolglos auf Reziprozität zu pochen?“ Merkels Politikstil, so Steltzner, „eine Mischung aus Abwarten und Durchwursteln mit manchmal entschlossenen Kehrtwenden“, reiche für ihren Machterhalt in Deutschland. „Doch taugt er auch für eine Welt im Umbruch?“, fragte er. Es sei Zeit, dass Deutschland seine Interessen definiere.

Auch das Wirtschaftsmagazin „Wirtschaftswoche“ befand: „Der Kanzlerin fehlt eine außenwirtschaftspolitische Strategie für die neue Weltlage.“ Der Ostasien-Experte Georg Blume schrieb auf „Spiegel online“, Merkel bewege sich „geschmeidig und lautlos wie immer“ durch die Volksrepublik China.

Bei der gemeinsamen „Pressebegegnung“ (so das Kanzleramt) mit Ministerpräsident Li Keqiang erwähnte Merkel kurz den offiziellen „Menschenrechtsdialog“ zwischen beiden Staaten. Dabei ist dieser schon lange eine Farce, noch mehr als der sogenannte Rechtsstaatsdialog. Li Keqiang erklärte auf eine Frage nach der unter Hausarrest stehenden Liu Xia, der Witwe des in Haft gestorbenen Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo, über sein vorausgegangenes Gespräch mit Merkel: „Wir haben auch über Menschenrechte geplaudert. Die chinesische Verfassung schreibt ganz klar vor: Wir schützen und respektieren Menschenrechte.“

Den Namen von Liu Xia, die nach jahrelanger Überwachung schwer depressiv erkrankt ist und deren Ausreisefreiheit international gefordert wird, nahm Li Keqiang nicht in den Mund. „Was Einzelfälle anbelangt“, erklärte er, „so hoffen wir, dass man auf der Basis der gleichberechtigten Zusammenarbeit und der gegenseitigen Achtung miteinander sprechen“ könne. Und: Man hoffe, dass eine „angemessene Lösung“ gefunden werden könne – ohne sich irgendwie festzulegen. Der Fall Liu Xia ist dabei nur einer von unzähligen Menschenrechtsverletzungen. Viele Journalisten und Anwälte sind inhaftiert. Politische Gefangene werden zu Geständnissen erpresst und damit im Fernsehen vorgeführt. Die genaue Zahl der vielen Tausend Hinrichtungen wird als Staatsgeheimnis behandelt. Merkel sagte nichts weiter dazu.

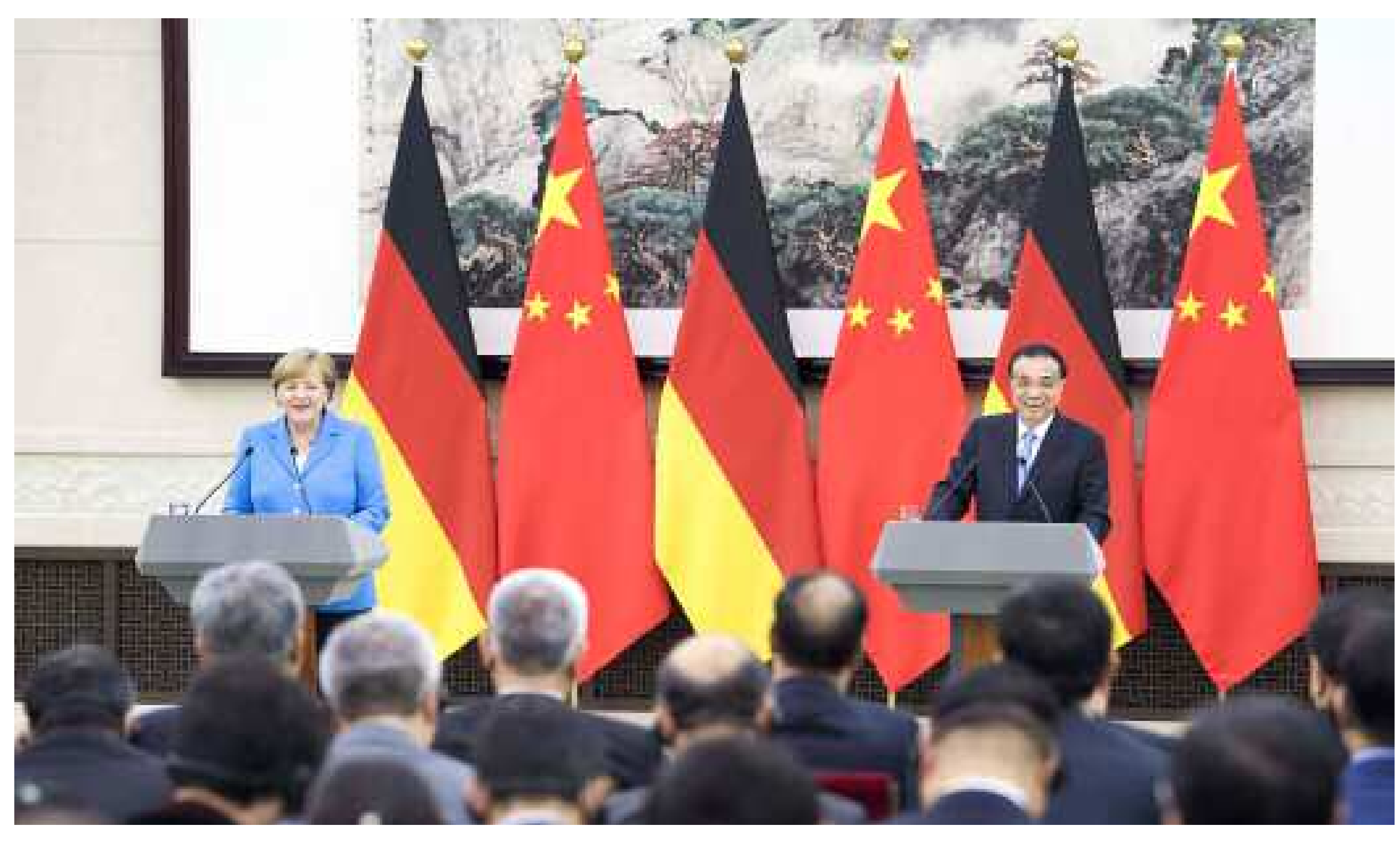
Laut einer Studie des China-Forschungsinstituts „Merics“ in Berlin haben chinesische Investitionen in EU-Länder im Jahr 2017 in zehn von 15 Industriezweigen die aus Europa kommenden Investitionen in China übertroffen. Die EU müsse eine entschlossenere wirtschaftspolitische Agenda gegenüber China verfolgen, forderten die Autoren.

Größter Einzelaktionär von Daimler ist inzwischen der chinesische Milliardär Li Shifu, der über 9,69 Prozent der Anteile im Wert von etwa 7,2 Milliarden Euro verfügt. Merkel erklärte bei der „Pressebegegnung“ mit Li Keqiang: „Wir wissen, dass China vermehrt Investitionen in Deutschland tätigt, und ich will ausdrücklich sagen, dass uns das recht ist, dass das in Ordnung ist.“ Deutschland habe in China im Jahr 2016 Direktinvestitionen in Höhe von 76 Milliarden Euro vorgenommen. „Das sind 2100 deutsche Unternehmen, die in China 731 000 Arbeitsplätze mit absichern“, fügte sie hinzu. Man freue sich über die von China angekündigte „Öffnung in einigen Bereichen“, zum Beispiel in der Finanzwirtschaft.

Zum Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran erklärte Merkel in Peking: „Wenn es Sanktionen gibt, dann kann es sein, dass ein Teil der europäischen Unternehmen aus dem Iran weggeht. Natürlich entsteht dann die Möglichkeit, dass andere dann mehr in den Iran hineingehen können. Das muss dann aber die chinesische Entscheidung sein, dem kann ich nicht vorgreifen. Auf jeden Fall eint uns die Haltung, dass wir dieses Abkommen nicht zur Disposition stellen wollen.“

Der Wirtschaftsexperte Mikko Huotari vom „Merics“ erklärte kurz vor der Merkel-Reise in Berlin, Deutschland befinde sich in einer „höchst problematischen Doppelzange“: „Auf der einen Seite ein dezidiert illiberales China, das kurz- und mittelfristig Stabilität in einigen zentralen Fragen verspricht. Auf der anderen Seite ein unilaterales Amerika, das kurz- und mittelfristig deutscher Außenpolitik und Außenwirtschaft den Teppich unter den Füßen wegzieht.“ Huotari prognostizierte zugleich, dass 2018 „ein Rekordjahr für deutsche Unternehmen im chinesischen Markt“ sein werde. Deren Auftragsbücher seien „extrem gut gefüllt“.

Die Sinologin Kristin Shi-Kupfer vom „Merics“ erklärte, die Merkel-Reise finde während „beunruhigender innenpolitischer Bedingungen“ in der Volksrepublik statt. Der „sehr grundsätzliche Verfassungsumbau in Richtung eines totalitären Parteistaates“ nehme jetzt langsam Gestalt an. Sie verwies auch auf jüngste „sehr beunruhigende und sehr ernst zu nehmende“ Berichte über Umerziehungslager in der westlichen Provinz Xinjiang. *Michael Leh*



Stellten sich nach ihrem Meinungsaustausch in der Großen Halle des Volkes in Peking in einem sogenannten Pressegespräch gemeinsam den Medienvertretern: Angela Merkel und Chinas Ministerpräsident Li Keqiang

Bild: Imago

# Massiver Schlag in Syrien

### Israel zerstört »nahezu die gesamte iranische Infrastruktur«

Bei ihrem größten Militäreinsatz gegen Syrien seit dem Jom-Kippur-Krieg von 1973 und ihrem größten gegen iranische Ziele überhaupt haben die Streitkräfte Israels laut dessen Verteidigungsminister Avigdor Lieberman mit 70 Raketen „nahezu die gesamte iranische Infrastruktur“ zerstört. Über zehn Menschen sollen dabei getötet worden sein.

Russland hatte Israel noch einen Tag vor den Angriffen aufgefordert, nichts zu unternehmen, was „als Provokation angesehen“ werden könne. Ungeachtet seines Angriffs gab Israel bekannt, dass es keine Eskalation wünsche. Es wehre sich nur gegen iranische Versuche, an seiner Grenze Luftabwehrsysteme zu installieren.

Ebenso wie seinerzeit im Libanon während des 15-jährigen Bürgerkrieges, als sich die vom Iran aus ferngesteuerte Hisbollah installieren konnte, versuchen nun iranische Truppen auch in Syrien den Bürgerkrieg auszunutzen um sich dauerhaft in Syrien zu etablieren. Von der Hisbollah wurden seit deren Machtübernahme im Südlibanon bereits zwei Kriege auf israelisches Territorium hineingetragen. Ein ähnliches Szenario möchte Israel jetzt in dem viel größeren Syrien verhindern. Angesichts einer vehement antiisraelischen und antisemitischen Rhetorik aus dem Iran seit der Machtübernahme der schiitischen Fundamentalisten um Ajatollah Khomeini 1979 könnte dies einen Dauerkriegszustand im Nahen Osten bedeuten und damit eine weitaus gefährlichere Dimension, wohingegen alle bisherigen militärischen Auseinandersetzungen im Syrienkrieg als kleine Scharmützel gelten würden.

Israel findet sich mit der iranischen Militärpräsenz an seiner syrischen Grenze nicht ab und ist bereit, dafür auch in eine militärische Konfrontation zu gehen. Israel hatte schon vor längerer Zeit damit begonnen, die iranische Militärpräsenz in Syrien zu attackieren. Dass der jetzige Angriff einen Tag nach dem Ausstieg von US-Präsident Donald Trump aus dem Atomabkommen mit dem Iran begann, hat eine klare Botschaft. Der Druck auf den Iran, sei er politisch oder militärisch, soll erhöht werden.

> Neben den USA hat Israel die Sunniten auf seiner Seite

Israel hatte sich viele Jahre bewusst aus dem Syrienkrieg herausgehalten, obwohl immer mehr internationale Akteure auf den Plan getreten waren. Allerdings hatte es für den Islamischen Staat (IS) Partei ergriffen, indem es Tausende von IS-Sympathisanten, darunter wohl auch aktive Kämpfer, in Israel medizinisch behandelte. Aber der Iran hatte mit seiner auf die Vernichtung Israels ausgerichteten Politik für Israel eine rote Linie überschritten. Israel hat zwar ein Interesse daran, nicht mit den Russen in Syrien in Konflikt zu geraten, hat aber härtere Töne angeschlagen, seit die Russen die Luftabwehr Syriens weiter ausgebaut haben. Ungeachtet der Kritik Israels am Iran und Syrien waren es die angeblich gemäßigten Staaten Türkei und Saudi-Arabien, die durch Waffenlieferungen an die Muslimbruderschaft und später den IS den politischen Konflikt in Syrien zu einem militärischen und internationalen gemacht haben.

Israel hat für sein Vorgehen gegen den Iran diesmal nicht nur die Unterstützung der USA unter Donald Trump, sondern zumindest stillschweigend auch jene aller antischiitischen Kräfte in der islamischen Welt. So hat mit Bahrein angesichts der Bedrohung durch den Iran erstmals ein arabischer Staat das Verteidigungsrecht Israels anerkannt. Dies ist ein Novum in der 70-jährigen Geschichte des Judenstaates, für den gerade eine neue Phase der Unsicherheit begonnen hat. *Bodo Bost*

# Broschüre für den Ernstfall

### Schweden bereitet sich auf den Kriegs- und Krisenfall vor

Schweden galt einst als Hort der Liberalität. Doch die Regierenden in Stockholm trauen dem Braten offenbar nicht mehr so ganz. Sie haben nun eine Broschüre für den Ernstfall herausgegeben. Das 20-seitige Heft mit dem Titel „Wenn Krisen oder Krieg kommt“ werde an knapp fünf Millionen Haushalte verteilt, teilte die entsprechende Behörde in der vergangenen Woche mit. „Dadurch soll das Land besser vorbereitet sein, falls staatliche Dienste durch Unfälle, Unwetter, Angriffe auf Informationstechnologie oder militärische Angriffe beeinträchtigt würden“, heißt es in einer Erklärung. Wegen der vielen Zuwanderer ist die Broschüre gleich in 13 Sprachen erschienen. Das Heft ist Teil eines alten Konzepts, das in Schweden durchaus Tradition hat. „Totalförsvaret“ nennen es die Einheimischen, was so viel bedeutet wie „totale“ oder Gesamtverteidigung. „Weil sich die Welt um uns herum verändert hat“, steht in dem Heft, wolle die Regierung die Gesamtverteidigung stärken. Zur Unterstützung aufgerufen sind Militär, Gemeinden, zivile Einrichtungen und schwedische Haushalte.

In den 20 Seiten geht es vor allem um Natur- oder hausgemachte Katastrophen wie Reaktorunfälle, aber auch um Terroranschläge, um Cyberangriffe auf die digitale Infrastruktur des Landes und um sogenannte Desinformationskampagnen (siehe auch S. 4) Einheimische Medien berichten, Hintergrund sei eine wachsende Sorge vor russischer Einflussnahme auf Wahlkämpfe. Die letzte Krisen-Broschüre hat die Regierung im Kalten Krieg verschickt, im Jahr 1961. „Obwohl Schweden sicherer ist als andere Länder, gibt es dennoch Bedrohungen unserer Sicherheit und Unabhängigkeit“, heißt es in der Broschüre: „Wer vorbereitet ist, trägt maßgeblich dazu bei, dass das Land eine große Belastung bewältigen kann.“

> Das 20-seitige Heft geht an fünf Millionen Haushalte

Die Leser erfahren, was zu tun ist, wenn Zeiten anbrechen, in denen die Heizung nicht läuft, Läden und Apotheken leer sind, kein Wasser fließt und kein Benzin zu haben ist. Es gibt darin Listen von Dingen, die jeder bereit legen sollte: Kerzen, Kartoffeln, Batterien und Bargeld etwa. Weiterhin finden sich Hinweise, wie man an sauberes Wasser gelangen kann und welche kalorienreichen Lebensmittel mit geringem Aufwand zubereitet werden können.

Welche Bedrohungen explizit in Schweden oder generell Europa drohen, lassen die Autoren offen. Es wird allgemein von Terroranschlägen geschrieben. Ein Zusammenhang mit der gerade in Schweden in der Vergangenheit sehr starken Masseneinwanderung wird nicht gezogen. Dennoch gibt es zum Schluss der Lektüre ein durchaus düsteres Fazit. „Wenn Schweden von einem anderen Land angegriffen wird, werden wir niemals aufgeben“, heißt es dort. Und: „Jede Information, die dazu führt, dass der Widerstand eingestellt wird, ist falsch.“ Krieg bedeute, so die Behörde, sich im Ernstfall von den Errungenschaften der Moderne abkoppeln zu können. Computer, Navigationsgeräte und auch Smartphones würden dann nicht mehr funktionieren. Es empfehle sich daher, wichtige Informationen aufzuschreiben und beispielsweise im Auto zu deponieren. Dessen Tank sollte übrigens immer gut gefüllt sein. In Deutschland hat das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) ähnliche Broschüren für die deutsche Bevölkerung zusammengestellt. Den Kriegsbegriff vermeidet man dort allerdings. *Peter Entinger*

# Mangel an Ladestationen kritisiert

## Experten schlagen vor, statt den Kauf von E-Autos lieber den Ausbau der Infrastruktur zu subventionieren

**Es galt als Lieblingskind der Bundeskanzlerin: das mit Strom betriebene sogenannte Elektroauto. Doch die Entwicklung zögert sich hinaus und die Kosten für die erforderliche Infrastruktur könnten immens werden.**

Wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ in der vergangenen Woche berichtete, werden die Betreiber von Ladesäulen noch lange kein Geld verdienen. Das Blatt beruft sich auf eine Studie des Münchener Professors Horst Wildemann und dessen Unternehmensberatung TCW. Für die Ausrüster der Stromnetze locke hingegen ein Milliardenmarkt. Bis zu elf Milliarden Euro an Investitionen seien bis 2030 nötig, damit das Stromnetz auf die Anforderungen vorbereitet sei. Bliebe das Netz so, wie es ist, dann wäre es bei der Zunahme der Zahl von Elektroautos nicht leistungsfähig genug.

Derzeit gibt es in der Bundesrepublik nur rund 5000 frei verfügbare Ladestationen. Wie aus der Studie hervorgeht, ist aber „eine umfassende Verfügbarkeit von Ladestationen der entscheidende Faktor, um die Zahl der derzeit 130 000 in Deutschland zugelassenen Elektro- und Hybridfahrzeuge zu erhöhen“. Wildemann und seine Mitarbeiter schätzen das Marktpotenzial für Ladesäulen bis 2030 als überaus hoch ein. „Allein 2,2 Millionen könnten es an öffentlich zugänglichen Stellen wie Autobahnraststätten, Einkaufszentren oder Parkplätzen sein“, heißt es. Noch mehr, nämlich 2,5 Millionen, seien an privaten Aufstellorten wie Eigenheimen, Wohnanlagen und Unternehmen zu erwarten. „Erst wenn Skaleneffekte (Abhängigkeiten der Produktionsmenge von der Menge der eingesetzten Produktionsfaktoren) wirksam werden und die Investitionskosten zurückgehen, können für Ladesäulenbetreiber rentable Geschäftsmodelle entstehen“, erklärt Wildemann. Die Betreiber würden Ladesäulen bislang eher als Mittel zur Kundenbindung oder Marketingmaßnahme nutzen. Als Beispiel nennt die Studie Einzelhändler, die ihren Kunden für die Dauer des Einkaufs einen kostenlosen Stromladeparkplatz zur Verfügung stellen.

Der Umstieg auf die E-Autos gelinge nur dann, wenn Bund und Länder als Subventionsgeber einsprängen. Bis März 2018 habe der Staat rund 8000 Normalladepunkte und 1500 Schnellladepunkte gefördert, heißt es in dem Papier.

Die Entwicklung der Infrastruktur beobachten offenbar auch die len schweigt sich das Unternehmen aus.

Wenig bekannt ist in der Öffentlichkeit, dass der Staat den Kauf von E-Autos subventioniert. Seit zwei Jahren erhalten Autokäufer eine Prämie von bis zu 4000 Euro auf ihren Elektro-Neuwagen.

Experten kritisieren diesen Zustand. Man solle die Mittel lieber in Richtung Ladestationen umlenken, schlägt das zuständige Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) vor: „Die

Um die Entwicklung der E-Mobilität gibt es in Deutschland seit Jahren Diskussionen. Die Bundesregierung hat sich von dem Ziel, bis 2020 die Anzahl der Elektroautos auf deutschen Straßen auf eine Million Fahrzeuge zu steigern, bereits vor einiger Zeit verabschiedet.

Als Grund für die schleppend angelaufene Nachfrage nach Elektroautos gilt vor allem das noch dünne Netz an Ladestationen. Da die Fahrzeuge zudem re-

beliebiger Größen können von der Förderung profitieren, auch Privatpersonen können Anträge stellen, allerdings darf die Fördersumme nur 40 Prozent der Gesamtkosten betragen.

Profiteur der Subventionsverteilung könnte vor allem die Deutsche Telekom werden, die Medienberichten zufolge zu einem der größten Anbieter von Ladesäulen werden will, indem sie einen Teil ihrer Schaltverteiler zu Stromtankstellen umbaut.



Bislang gibt es von ihresgleichen erst rund 5000 in Deutschland: Frei verfügbare Zapfsäule für E-Autos am Potsdamer Platz in Berlin

Bild: pa

Autobauer mit Sorge. Einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters zufolge fasst BMW eine Massenfertigung von Elektroautos nicht vor 2020 ins Auge. Das Geschäft sei derzeit nicht rentabel genug, um die Serienproduktion zu steigern und in die Massenproduktion einzusteigen, erklärte der Vorstandsvorsitzende Harald Krüger. Wo die Grenze zahlenmäßig verläuft, ließ das Unternehmen offen. Seit 2013 verkauft BMW das Elektroauto BMW i3. Über genaue Erlöszah-

Unterstützung könnte von Handwerkern, Hotels oder in Wohnanlagen genutzt werden“, erklärt Bafa-Präsident Andreas Obersteller. Im ersten Quartal des Jahres wurden in Deutschland insgesamt 60 412 Anträge auf den Zuschuss gestellt. Das waren nach Bafa-Angaben nur 2863 Anträge mehr als einen Monat zuvor. Die bereitgestellten Fördermittel reichen Schätzungen zufolge für mehr als 300 000 Fahrzeuge. Das Programm läuft Ende Juni nächsten Jahres aus.

lativ geringe Reichweiten haben, seien viele Autokäufer noch skeptisch, heißt es beispielsweise bei BMW.

Neben der Kaufprämie gibt es bisher ein Förderprogramm für Ladeinfrastruktur, das etwa 300 Millionen Euro umfasst. Minimalziel ist es nun, dass bis 2020 15 000 öffentlich zugängliche Ladestationen vorhanden sind. Voraussetzung für eine Förderung ist, dass der Strom aus erneuerbaren Energiequellen stammt. Nicht nur Unternehmen

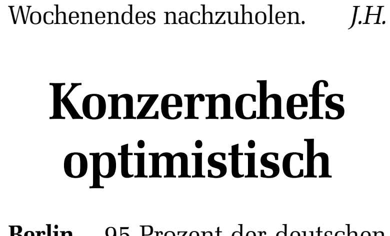
Als Platzhirsch gilt derzeit der Stromkonzern EnBW, der bis 2020 1000 Schnellladestationen bauen will. Dies, so Studienautor Wildemann, sei aber immer noch lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein. Zwar müsse man berücksichtigen, dass jede Ladestation mehrere Säulen habe, aber damit E-Autos in Deutschland eine echte Marktchance hätten, sei eine flächendeckende Infrastruktur die Grundvoraussetzung.

*Peter Entinger*

## MELDUNGEN

### Linkspartei will mehr freie Tage

**Berlin** – Die Bundestagsfraktion der Linkspartei will den Arbeitnehmern zu mehr Freizeit verhelfen. Sie fordert eine Kompensationsregelung im Arbeitszeitgesetz zur Gewährung eines Ersatzruhetages am nächsten Werktag, der auf den Feiertag folgt, wenn der Feiertag auf ein Wochenende fällt. Zur Begründung heißt es, gesetzliche Feiertage dienten den Arbeitnehmern der Zerstreuung und Erholung. Fielen datumsfeste Feiertage auf ein Wochenende, gäbe es in Deutschland, anders als in vielen anderen Staaten, keine Regelung, die grundgesetzlich geschützte Arbeitsruhe zusätzlich zu den freien Tagen des Wochenendes nachzuholen. *J.H.*



### Konzernchefs optimistisch

**Berlin** – 95 Prozent der deutschen Konzernchefs sehen die Wachstumsaussichten ihres Unternehmens in den kommenden drei Jahren positiv, wenn auch auf eher bescheidenem Niveau. 61 Prozent sind zuversichtlich, dass die deutsche Wirtschaft insgesamt in den kommenden drei Jahren wachsen wird. Das zeigt eine Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, für die 1300 Vorstandschefs von großen Unternehmen aus zehn Ländern befragt wurden, darunter 125 aus Deutschland. *J.H.*

**Die Schulden-Uhr:**

Gesamtverschuldung:
**1.964.049.157.715 €**
Vorwoche: 1.964.095.449.795 €

Verschuldung pro Kopf:
**23.720 €**
Vorwoche: 23.721 €

*(Dienstag, 29. Mai 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)*

# Widerspruch

Von Eberhard Hamer

Der Unterschied zwischen einem Personalunternehmen und einer Kapitalgesellschaft liegt darin, dass der Inhaberunternehmer immer totale Haftung für sein Unternehmen trägt, der Eigentümer einer Kapitalgesellschaft aber nur begrenzte (GmbH) oder keine (AG) Haftung für „sein" Unternehmen hat. In dieser Haftungsbegrenzung beziehungsweise dem Haftungsausschluss lag große Attraktivität der Kapitalgesellschaften gegenüber den Personalunternehmen. In der Haftungsbegrenzung liegt auch der Hauptunterschied zwischen einem Unternehmer und einem Manager. Letzterer ist – selbst in Spitzenpositionen – nur Angestellter seines Unternehmens und haftet deshalb für sein unternehmerisches Handeln nur begrenzt „für die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns" oder eben „für Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit" im Dienst.

So entstand das Missverhältnis, dass sich die Gehälter der Spitzenpositionen in die Millionen oder zig-Millionen entwickelten, die im internationalen Management aber höhere persönliche Haftung der Manager in Deutschland zurückblieb. Immer wieder wurden die Fehler des Managements von den Unternehmen korrigiert, ohne die Manager dafür in Haftung zu nehmen. Und selbst bei den meisten Firmenkonkursen konnten bisher die Manager persönlich nicht herangezogen werden, weil ihnen Vorsatz ohnehin nicht und grobe Fahrlässigkeit nur selten nachzuweisen war.

In dieser Situation hat die US-Winterkorn-Anklage wie eine Bombe eingeschlagen. VW hat bisher mehr als 25 Milliarden Dollar Strafen und Bußen für Fehler zahlen müssen, welche nicht Mitarbeiter, sondern das Management ausgeheckt, durchgeführt und zu vertreten hatte. Dieses Management ist trotzdem zumeist entlastet und fürstlich bezahlt worden. Man mag darüber streiten, ob die Begründung des US-Richters von „Verschwörung" und angeblicher Fluchtgefahr sachgerecht oder nur durch die Politik vorgegeben war. Tatsache ist nun aber, dass jeder Manager auch mit willkürlichen Begründungen von der US-amerikanischen Justiz wegen Managementfehlern bestraft und in Haftung genommen werden kann. Das Leben der Manager ist schlagartig risikovoller geworden. Sie sind nicht mehr ohne oder mit nur begrenzter Haftung, sondern sie haben zumindest in den USA für Fehler der Firma persönlich zu haften.

Es ist ein Widerspruch, dass Spitzenmanager mit Supergehältern für ihre Fehler nicht persönlich haften sollen, während jeder Mittel- und Kleinunternehmer für alle Fehler seines Unternehmens totale und sogar noch die längste Haftung unseres Haftungsrechts hat, sogar ohne jedes persönliches Verschulden für Erfüllung der Aufträge haftet – und das auch mit seinem Privatvermögen. Der eine verdient Spitze ohne Haftung, der andere wenig mit Überhaftung.

Das könnte sich durch den Winterkorn-Fall nun korrigieren. Nicht nur für Spitzenmanager, sondern auch für das Mittelmanagement – je nach eigenem Anteil an den Fehlern. Entsprechend groß ist die Unruhe unter den deutschen Managern über die Anklage gegen Winterkorn und die Sorge vor dem in den USA zu erwartenden Urteil. Dass diese Urteile Teile des US-amerikanischen Handelskrieges gegen Europa nicht ohne politischen Bezug getroffen werden, spielt hierbei eine geringere Rolle als dass für das Management eine neue internationale Haftungsebene und ein neues Risiko begründet wurde.

# Grenzgewalt

Von Rolf Stolz

Unstrittig ist: Es gab – gezielt zum 70. Jahrestag der Gründung Israels – rund 60 Tote (seit Beginn der Proteste waren es 117) und viele Verletzte. Strittig ist, warum sie starben. Glaubt man der Hamas, diesem 1987 gegründeten Zweig der islamistischen Muslimbruderschaft und Udo Voigt, dem immer mal wieder den Iran bereisenden NPD-Abgeordneten im EU-Parlament, dann sind wehrlose und unbewaffnete israelkritische Demonstranten aus der „Zivilgesellschaft" vom jüdischen Terrorstaat erschossen worden. Exakt so, als „Terrorstaat", bezeichnete Tamer Sert, Vorsitzender der FDP in Delmenhorst, kürzlich Israel auf Facebook.

Die Wirklichkeit ist anders: Die „Demonstranten" zeigten nicht ihre Überzeugung, sondern drohten, die Grenze zu durchbrechen. Die Grenzmauer schützt die Bürger Israels, auch die arabischen, vor Angriffen von außen.

Da die US-amerikanische Botschaft im Westteil von Jerusalem errichtet wird, der seit 1948 israelisch ist und nicht im 1967 hinzugekommenen Osten, kann der Protest gegen sie nur bedeuten, Israel jede Präsenz in Jerusalem verbieten zu wollen. Allerdings ist auch ein Protest an einer Mauer und gegen eine Mauer, die als Schutz gegen islamistische Terroristen unumgänglich wurde, solange grundsätzlich legitim, wie er gewaltfrei bleibt. Gerade daran aber fehlte es: Meist nach dem Freitagsgebet mobilisierte die Hamas seit dem 30. März bis zu 40 000 ihrer Untertanen, um mit Zivilisten, darunter viele Kinder, einen durch brennende Reifen verstärkten Rauchvorhang für Militäraktionen zu haben. Eine Organisation, die militärisch mit Raketen, Drohnen, geheimen Tunneln, Lenkdrachen und gegen die Holzteile des Grenzzauns gerichteten Benzinbomben vorgeht, weiß von vornherein, daß es eine militärische Antwort geben wird. Wer Seile, Enterhaken und Drahtschneider benutzt, wer nicht allein mit Steinschleudern auf Soldaten schießt, sondern Handgranaten, Sprengsätze und Schusswaffen einsetzt, provoziert eine entsprechende Gegenwehr.

Aber wenn auch der gewaltsame Durchbruch zunächst nicht gelingt, soll zumindest Israel international isoliert und kriminalisiert werden. Obwohl jeder normale Staat außerhalb merkelnder Kontrollverluste seine Grenzen verteidigt, titeln die linksliberalen „Qualitäts"-Journalisten des englischen „Guardian": „Einsatz von tödlicher Gewalt, um gewaltfreie Demonstrationen von Palästinensern niederzuschlagen". Avaaz, eine der größten Spinnen in den sozialen Netzen, hetzte unter der Parole „Palestinian Lives Matter" („Palästinensische Leben zählen") gegen das „brutal rassistische" Israel, das auf eine Stufe mit dem Südafrika der Apartheid gestellt wurde. Verschwiegen wird dabei, wie sehr Israel durch vorherige Warnungen die Menschen davor zu bewahren suchte, sich der Grenze zu nähern.

Viele vernünftige Palästinenser, die sich nicht als Kanonenfutter von der Hamas mißbrauchen lassen wollten, hielten sich daran.



**Alles andere als friedlicher Protest: Palästinensische Aktion am von Israel errichteten Grenzbollwerk**

Bild: xpa

## Frei gedacht

# Die flüchtlingsverachtende Politik des Bamf



Von Eva Herman

Es ist ganz offensichtlich: Wir stehen vor immensen Umbrüchen. Diese Umbrüche jedoch kommen nicht über Nacht, sondern sie entstehen zuerst im Unsichtbaren, werden entworfen, geplant, suchen sich ihren Weg dann in unsere wahrnehmbare Welt. Und derzeit erleben wir bereits ein blaues Wunder nach dem anderen. Nachdem viele nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen, gesponsert und gesteuert von prominenten „Wohltätern" wie dem US-Hedgefonds-Milliardär George Soros, vorrangig im letzten Jahrzehnt und unter Ausschluss der Öffentlichkeit, ein ausgeklügeltes Netzwerk aufgebaut hatten in ganz Europa, um die bevorstehenden Einwanderungsströme zu kanalisieren, hat sich Deutschlands Geschichte verändert. Es gibt seit spätestens 2015 kaum ein brisanteres Thema als die bedingungslose Einwanderungspolitik von Kanzlerin Angela Merkel.

Und nun der Bamf-Skandal! Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist ja *die* Instanz, welcher die höchste Wichtigkeit zukommt in der Abarbeitung der Millionen Einwanderer, die vornehmlich aus Afrika und Arabien nach Deutschland strömen. Hier, in diesem Amt, entscheidet sich alles, denn hier ist der Platz, an dem die Mitarbeiter ja oder nein sagen zu dem jeweiligen einreisewilligen Migranten. Genau hier aber ist offenbar so ziemlich alles schiefgegangen, was überhaupt möglich war.

So soll alleine in der Bremer Bamf-Außenstelle mindestens 1200 Menschen ohne ausreichende Grundlage Asyl gewährt worden sein. Die Frage darf beziehungsweise muss gestellt werden: War es Vorsatz, oder war es Anordnung (wofür nach den Aussagen einiger Beteiligter einiges spricht) oder war es tatsächlich reine Schlamperei durch extreme Überarbeitung (was sicher auch nicht ausgeschlossen werden darf als einer von mehreren Gründen). Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft, die Außenstelle darf keine Entscheidungen mehr treffen. So nach und nach werden mehr Details bekannt und dass es offenbar auch in anderen deutschen Bamf-Zentralen zu deutlichen Unregelmäßigkeiten gekommen ist, man viele Immigranten praktisch einfach durchwinkt ohne genauere Prüfung. Kann man sich das alles vorstellen angesichts der inzwischen alltäglich stattfindenden Messerattacken, Gewaltausbrüche und Vergewaltigungen? Auch angesichts der doch schon mehrfach stattgefundenen Terroranschläge mit Dutzenden Toten? In ein normales Denkschema jedenfalls kann man all diese Ungeheuerlichkeiten und vorsätzlichen Nachlässigkeiten nicht mehr pressen.

**Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind" gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht" hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Unterdessen ist die wichtigste Entscheiderin Deutschlands, die Wir-schaffen-das-Kanzlerin Merkel, abgetaucht, sie sitzt den Skandal, wie üblich, aus. Ihr Ex-Innenminister Thomas de Maizière mauert, auch aus dieser Ecke vernimmt man keinen Ton. Aber sind nicht genau dort, im Kanzleramt, einst die Entscheidungen zur großzügigen Asylsucheraufnahme gefallen? Erwähnt werden sollte aktuell die ZDF-Sendung von Markus Lanz letzte Woche, in der sich zum Thema Bamf-Skandal die Generalsekretärin der FDP, Nicola Beer, einfand, sowie Abdullah Khan, ein Journalist mit pakistanischen Wurzeln. Zwar spürte man deutlich, dass dem ZDF-Moderator Grenzen gesteckt waren, die er anscheinend niemals – etwa durch zähes Nachfragen – übertreten durfte. Dennoch kam einiges Erhellendes dabei heraus. So hatte der pakistanische Journalist Abdullah Khan für vier Monate undercover, inkognito beim Bamf gearbeitet und erhebliche Missstände bestätigt. Sein Bewerbungsgespräch beim Bamf in Berlin habe nicht länger als 15 bis 20 Minuten gedauert. Dabei sei es weniger um Vorkenntnisse gegangen, als vielmehr darum, was er von Integration halte und ob er von Hamburg nach Berlin umziehen wolle. Er habe einen unbefristeten Vertrag bekommen und monatlich 1520 Euro netto erhalten. Seine Arbeitsplatz-Einweisung habe nicht zehn Wochen, sondern gerade einmal zehn Stunden gedauert. Schon damals habe ein enormer Druck durch die große Masse an Asylsuchenden bestanden. Das IT-System sei regelmäßig zusammengebrochen, so sei es morgens um 6 Uhr noch möglich gewesen, sich anzumelden, ab 8.30 Uhr sei dann jedoch nichts mehr gegangen, teilweise tagelang nicht. Dann habe man halt die Schreibtische gewischt, während der Druck der 500 000 wartenden Menschen auf ihnen gelastet habe.

Auch auf der Balkanroute in Österreich Ende 2015 war Abdullah Khan unterwegs gewesen, dort habe er Asylsucher begleitet. Unter anderem sei er auch pakistanischen Landsleuten begegnet, mit denen er sich in deren Landessprache habe unterhalten können. Abdullah Khan schilderte in dem ZDF-Interview, dass 90 bis 95 Prozent der Asylsucher nach Deutschland wollten, weil man dort „leicht Asyl" erhalte, und dass es auch ganz einfach gewesen sei, dorthin, also nach Deutschland, zu gelangen. Die Einwanderer hätten nicht selten ihre Pässe weggeworfen, da man, wie sie sagten, sich so leicht als Syrer habe ausgeben können, die bessere Chancen auf Asyl hätten als Pakistani.

All das, was gestern also noch als wilde Verschwörungstheorie abgekanzelt wurde, ist durch die Aussagen des pakistanischen Journalisten bestätigt worden. Dieser berichtete in dem Zusammenhang, dass wohl acht von zehn Immigranten keinen Pass bei der Einreise vorweisen können. Bei einem Landsmann aus Pakistan habe er diesem in seiner Landessprache begreiflich machen können, dass es besser sei, wenn er einen Pass habe, und auf einmal habe der ein Exemplar aus dem Ärmel gezaubert. Leider sind all die Zustände schon derart schlimm, dass man über die weiteren enormen Gefahren nicht mehr zu sprechen kommt, die durch Hunderttausende *anonyme* Einwanderer entstehen. Muss man sich da noch wundern über die Hiobsbotschaften jüngster Zeit über umfangreichen Sozialbetrug durch zahllose Immigranten, die nicht selten gleich mehrere Namen und Identitäten erfinden, um Sozialleistungen in großem Stil zu ergaunern? Auch über die alarmierenden Aussagen des Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen 2016, dass viele der einreisenden Migranten – etwa 70 Prozent – keine gültigen Pässe vorlegten und sie nur aufgrund von eigenen Angaben registriert würden? Er, Maaßen, habe die Sorge, dass mögliche Gefährder zwar in den Datenbanken gespeichert seien, aber nicht erkannt würden, weil sie mit falschen Identitäten einreisten. Es dürften inzwischen einige Tausend islamisch-terroristische potenzielle Gewalttäter sein, die in Deutschland Fuß fassen konnten. Weiter äußerte der Verfassungsschutzpräsident 2016: „Zudem verzeichnen wir 8650 Salafisten, die Zahl steigt praktisch täglich." Man halte die Sicherheitslage für „sehr ernst".

Hätte das Bamf nicht spätestens nach dieser Aussage des Verfassungsschutzpräsidenten Alarm schlagen müssen? Oder der Bundesinnenminister? Beziehungsweise die Bundeskanzlerin? Warum kann man sich immer weniger gegen das Gefühl wehren, dass all diese Gefahren vorsätzlich nicht nur geduldet wurden, sondern dass ein Kollaps wissentlich herbeigeführt wurde? Und wer schert sich bei all dieser flüchtlingsverachtenden Politik um die wahren Flüchtlinge? Die FDP fordert jetzt einen Untersuchungsausschuss. Doch was wird dieser noch nutzen? Eingeweihte gehen übrigens davon aus, dass zur Fußball-WM neue Immigrantenmassen eingeschleust werden sollen. Da merkt es dann keiner.

**Die Autorin**: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

# Vom Goldstrand zur Goldmine

## Bulgariens antike Schätze lassen die Balkanrepublik unerwartet glänzen und zur Wiege europäischer Kultur werden

**Nach der Erforschung des Mittelmeerraumes und des Vorderen Orients richtet sich der Blick der Archäologen heute verstärkt auf die Schwarzmeerküste und Südosteuropa.**

Erst 2016 wurde in Nordbulgarien eine Tonplatte mit Symbolen gefunden, bei denen es sich nach Meinung der Ausgräber um eine Bildschrift handelt. Sollte sich diese Vermutung bewahrheiten, würde der Fund die These unterstützen, dass man in Europa schon vor 5000 Jahren eine Schrift kannte, lange bevor diese – wie man bisher annimmt – in Mesopotamien „erfunden“ wurde.

Nur wenige Wochen zuvor, so wird ebenfalls vermeldet, fand man in Südbulgarien ein kleines Schmuckkettenglied aus der Zeit um 4600 v. Chr. Ein Goldartefakt, das vielleicht noch älter ist als der Goldschatz von Varna an der Schwarzmeerküste, der auf die Zeit zwischen 4600 bis 4200 v. Chr. datiert wird. Dabei handelt es sich um Grabbeigaben einer etwa 300 Gräber umfassenden kupferzeitlichen Nekropole, auf die man 1972 zufällig bei Bauarbeiten stieß.

Die über 2000 Preziosen aus fast reinem 23,5-karätigem Feingold – Halsketten, Armreifen, Brustschmuck und unterschiedliche Gefäße von insgesamt rund sechs Kilogramm Gewicht – gelten bisher als das älteste bearbeitete Gold der Welt. Herausragend ist das Skelett eines 45-jährigen Mannes, dem man 100 fein gearbeitete Schmuckstücke mit auf die letzte Reise gab.

Bulgarien ist ein kleines Land mit gut sieben Millionen Einwohnern. Rund 110000 Quadratkilometer beträgt seine Fläche zwischen der Türkei, Griechenland, Mazedonien, Serbien, Rumänien und dem Schwarzen Meer, nicht einmal ein Drittel der Größe Deutschlands. Doch obwohl das Land nur gerade zwei Prozent des europäischen Territoriums ausmacht, sind in ihm rund 40000 historische Stätten gelistet, davon sieben als Welterbe der Unesco, 36 Kulturreservate, 160 Klöster sowie rund 330 Museen und Galerien. Eine kulturelle Fülle, die sich allein aufgrund der zigtausend offiziell noch ungeöffneten Hügelgräber fast täglich vergrößert. Bereits „verdoppelt“ hat sich das weltberühmte Thrakergrab von Kasanlak. Um seine einzigartige Ausmalung zu schützen, hat man für Besucher eine Kopie errichtet.

Mit der Wanderausstellung „Gold der Thraker“ machte Bulgarien seine Kulturschätze bereits 1979/80 in der Bundesrepublik bekannt. Seitdem sind viele neue Schätze hinzugekommen. Die Ausstellung „Das goldene Reich des Orpheus“ 2004 in Bonn trug dem bereits Rechnung. In den letzten Jahren verblüfften Bulgariens Goldschätze Millionen überraschter Besucher im Louvre von Paris, in Moskau und im Nationalmuseum für Westliche Kunst in Tokio. Vom 2. September bis 10. Dezember macht die Ausstellung Station im Bryggens Museum von Bergen in Norwegen.

Zuvor hatte Wien von März bis Juni dieses Jahres „Das erste Gold“ im Kunsthistorischen Museum präsentiert. Dabei stand der unscheinbare Name Ada Tepe für einen archäologischen Sensationsfund im Mittelpunkt. Denn hier, im bulgarischen Rhodopen-Gebirge bei Krumowgrad, wurde das einzige bekannte prähistorische Goldbergwerk Europas entdeckt, wo von etwa 1500 v. Chr. bis zum Ende der Bronzezeit um 1000 v. Chr. der Abbau des Edelmetalls betrieben wurde. Wissenschaftler der Österreichischen und Bulgarischen Akademie der Wissenschaften erforschen seit 2016 die dort gemachten Funde und sind dabei vielleicht sogar der Quelle des Goldes für die sagenhaften Reichtümer von Mykene und Troja auf die Spur gekommen.



Einer der bekanntesten Schätze der Thraker: Der Goldschatz von Panagjurischte

Bild: Imagess from Bulgaria

Die Exponate der Ausstellungen, wie beispielsweise der 1924 per Zufall in Nordbulgarien entdeckte Schatz von Valchitran, mit 12,5 Kilogramm Gold der größte Fund seiner Art aus der Bronzezeit, kommen aus diversen bulgarischen Museen: dem Nationalen Historischen Museum Sofia, den Archäologischen und Historischen Regionalmuseen in Veliko Tarnovo, Ruse, Silistra, Varna, Shumen, Razgrad, Svishtov, Plovdiv, Burgas, Elhovo, Radnevo, Sliven, Smolyan oder etwa auch Kardzhali.

Die Liste zeigt, Bulgariens Schatzkammer verteilt sich über das ganze Land. Außerhalb der Republik wandern die thrakischen Preziosen anlässlich der bulgarischen EU-Ratspräsidentschaft von Bergen weiter an einen noch zu bestimmenden Ort, wo sie bis Juni 2018 zu sehen sind. Danach wird Plovdiv, Bulgariens zweitgrößte Stadt, als Kulturhauptstadt Europas 2019 mit einer repräsentativen Ausstellung sämtlicher wichtiger thrakischen Schätze glänzen.

Wer waren die Thraker? Herodot (zirka 490 bis 424 v. Chr.) beschreibt sie so: „Das thrakische Volk ist nach dem indischen das größte der Erde. Wäre es einig und hätte es nur einen Herrscher, so wäre es unbesiegbar und meiner Meinung nach bei weitem das mächtigste Volk, das es gibt.“ Tatsächlich bewohnten die etwa 90 namentlich bekannten Stämme der Thraker über Jahrtausende fast die ganze Balkanhalbinsel und das westliche Kleinasien. Ihre Wurzeln mögen bis um 7000 v. Chr. zurückreichen. Ihr Kernland war Bulgarien.

Erst im 5. vorchristlichen Jahrhundert gelang es Teres vom führenden Stamm der Odrysen, ein Königreich zu gründen, das später durch Philipp I. und seinen Sohn, Alexander den Großen, unter makedonische Herrschaft kam. Anschließend kämpften Griechen, Römer und Slawen um Thrakien und beherrschten es. Doch erst 681 gingen die Thraker im Großbulgarischen Reich auf.

Alte Schriften von den Thrakern hat man bisher nicht gefunden. Dafür aber kennt man ihr Gesicht, zumindest das des Odrysen-Königs Teres. Seine Totenmaske aus 23,5-karätigem Gold konnte gleich in zwei Grabhügeln im Tal der thrakischen Könige um Kasanlak etwa 160 Kilometer östlich von Sofia gefunden werden: 2004 bei Shipka und 2007 bei Topoltschane.

Bis heute wurden mehr als 80 Schätze der Thraker „gehoben“. Einer der bekanntesten ist der Goldschatz von Panagjurischte. Schon in der Antike war das thrakische Edelmetall legendär. Aristoteles berichtet: „Im makedonischen Pieria siedelten die Pierianer [ein thrakischer Stamm] in unmittelbarer Nähe des Pangaion-Gebirges, wo Gold gesät, Goldbäume gezogen und Gold geerntet wird.“ *Helga Schnehagen*

# Blitz und Donner

## Ausstellung widmet sich den gottesfürchtigen Etruskern

Die Etrusker hörten auf ihre Götter, standen in regem Austausch mit Griechen wie Phöniziern und waren Vergnügungen zugetan. Das veranschaulicht eine fesselnde Ausstellung im Badischen Landesmuseum Karlsruhe mit 400 erlesenen Objekten. Die ältesten entstanden im 9. Jahrhundert vor Christus. Die jüngsten stammen vom Beginn des letzten vorchristlichen Jahrhunderts. Damals gingen auch die letzten der überwiegend in Mittelitalien gelegenen etruskischen Stadtstaaten im römischen Reich auf.

Teil einer packenden Inszenierung: Etrusker-Paar Bild: Thiede

Die erlesenen Schaustücke sind packend inszeniert. Im begehbaren Modell eines Grabhügels treffen wir auf eine goldene Prunkfibel und viele weitere Luxusobjekte des 7. Jahrhunderts vor Christus. Exotisches Kuriosum ist das im Nildelta eingesammelte und in einer phönizischen Werkstatt mit Vögeln und tanzenden Menschen bemalte Straußenei. Als edle Verkleidung eines Möbelstücks oder Fürstenthrons dienten vermutlich die in einer nordetruskischen Werkstatt bearbeiteten Elfenbeintäfelchen, auf denen Tiere, Krieger und Götter dargestellt sind.

Höhepunkt der Inszenierung sind die im zentralen Ausstellungssaal wie in einer Familiengrabstätte aufgebauten kistenförmigen Urnen. Auf deren Deckeln lagern plastische Darstellungen von Verstorbenen beim festlichen Bankett. Die bemalte Terrakottafigur eines jungen Mannes stützt sich auf den linken Unterarm, während sie in der Rechten eine Schale hält. Auf der Nachbarurne präsentiert sich eine anmutige junge Dame beim Festmahl. Denn was die Griechen ablehnten, war bei den Etrusker erlaubt: Am Bankett nahmen im Diesseits wie im Jenseits auch die Ehefrauen teil. Die Banketturnen offenbaren den Glauben der Etrusker, dass sie im Totenreich ein glückseliges ewiges Freudenfest erwarte.

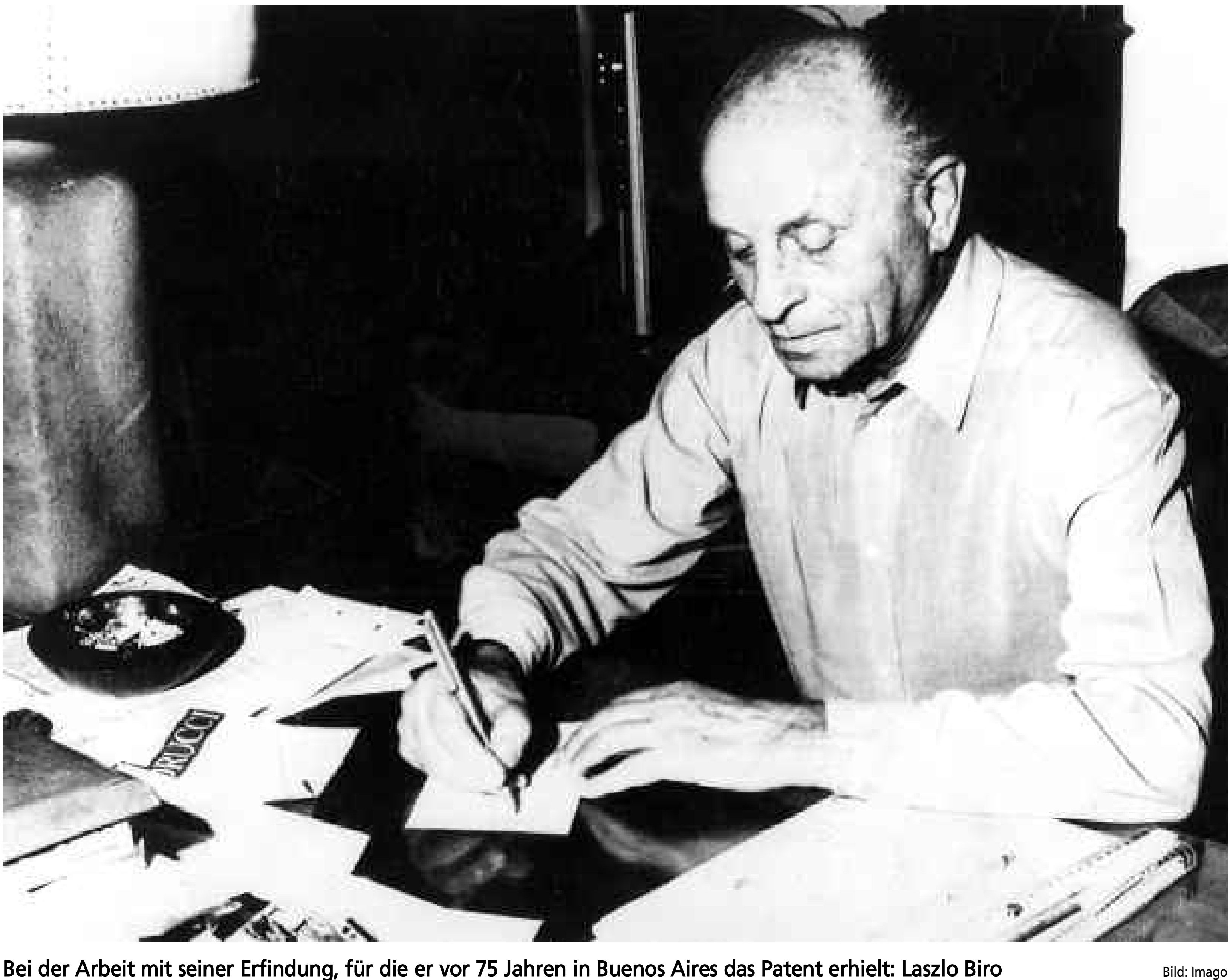
Blitz und Donner, Besonderheiten des Vogelflugs und bei der Eingeweideschau von Opfertieren zu Tage tretende Abnormitäten betrachteten die Etrusker als Botschaften der Götter. Die ausgestellte Kopie der berühmten „Bronzeleber von Piacenza“ ist in 40 Zonen unterteilt, die mit den Namen von Göttern beschriftet sind. So konnte der Priester anhand dieses Modells einer Schafsleber feststellen, welches Mitglied der vielköpfigen Götterfamilie gerade seinen Willen bekundete. Um die Götter zur Erfüllung ihrer Wünsche zu bewegen oder sich für deren Wohltaten zu bedanken, stifteten die Etrusker Weihegaben an Heiligtümer. Eine von ihnen ist die eindrucksvolle, mit porträthaften Zügen ausgestattete lebensgroße Bronzestatue eines Mannes, der wegen seiner mit vorgestrecktem Arm Ruhe gebietenden Geste als „Arringatore – Redner“ bekannt ist. *Veit-Mario Thiede*

*Badisches Landesmuseum, Schloss Karlsruhe, Ausstellung geöffnet noch bis zum 17. Juni von Dienstag bis Sonntag jeweils 10 bis 18 Uhr. Eintritt: 12 Euro. Internet: www.landesmuseum.de*

# Der Kugelschreiber, das verkannte Genie

## Argentinien widmet dem Ungarn Laszlo Biro den »Tag des Erfinders«

**Der Kugelschreiber gehört zu den Dingen, die unverzichtbar sind, zuhause, im Büro und im Weltall. Für seine geniale Erfindung erhielt der Ungar Laszlo Biro am 10. Juni 1943, vor 75 Jahren, das Patent.**



Bei der Arbeit mit seiner Erfindung, für die er vor 75 Jahren in Buenos Aires das Patent erhielt: Laszlo Biro Bild: Imago

Als Redakteur einer Budapester Zeitung muss Biro ganz besonders an der Unzulänglichkeit des Schreibens mit Feder und Tinte gelitten haben. Es kleckste, und die Finger waren immer beschmiert. Der Bleistift, der oft angespitzt werden muss, war im hektischen Redaktionsalltag keine Alternative. Als Biro eines Tages in der Druckerei die Drehungen der Rotationsmaschine beobachtete, kam ihm eine Idee. Könnte man nicht ein Schreibgerät entwickeln, das nur den Tintenabdruck auf dem Blatt Papier hinterließ? Unterstützt von seinem Bruder György, einem Chemiker, machte er sich an die Arbeit. Das Tüfteln und Erfinden lag den beiden in den Genen. Ihr Vater behandelte die Patienten in seiner Zahnarztpraxis mit selbst konstruierten Instrumenten vom Bohrer bis zur Zange. Ob die Patienten das zu schätzen wussten, ist nicht bekannt.

Den Söhnen gelang es, eine Tintenpaste von fester Konsistenz herzustellen, die rasch trocknete. Eine Mine mit einer kleinen Kugel an der Spitze in einem Gehäuse übertrug die Tinte aufs Papier. Das klingt simpel, ist aber ein hochkomplizierter Vorgang, der jedem Benutzer eines Kugelschreibers Respekt abverlangen sollte. Das Herzstück aller „Kulis“ besteht aus drei Teilen: einem Reservoir für die Tinte, einer Schreibspitze, die das Tintenröhrchen nach oben hin abschließt und einer Schreibkugel aus Metall, heute auch aus keramischem Material. Am oberen Ende ist die Mine offen oder mit einem luftdurchlässigen Verschluss versehen. Die Luft gleicht das Volumen der verschriebenen Tinte aus. Auf der Tinte schwimmt eine Dichtungsmasse, die das Eintrocknen verhindert. Bei billigen Minen fehlt diese Dichtung, deshalb trocknen sie schnell aus. Führt man die Mine über das Papier, dreht sich die Kugel und gibt Tinte aus dem Speicher ab. 1938 erhielt Laszlo Biro das ungarische Patent auf den Prototypen des Kugelschreibers, das er aber nicht mehr verwerten konnte.

Als Ungarn sich mit den Deutschen verbündet, ist Biro als Jude in Budapest nicht sicher. Er geht nach Jugoslawien, von wo aus er weiter für Zeitungen Artikel schreibt. Biro möchte nach Argentinien emigrieren, erhält aber kein Visum. Den Fortgang der Geschichte erzählt man sich in Argentinien so:

Der Präsident des südamerikanischen Landes von 1932 bis 1938, Agustin Pedro Justo, besucht Jugoslawien. Durch einen Zufall begegnen sich die beiden. Justo sieht, wie Biro mit einem merkwürdigen Gerät schreibt und ist fasziniert. Der berichtet von seiner Schwierigkeit, eine Einreiseerlaubnis für Argentinien zu bekommen. Justo verspricht zu helfen. 1940 reisen Biro, seine Frau Elsa, die Tochter Mariana und sein Bruder György nach Buenos Aires, um für immer dort zu bleiben.

Am Rio de la Plata arbeitet der Erfinder an der Verbesserung des Prototyps, der noch recht dick und unhandlich ist und mal zu viel, mal zu wenig Tinte abgibt. Am 10. Juni 1943 erhält er für sein perfektioniertes Modell in Buenos Aires das Patent und gründet mit einem Partner die Firma Sylvapen. Noch im selben Jahr verkauft er Lizenzen für mehrere Millionen an das US-Unternehmen Parker Pen Company und nach England. Der britische Geschäftsmann Henry George Martin hatte erkannt, dass der Kugelschreiber das ideale Schreibgerät für Flugzeugbesatzungen ist, weil er auch in großer Höhe nicht kleckst und gut lesbar bleibt. Die Royal Air Force nimmt ihm auf Anhieb 30 000 Stück ab. Sylvapen beliefert ganz Südamerika mit dem Boligrafo, „Boli“ genannt.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde der Kugelschreiber überall nachgebaut, oft ohne Lizenz. Das Familienunternehmen Schneider im Schwarzwald, heute der erfolgreichste deutsche Hersteller von Kugelschreibern, zahlte ab 1947 bis zum Erlöschen der Patente 19 Millionen Mark an Lizenzgebühren. Die ersten Exemplare waren noch teuer, sie kosteten 1950 rund 20 Mark pro Stück. Der Schwarzwald wurde zum Zentrum der Produktion. Viele Schwarzwälderinnen verdienten sich in Heimarbeit mit dem kniffligen Zusammensetzen der einzelnen Teile ein Zubrot. Auch heute wird die Montage als lohnender Nebenverdienst im Internet angeboten. Verbraucherschützer warnen allerdings vor unseriösen Angeboten.

Selbst total losgelöst von aller Erdenschwere behält der Kugelschreiber seine Zuverlässigkeit. Bei der ersten Landung der Amerikaner 1969 auf dem Mond machte sich Neil Armstrong damit Notizen. Bei allen amerikanischen und russischen Raumfahrtmissionen wird der Space Pen seitdem zum Führen der Logbücher benutzt. Diese Spezialversion steht unter Gasdruck und tut ihren Dienst unter extremsten Bedingungen wie Kälte, hohen Temperaturen, im Vakuum und eben bei Schwerelosigkeit. Schreibproben aus dem Spaceshuttle beweisen das.

Der rastlose Biro entwickelte nach dem Prinzip des Kugelschreibers Parfümfläschchen, mit denen sich Düfte auftragen lassen. Der Vorteil des Roll-on-Systems, nach dem auch Deoroller funktionieren: Die Flüssigkeit ist besser zu dosieren und haftet nicht an den Fingern. Die von Biro vertriebenen Parfüms hatten französische Namen, die an Poesie nicht zu übertreffen waren. Chant d'Espoire, Lied der Hoffnung, Voix de la Forêt, Stimme des Waldes, Chou Chou ... Doch die Frauen ließen sich nicht täuschen. Sie kauften lieber die echten französischen Düfte. 1948 musste die Produktion mangels Nachfrage eingestellt werden.

Laszlo Biro ist in Argentinien ein berühmter Mann, als er im Alter von 90 Jahren am 24. Oktober 1985 in Buenos Aires stirbt. Der „Tag des Erfinders“ am 29. September, seinem Geburtstag, ist ihm gewidmet.

Dass man den Kugelschreiber gelegentlich zu einem anderen Zweck benutzt als zum Schreiben, hat Biro vermutlich nicht gefallen. Statt mit Tinte mit Gift gefüllt wird er schon mal von den üblich verdächtigen Geheimdiensten zur Beseitigung unerwünschter Personen verwendet. *Klaus J. Groth*

# Königin Luises von Preußen halbe Nachfolgerin

## Nach dem Tode seiner geliebten ersten Frau ging Friedrich Wilhelm III. mit Auguste von Harrach eine zweite, morganatische Ehe ein

Wohl nur die wenigsten dürften wissen, dass König Friedrich Wilhelm III. von Preußen und der Feldherr Albrecht von Wallenstein über ihre Ehefrauen verwandt waren. Die eine war Isabella von Harrach, Tochter des österreichischen Ministers Reichsgraf Karl von Harrach. Sie wurde Wallensteins zweite Frau und Fürstin von Friedland. Die andere war Auguste Gräfin von Harrach, die 1800 in Dresden geboren wurde und einem eher armen Zweig der Harrachs entstammte. Sie wurde Friedrich Wilhelms zweite Frau und Fürstin von Liegnitz.

„Eine Königin darf es nicht sein, eine Luise bekomme ich nicht wieder“, hatte der Preußenkönig nach dem frühen Tode seiner geliebten ersten Frau entschieden. Dementsprechend behandelte er seine zweite Ehe als absolute Privatangelegenheit.

Das begann schon bei der Verlobung und ging so weiter, weswegen der deutsche Chronist, Erzähler, Biograf, Tagebuchschreiber und Diplomat Karl August Varnhagen von Ense berichtete: „Unser König hat sich vorgestern verheiratet. Wie ein Donnerschlag traf die Nachricht unter die Leute. Die meisten verweigerten ihr allen Glauben.“

Es hatte alles damit begonnen, dass Friedrich Wilhelm ein Dutzend Jahre nach dem Tode seiner Ehefrau von seinem Arzt zur Kur geschickt worden, um dort Mineralwasser zu trinken, spazieren zu gehen, nette Leute zu treffen, zu entspannen. Die Wahl fiel auf Teplitz, einen Kurort in Böhmen.

Entgegen seinem Image war der wortkarge Preuße kein Kind von Traurigkeit. Er ging sehr gerne ins Theater, flirtete – wenn auch eher väterlich – gerne einmal mit einer hübschen Schauspielerin und tanzte sogar gerne, wenn auch nur Polonaise. Dabei sah er immer noch gut aus: hochgewachsen, schlank, blond mit grauen Schläfen, preußisch-blaue Augen, immer gut angezogen – ein distinguierter, älterer Herr.

Zur selben Zeit wie er war auch die Gräfin Auguste von Harrach in Teplitz. Die beiden begegneten sich und stellten fest, dass sie trotz des Altersunterschieds von drei Jahrzehnten einiges gemeinsam hatten. Auguste ritt gut und gerne. Der König war ebenfalls ein Pferdemann. Außerdem war er, wie viele Hohenzollern, ein ordentlicher Musiker und hat sogar ein paar Militärmärsche komponiert. Auguste wiederum spielte sehr „gefällig“, wie es hieß, Klavier. Obendrauf war sie bescheiden, aber nicht dumm; sie war belesen und sehr häuslich. Friedrich Wilhelm III. fühlte sich wohl mit ihr – und mehr wollte er nicht.

Allerdings standen einer Verbindung zwei Hindernisse im Weg. Zum einen war Auguste nicht ebenbürtig. Die Harrachs waren zwar seit 1627 reichsgräflichen Standes, aber kein regierendes Haus gewesen, was laut dem Hausgesetz der Hohenzollern eine Ehe ausschloss. Ebenso hatte die Gemahlin eines Hohenzollern Protestantin zu sein – und Auguste war katholisch.

Bild: CF

Auguste von Harrach

Doch die Hindernisse erwiesen sich letztlich als überwindlich. Friedrich Wilhelms ältester Sohn hatte gerade mit Elisabeth Ludovika von Bayern eine katholische Prinzessin geheiratet, nachdem diese versprochen hatte, Unterricht in den protestantischen Glaubenslehren zu nehmen und überdies Zurückhaltung im Praktizieren des Katholizismus zu üben. Bei Auguste wurde Vergleichbares geplant, und was die Ebenbürtigkeit anging – Friedrich Wilhelm wollte ja gar keine neue Königin, und Auguste begnügten sich mit einer sogenannten morganatischen Ehe, die ihr weniger Rechte einräumte.

Also nahm Friedrich Wilhelm über einen Vertrauten Kontakt mit Augustes Vater auf. Nach einigem Hin und Her schrieb er am 11. Oktober 1824 einen ebenso ehrlichen wie rührenden Brief an die junge Frau. Er trug ihr – unter Hinweis auf pflegende Orden und barmherzige Schwestern – eine Position als seine Pflegerin an. Allein sei er, nachdem seine älteren Töchter in fremde Länder geheiratet hatten und die Jüngste ihnen bald folgen würde. Er stehe dann einsam, verlassen und „ohne allen weiblichen Umgang“ da. „Und dennoch sehnt sich mein Herz nach diesem. Aber nur unter der Firma einer rechtmäßigen Gemahlin wird dieser möglich. Ich sage: Unter der Firma, denn mein Herz sucht in diesem nicht das, was die Jugend sucht. Nur eine treue Freundin sucht es zur Lebensgefährtin, um mit ihr ein freundliches, stilles, ruhiges und einträchtiges Leben zu führen.“

Aus heutiger Sicht kann man sich kaum vorstellen, dass eine 24-Jährige sich über einen solchen Antrag freut. Und tatsächlich wurde „die kleine Harrach“ schon zu Lebzeiten bedauert. Aber sie sah das Angebot des Königs wohl als eine Chance. Er war freundlich und galant, er bot ihr Sicherheit und sozialen Aufstieg.

Und so total platonisch war das Verhältnis dann wohl doch nicht. Friedrich Wilhelm stellte es zwar nach außen immer so dar, aber im Ehevertrag ist die Versorgung eventueller Kinder besprochen.

Mit der Heirat am 9. November 1824 gab es eine Standeserhöhung für die Braut. Der König erhob sie zur Fürstin von Liegnitz und Gräfin von Hohenzollern. Öffentlich trat sie aber kaum in Erscheinung und wenn, dann rangierte sie protokollarisch hinter dem jüngsten Preußenprinzen.

Innerhalb der Familie gewann sie die Herzen durch ihre Liebenswürdigkeit und Bescheidenheit. Friedrich Wilhelms Töchter zickten manchmal ein bisschen, aber die Söhne mochten die junge Stiefmutter. Kronprinz Friedrich Wilhelm nannte sie liebevoll „Stiefmütterchen“ und schenkte ihr immer wieder Dinge, die mit diesen Blümchen dekoriert waren. Die Enkel liebten die Stiefgroßmutter heiß und innig – der spätere Friedrich III. besuchte sie auch als Erwachsener noch häufig.

Und mit ihrem König lebte sie harmonisch entweder im Prinzessinnenpalais am Boulevard Unter den Linden 5 im Berliner Ortsteil Mitte oder in Charlottenburg. Manchmal fuhren sie auch zu seinem Landhaus Paretz. Und als der König zu kränkeln begann, pflegte sie ihn liebevoll.

Ob sie dabei glücklich war? Man weiß es nicht. Sie hat nie geklagt, sie hat nie zu verstehen gegeben, dass sie sich nicht wohl fühle, und sie sprach auch nach seinem Tod von ihrem Mann immer mit Respekt. Sie war dann viel auf Reisen, leistete sich sogar eine Villa im Süden und starb schließlich am 5. Juni 1873 bei einem Besuch in Bad Homburg. Von dort aus wurde sie nach Potsdam überführt und im Mausoleum der Hohenzollern beigesetzt. Ihr König liegt dort neben seiner ersten Frau, doch immerhin erinnert eine Büste im Vorraum an Auguste Fürstin von Liegnitz, geborene Gräfin von Harrach. *Sibylle Luise Binder*

# Das Ringen um Pommerellen geht weiter

## Der Wandel der ostpreußischen Grenzen in der Neuzeit

**Das Streben, von Ostpreußen aus eine Landbrücke in den Nordosten zu schlagen, hatte mit dem Ende des Deutschordensstaates und der staatlichen Verbindung zwischen Ostpreußen und Livland aufgehört. Hingegen überlebte das Streben nach Pommerellen als Landbrücke zwischen Ostpreußen und dem Reich den Deutschordensstaat um Jahrhunderte und belastete die deutsch-polnischen Beziehungen bis weit in die Neuzeit.**

Im Jahre 1762 herrschte im heutien Ostpreußen nicht mehr der Deutsche Orden, sondern der brandenbugische Kurfürst Friedrich der Große als König in Preußen. Und aus der polnisch-litauischen Personalunion war eine Realunion geworden mit einem von Adel gewählten König an der Spitze. Das war zu der Zeit August III. 1763 starb dieser August III. Die Wahl eines neuen Königs stand an. Zarin Katharina die Große unterstützte ihren Liebhaber Stanislaw August Poniatowski, das von Frankreich unterstützte Österreich hingegen dessen Gegenkandidaten Jan Klemens Branicki.

Friedrich der Große hatte nun die Wahl, mit welchem der Gegner des Siebenjährigen Krieges er ein Bündnis einging. Angesichts der größeren militärischen Potenz Russlands und der Tatsache, dass Maria Theresia die Hoffnung auf eine Rückgewinnung Schlesiens immer noch nicht aufgegeben hatte, entschied er sich schließlich für die Zarin.

Das Ergebnis war das Traktat vom 11. April 1764. Der preußische König stimmte der Kandidatur Poniatowskis zu. Des Weiteren verpflichteten sich beide zu militärischem Beistand im Falle eines Angriffs Österreichs oder einer anderen Macht. Im Falle eines österreichischen Einmarsches in Polen sollte auch Preußen einmarschieren und Russland unterstützen.

Derart militärisch abgesichert, marschierten noch im selben Jahr 20 000 Russen in Polen ein, wo aus den Zeiten des Siebenjährigen Krieges ohnehin noch ein russisches Korps stand. Angesichts dieser militärischen Präsenz Russlands und großzügiger russischer „Wahlgelder“ erstaunt es nicht, dass der Sejm ebenfalls noch 1764



Friedrich der Große Bild: CF

den russischen Kandidaten zum König wählte.

Poniatowski, der sich nun Stanislaus II. August nannte, erwies sich jedoch nicht als die von der Zarin erhoffte Marionette. Vielmehr versuchte der vielseitig gebildete und intelligente Verehrer George Washingtons, Polen ein guter König zu sein und es mit Reformen wie der Einschränkung des Einstimmigkeitsprinzips im Sejm voranzubringen.

Eine derartige Aufholjagd des zurückgebliebenen Nachbarn war jedoch nicht das, was die Zarin wollte. Und so intervenierte sie 1767 militärisch, wobei nicht-katholische Adlige und katholische Reformgegner sie unterstützten und ihre Intervention ein Stück weit legitimieren halfen. Angesichts der russischen militärischen Präsenz sah sich der Sejm gezwungen, 1768 einem bilateralen „Ewigen Vertrag“ zuzustimmen. Darin verpflichtete sich die polnische Seite, die Reformen zurückzunehmen sowie das Einstimmigkeitsprinzip und die Rechte der religiösen Minderheiten zu achten.

Aus Protest gegen den Ewigen Vertrag bildete sich noch im selben Jahr auf der Festung von Bar in Podolien eine Konföderation, die sich die Vertreibung der Russen aus Polen und die uneingeschränkte Herrschaft der katholischen Kirche zum Ziel setzte. Diese Oppositionsgruppe begann einen teilweise asymmetrischen Krieg gegen die Russen.

Im Kampf gegen die polnischen Oppositionellen erwiesen sich die russischen Streitkräfte nun als derart erfolgreich, dass eine ernsthafte Bedrohung des Gleichgewichts drohte. Bevor Polen nun gänzlich russisch wurde, sollten die beiden deutschen Nachbarn, so Friedrichs Vorschlag an die Österreicher, durch Annexion polnischen Territoriums wenigstens einen Teil des Landes dem russischen Zugriff entziehen.

Dem Alten Fritz ging es dabei außer um Gleichgewichtspolitik auch um den Gewinn einer Landbrücke zwischen Brandenburg und (Ost-)Preußen.

Österreich reagierte ambivalent und widersprüchlich. Maria Theresias Gedanken kreisten um eine Rückgewinnung Schlesiens. Und einer Teilung der „katholischen Schwester Österreichs“ stand sie ablehnend gegenüber.

Ihr Sohn und Mitregent Joseph II. hingegen schuf gleich Fakten im Sinne von Friedrichs Vorschlag. Er marschierte in Polen ein. Damit hatte Friedrich nun den Vorwand, gemäß dem Traktat mit Elisabeth vom 11. April 1764 nun seinerseits ebenfalls in Polen einzumarschieren.

Die Zarin zierte sich anfänglich, auf Friedrichs Teilungsvorschlag einzugehen, hoffte sie doch ein ungeteiltes Polen unter ihren Einfluss bringen zu können. Mit der Drohung konfrontiert, ohne preußischen Beistand dem Osmanischen Reich und Österreich gegenüberzustehen, war sie jedoch schließlich bereit, den von Preußen geforderten Preis für dessen Freundschaft zu zahlen. 1772 beschlossen Preußen, Russland und Österreich die gemeinsame sogenannte erste Teilung Polens, die der polnische Sejm im darauffolgenden Jahr abnickte.

Den sowohl an Quadratmetern als auch Einwohnern kleinsten Anteil erhielt Friedrich. Friedrichs Gewinn bestand mehr oder weniger aus dem, was der Deutschordensstaat rund drei Jahrhunderte vorher im zweiten Frieden von Thorn abgetreten hatte. Aus dem Gewinn machte Friedrich die Provinz Westpreußen. In Abgrenzung dazu machte er aus dem bisherigen Königreich Preußen im engeren Wortsinne, also aus dem vormaligen Herzogtum Preußen, die Provinz Ostpreußen.

Der Tilsiter Frieden ließ Preußen Im Gegensatz zum Versailler Diktat die Landbrücke zwischen Ostpreußen und dem Reich: Ostmitteleuropa in der napoleonischen und nachnapoleonischen Zeit

Bild: sansculotte@despammed.com

Eine Ausnahme von der Regel stellte das Ermland dar, dass Friedrich zwar 1772 gewonnen hatte, aber nicht West-, sondern Ostpreußen zuschlug.

Ab nun hieß das, was wir als Ostpreußen kennen, endlich auch offiziell Ostpreußen.

Der Vollständigkeit halber sei hier noch kurz auf die sogenannte zweite polnische Teilung von 1793 und die sogenannte dritte polnische Teilung von 1795 eingegangen. Durch die damit verbundenen Zugewinne für Preußen wurden die Grenzen Ostpreußens zwar nicht verschoben, aber nach der Westgrenze hörten nun auch die Süd- und die Ostgrenze Ostpreußens auf, Staatsgrenzen zu sein. Denn an Ostpreußen grenzten dort nun Südpreußen und Neuostpreußen.

Das änderte sich wiederum nach dem vierten Koalitionskrieg von 1806/07, als Napoleon aus Südpreußen und Neuostpreußen das Herzogtum Warschau schuf. Nach Napoleons Niederlage erhielt Preußen auf dem Wiener Kongress von 1814/15 nur den westlichsten Teil Südpreußens zurück. Wir kennen ihn als Provinz Posen.

In den nun folgenden 100 Jahren herrschten Ruhe und Frieden an der Ostgrenze des Hohenzollernstaates. Der Korrektheit halber muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass in diesen 100 Jahren nichtsdestoweniger Ostpreußen zumindest als Provinz für ein paar Jahre verschwand.

Ab 1816 war der legendäre Theodor von Schön Oberpräsident von Westpreußen. 1824 schied der bisherige Oberpräsident von Ostpreußen, Hans Jakob von Auerswald, aus dem Amt. Das wurde zum Anlass genommen, auch noch Ostpreußen Schöns Amtsbereich zuzuschlagen. Die Provinzen Ost- und Westpreußen wurden zur neuen Provinz Preußen mit der Hauptstadt Königsberg zusammengelegt.

1878 wurde die Provinz wieder geteilt. Danzigs damaliger Oberbürgermeister, Leopold von Winter, hatte hierfür vor allem getrommelt. Die Metropole an der Weichsel wollte der Metropole am Pregel nicht nachstehen und auch wieder Provinzhauptstadt sein, wie sie es bis 1824 gewesen war und ab 1878 dann auch tatsächlich wieder war.

1914 endete ein friedliches Jahrhundert an der preußischen Ostgrenze mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Der Weltkrieg ging verloren und das Versailler Diktat brachte Preußen große Gebietsverluste, die zum Teil auch Ostpreußen betrafen. Ostpreußen verlor das Memelgebiet und das Soldauer Gebiet. Auf das Memelgebiet musste das Deutsche Reich verzichten, weil es angeblich mehrheitlich von Litauern bewohnt war und Litauen über den Memeler Hafen verfügen sollte. Und das Soldauer Gebiet verlor das Reich, weil durch das Gebiet die Ostbahnlinie Danzig–Warschau verlief, die Polen vollständig bekommen sollte.

Ostpreußens Nachbarprovinzen Westpreußen und Posen sollte Polen ja ohnehin größtenteils erhalten.

Eine Ostpreußen betreffende Ausnahme bildete der Ostpreußen benachbarte Nordosten Westpreußens. Elbing blieb beim Reich, und in den ebenfalls rechts der Weichsel und Nogat gelegenen westpreußischen Kreisen Marienburg, Marienwerder, Stuhm und Rosenberg sollte die Bevölkerung befragt werden.

Ebenfalls befragt werden sollte die Bevölkerung im Süden Ostpreußens, konkret im Regierungsbezirk Allenstein und dem Kreis Oletzko.

Zeitgleich fanden die Abstimmungen im westpreußischen Abstimmungsgebiet Marienwerder und im ostpreußischen Abstimmungsgebiet Allenstein am 11. Juli 1920 statt. Das Ergebnis war ein eindeutiges Bekenntnis zu Deutschland. Im Abstimmungsgebiet Marienwerder stimmten über 92 Prozent für den Verbleib beim Reich, im Abstimmungsgebiet Allenstein gar fast 98. Beide Abstimmungsgebiete verblieben also beim Reich. Elbing und das Abstimmungsgebiet Marienwerder wurden als Regierungsbezirk Westpreußen der Provinz Ostpreußen zugeschlagen.

Auf das Memelgebiet hatte das Reich ja bereits in Versailles verzichten müssen, und zwar „zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte“. Die Franzosen übernahmen im Auftrag des Völkerbunds die Verwaltung. So ähnlich wie die Russen bei der Krim marschierten die Litauer 1923 ohne Hoheitszeichen in das Memelgebiet ein. Die Franzosen waren kaum motiviert, ostdeutsches Siedlungsgebiet gegen Litauer zu verteidigen, die Deutschen hatten mit der zeitgleich beginnenden Ruhrbesetzung andere Probleme, und zudem war den Deutschen ein litauisches Memelgebiet im Zweifelsfall noch das kleinere Übel gegenüber einem polnischen, englischen oder französischen Memelgebiet, das ebenfalls im Raum stand.

1939, noch vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, gab Litauen Deutschland das Memelgebiet zurück. Die Litauer hatten genug Ärger mit den Polen, die immer noch von der polnisch-litauischen Union träumten; da wollten sie wenigstens an der deutschen Grenze Ruhe.

Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und dem erfolgreichen Polenfeldzug wurde der Reichsgau Danzig-Westpreußen erschaffen. Als Nachfolger der Provinz Westpreußen erhielt er den ostpreußischen Regierungsbezirk Westpreußen zurück. Für diese Rückgabe wollte nun Ostpreußens Gauleiter Erich Koch Entschädigung. So wurde Ostpreußen um den Regierungsbezirk Ziechenau mit den Landkreisen Sudauen und Augustów erweitert. Aus den letztgenannten Kreisen wurde dann der Kreis Sudauen gebildet, der dem Regierungsbezirk Gumbinnen zugeschlagen wurde. Diese Gebietsgewinne überlebten das Kriegsende nicht.

Nach dem Kriege wurde Ostpreußen schließlich geteilt, in einen polnischen und einen sowjetischen Teil, wobei der sowjetische Teil wiederum geteilt wurde in einen russischen Teil, das Königsberger Gebiet, und einen litauischen Teil, das Memelgebiet.

1990 wurde diese Teilung von der Bundesrepublik im Zwei-plus-Vier-Vertrag anerkannt. Seit dem Zerfall der Sowjetunion 1991 ist nun nicht mehr nur die Grenze zwischen dem polnischen und dem russischen, sondern auch die zwischen dem russischen und dem litauischen Teil Staatsgrenze. Ostpreußen ist zwischen den drei souveränen Staaten Republik Polen, Russische Föderation und Republik Litauen aufgeteilt. Das ist der Status quo.

Im Zuge der deutschen Vereinigung bot die Sowjetunion der Bundesrepublik neben dem von ihr besetzten Mitteldeutschland auch den von ihr verwalteten Teil Ostdeutschlands zum Kauf an. Von 48 Milliarden D-Mark war damals die Rede. Doch vom damaligen Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher ist der Ausspruch überliefert, „Königsberg nicht einmal geschenkt“ haben zu wollen.

Hätte die Bundesregierung es zugelassen, dass die Sowjetunion ihre Beute aus dem Zweiten Weltkrieg zurückgibt, hätte sie Polen unter Zugzwang gesetzt, auch seine Kriegsbeute zurückzugeben. Hätte Polen im Gegensatz zur Sowjetunion seine Kriegsbeute nicht zurückgegeben, wäre es der Bundesregierung schwer gefallen, im traditionellen Ringen um Macht und Einfluss zwischen den Westmächten und Polen auf der einen Seite sowie Russland auf der anderen derart eindeutig und kompromisslos für erstere Partei zu ergreifen, wie sie es inzwischen getan hat.

Unabhängig davon, wie Polen auf eine Rückgabe des sowjetisch besetzten Teils Ostpreußens reagiert hätte – ob es den von ihm verwalteten Teil auch geräumt hätte oder nicht –, es wäre so oder so auf lang oder kurz deutscherseits der Wunsch entstanden nach einer Landbrücke zwischen dem Kern der Bundesrepublik und ihrer wie auch immer gearteten ostpreußischen Exklave. Damit wäre der traditionelle, schier antagonistische Gegensatz zwischen einem deutschen Interesse an einer Landbrücke zwischen Kerndeutschland und Ostpreußen sowie dem polnischen an einem Ostseezugang wieder zurückgekehrt. *Manuel Ruoff*

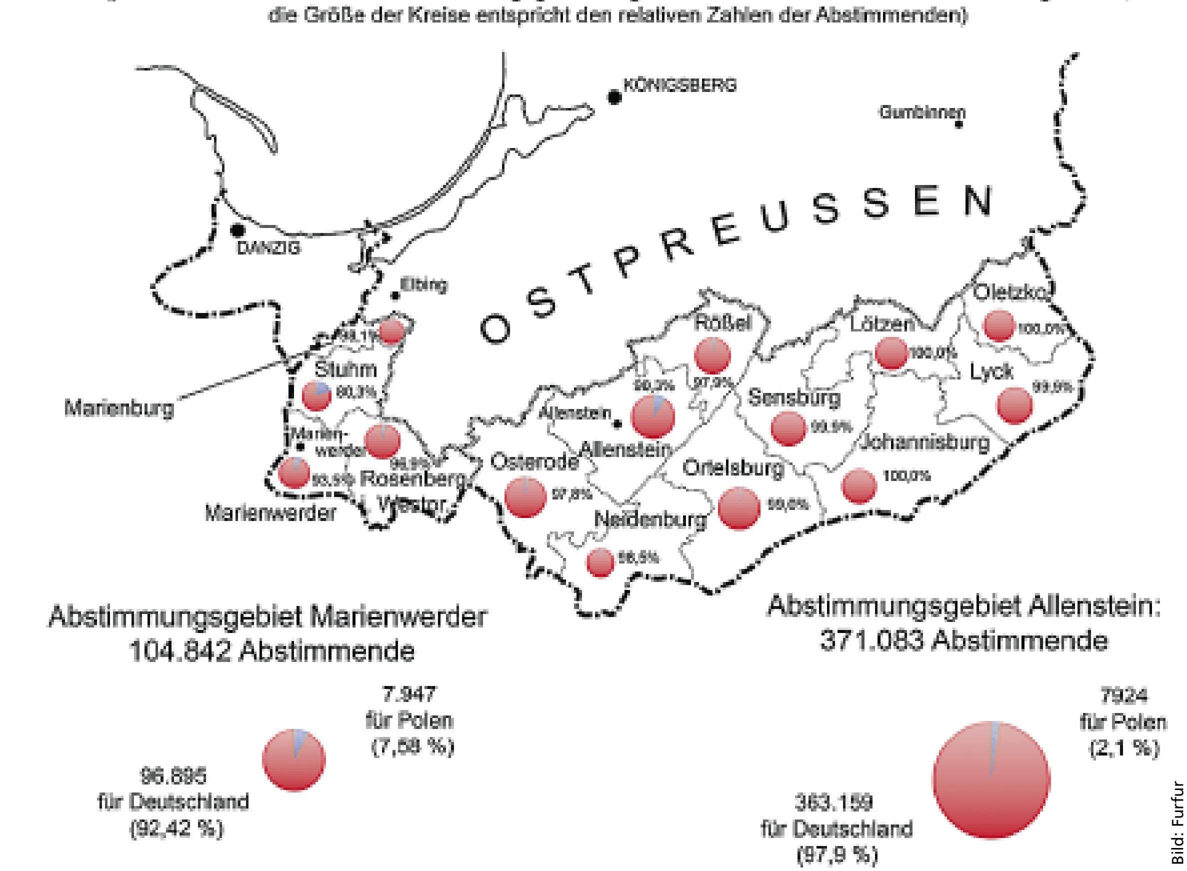



Bild: Furfur

## Moment der Woche


Foto: Pixabay

Für gewöhnlich sind es einfache Behördenmitarbeiter oder „normale" Bürger, die schmerzhafte Erfahrungen mit aggressiven Asylsuchern machen. Nun jedoch hat es einen höheren Staatsdiener getroffen. Mit einem mit Nägeln bestückten Holzknüppel ging in Tuttlingen der Asylsucher Said K. (48) auf den Sozialdezernenten Bernd Mager (55, CDU) los. Mager zog sich Quetsch- und Risswunden zu, konnte den Pakistaner aber schließlich beherzt überwältigen und der Polizei übergeben.

K. sitzt seit Oktober 2015, als die „Willkommenskultur" ihren Zenit erreichte und Kanzlerin Merkel alle Grenzen geöffnet hatte, im Tuttlinger Asylsucherheim. Der offenbar psychisch gestörte Mann hat bereits mehr als ein Dutzend Straftaten begangen und sollte längst abgeschoben werden. Da er aber keinen Pass besitzt und Pakistan die Ausfertigung eines neuen Dokuments verschleppt, sehen sich die deutschen Behörden außerstande, seine Abschiebung durchzuführen. *H.H.*

### Deutscher Staat ist machtlos

# Die Geister-Autos kommen

## Trotz Rückschlägen geht der Trend zum selbststeuernden, führerlosen Fahrzeug weiter

Ungeachtet mehrerer tödlicher Unfälle mit Beteiligung autonomer Fahrzeuge in den USA während der vergangenen Jahre ist in Kalifornien ein weiterer Schritt auf dem Weg zur allgemeinen Zulassung von selbstfahrenden Autos vollzogen worden. Ab April 2018 dürfen vollautomatische Fahrzeuge ohne Fahrerassistenz am Alltagsverkehr des größten US-Bundesstaats teilnehmen, vorausgesetzt, sie erfüllen sämtliche Sicherheitsstandards und sind vor Cyberattacken geschützt.

### Testfahrzeuge ohne Lenkrad sind schon unterwegs

Das bedeutet, dass niemand mehr als Fahrer in den eigens dafür umgerüsteten Roboterwagen sitzt. In Kalifornien waren bislang nur pilotierte Fahrzeuge mit einem Fahrer hinter dem Steuer zugelassen, um im Notfall eingreifen zu können. Diese Zuständigkeit übernimmt bei den lenkradlosen Roboterautos eine Leitstelle, die sich in kritischen Situationen einschalten kann.

Damit ist der letzte von fünf Automatisierungsgraden bei der Entwicklung des automatisierten Fahrens erreicht. Dafür hatten sich unter anderem Technik-Konzerne aus dem Silicon Valley eingesetzt, darunter das Google-Schwesterunternehmen Waymo und der Fahrvermittler Uber. Testfahrzeuge ohne Lenkrad und Pedale waren bisher schon in den US-Bundesstaaten Michigan, Pennsylvania, North Carolina, Tennessee, Georgia, Texas, Colorado und Nevada unterwegs.

Seit Jahren wird die Öffentlichkeit mit der Vorhersage konfrontiert, dass im Straßenverkehr schon in naher Zukunft nur noch autonome Fahrzeuge im Einsatz sein würden. Durch das automatisierte Fahren lasse sich die Zahl der Unfälle um bis zu 90 Prozent reduzieren, da die weitaus meisten Unfälle auf menschliches Versagen am Steuer zurückgingen.

Diese derzeit nicht widerlegbare Aussage klingt wie eine Rechtfertigung von etwas scheinbar Unabwendbarem. Tatsächlich investieren viele Unternehmen in aller Welt bereits seit Jahrzehnten Milliarden Euro in diese Entwicklung. Immer mehr hatte sich jedoch gezeigt, dass Menschen, die ein Auto nur beaufsichtigen, statt es aktiv selbst zu steuern, leicht abgelenkt und dann nicht in der Lage sind, rechtzeitig zu reagieren, um einen Unfall zu verhindern.

Nach jedem schweren Unfall mit Beteiligung eines autonom agierenden Fahrzeugs in den USA entbrannte weltweit eine Debatte über die Schuldfrage, so auch nach einem tödlichen Unfall Anfang März 2018 in der Stadt Tempe, Arizona. Ein selbstfahrender Uber-Volvo mit einer Fahrerin hatte eine Frau erfasst, als sie die Straße überqueren wollte. Durch Insider wurde später die Mitteilung verbreitet, dass die Software des Wagens kurz vorher modifiziert worden sei, um allzu heftige Bremsmanöver zu vermeiden.

Uber stoppte vorübergehend den Betrieb seiner autonomen Fahrzeuge für Tests und Kundenfahrten in einigen großen Städten, darunter Pittsburgh, Toronto und San Francisco. Der japanische Autokonzern Toyota stellte ebenfalls seine Tests ein. Waymo dagegen betonte zwei Tage nach dem tödlichen Unfall, dass seine Fahrzeuge sicher seien.

Außerhalb der Branche werden in den USA immer mehr kritische Stimmen laut. Die unabhängige Verbraucherorganisation Consumer Watchdog gab zu bedenken, dass selbstfahrende Autos noch nicht bereit für die Straßen seien, wenn sie zum Zweck des selbstständigen „Lernens" ihrer Logarithmen Menschenleben gefährdeten.

Mit dem lenkradlosen Fahren ist seitens der Hersteller die Vorstellung verbunden, die Schuld- und Haftungsfrage „Mensch am Steuer oder Maschine" nach Unfällen auszuschließen und auch die Zweifel am Nutzen des automatisierten Fahrens klein zu halten. Bei Unfällen mit fernüberwachten Fahrzeugen haftet im Zweifelsfall immer der Hersteller. Das offenbar angestrebte Ziel einer ausschließlichen Fernüberwachung von digital gesteuerten Fahrzeugen wurde von Seiten der daran arbeitenden Unternehmen erst kommuniziert, als diese erstmals auf die Straße gebracht wurden. So ist den meisten Menschen vermutlich noch gar nicht bewusst, dass sie in einigen Jahren als Fußgänger, Radfahrer und Autoinsassen an einem Straßenverkehr mit lenkrad- und fahrerlosen Fahrzeugen teilnehmen sollen.

### Die Menschen ahnen kaum, was auf sie zukommt

Jahrzehntelang fragten die Entwickler des automatisierten Fahrens nicht danach, ob die Menschheit ihr „Geschenk" überhaupt will. Zudem mussten sie sich mit der Tatsache auseinandersetzen, dass Unfälle im Straßenverkehr durch menschliches Versagen oft als unvermeidlich hingenommen werden, Unfälle durch pilotierte Fahrzeuge hingegen nicht, erst recht nicht, wenn Todesopfer zu beklagen sind. Demnächst könnte das unheimliche Szenario eines fahrerlosen, digital vernetzten Straßenverkehrs für Unruhe in der Gesellschaft sorgen. *D. Jestrzemski*

# Wer war Preußens Größter?

## Unbedeutend war kaum einer von ihnen, doch einige Hohenzollernfürsten ragen deutlich aus ihrer Ahnenreihe hervor

**„Größe" liegt zwar im Auge des Betrachters. Doch der bemerkenswerte Aufstieg Brandenburg-Preußens wäre ohne seine Herrscher, denen die Geschichte den Beinamen „der Große" verlieh, nicht denkbar gewesen.**

Mehr oder weniger sinnvolle Ranglisten und Siegerpodeste lauern allerorten. In der Regel geht es darum, etwas zu verkaufen. Dem Trend folgend, jedoch frei von kommerziellen Gedanken, stellen wir hier die Frage nach der „Größe" der preußischen Könige. Was wird heute mit diesen Herren verbunden? Wer verdient ein solches Attribut? Gibt es andere Charakterisierungen?

Am Anfang der Geschichte der Hohenzollernherrschaft in der Mark steht Anfang des 15. Jahrhunderts die Übertragung der brandenburgischen Kurwürde auf den Nürnberger Burggrafen. 1618 kam das namensgebende Preußen durch Erbanfall hinzu. Doch erst nach dem Dreißigjährigen Krieg begann der eigentliche Aufstieg des Hohenzollernstaates. Den Schlusspunkt markiert der Erste Weltkrieg. Zehn brandenburgisch-preußische Regenten kennt diese Erfolgsgeschichte. Auch wenn es einer davon nicht zur Königswürde brachte, so sei er doch in unsere Reihe, wer denn ein „großer" preußischer König gewesen ist, einbezogen.

### Aus den Trümmern des Dreißigjährigen Krieges auferstanden

Dreimal bedachte die Geschichte einen preußischen Herrscher mit dem Beinamen „der Große". Da wäre zunächst gleich der erste in unserer Reihe, der Große Kurfürst, Friedrich Wilhelm, der die Geschicke Brandenburg-Preußens von 1640 bis 1688 lenkte. Dann sein Urenkel, Friedrich der Große, dessen Regierungszeit ziemlich genau 100 Jahre später zu datieren ist, zwischen 1740 und 1786. Die Benennung dieses Königs mit dem ehrenden Beinamen ist – außer bei Preußenskeptikern und überkorrekten Historikern – wesentlich geläufiger als das schlichte „Friedrich II." Der letzte Preußenherrscher, dem die Größe namentlich beigefügt wurde, ist Wilhelm I., Regent 1858, König 1861 und 1871 schließlich noch Deutscher Kaiser.

Seine Aufgaben erfüllte er, bis er 1888 fast 91-jährig verstarb. Im Unterschied zu den beiden anderen Herrschern war die Benennung in „Wilhelm der Große" eine posthume Initiative, vor allem um ein Projekt seines Enkels. Kaiser Wilhelms II. wollte den Großvater auf den bereits von Bismarck besetzten Sockel des Reichsgründers stellen. Zwar ging „Wilhelm der Große" nicht ins allgemeine Gedächtnis ein, jedoch zeugen Publikationen und Inschriften der Zeit der vorletzten Jahrhundertwende noch immer von der Beharrlichkeit entsprechender Anstrengungen.

Grundlos und inflationär wurde der Zusatz „der Große" durch die Geschichtsschreibung nicht vergeben. Dennoch: Spätestens mit dem Evangelisten Matthäus (und für uns mit seinem Übersetzer Martin Luther) ist die Aufforderung, die Dinge an den Früchten, in unserem Falle, den Taten, zu erkennen, sprichwörtlich geworden.

Mit Friedrich Wilhelm von Brandenburg verbindet sich die Konsolidierung des großflächigen, aber zum Teil unverbundenen Landes, der unfruchtbaren „Streusandbüchse" des Reiches. Die Stände hielt er in Dauerschach, letztlich ging die Partie für die Mitspracheansprüche der Adligen weitgehend und dauerhaft verloren. Bei Fehrbellin schlug er die Schweden, hier wurde er der „Große Kurfürst" und seine Armee war fortan ein Begriff. Durch das „Edikt von Potsdam" 1685 ließ er die vertriebenen französischen Hugenotten ins Land kommen, was seinem Land einen kräftigen Schub versetzte.

Der Sohn des Großen Kurfürsten setzte sich – und damit auch indirekt seinen Nachfolgern – 1701 als Friedrich I. die Krone auf, er war nun König „in" Preußen. Der „schiefe Fritz", so genannt wegen seiner Körperhaltung aufgrund einer Verletzung, hielt viel von Prunk und Pomp – mit entsprechenden finanziellen Folgen. Völlig anders geartet war sein Sohn Friedrich Wilhelm I.: Sparsam und persönlich anspruchslos. Schulpflicht, Verwaltungsorganisation, Beamtentum, eine am Ende wieder gut gefüllte Staatskasse und vor allem ein riesiges Heer kennzeichnen das Wirken des „Soldatenkönigs", der trotz des Beinamens Kriege verabscheute. Misst man den Beinamen „der Große" an der Aufbauleistung, so hätte dieser König das Attribut eher verdient als sein Sohn. Der jähzornige Friedrich Wilhelm I., der auch schon mal Untertanen prügelte und einmal dabei ausgerufen haben soll, man solle ihn doch lieben und nicht fürchten, verfügte über keinen Glanz. Ganz anders als Friedrich der Große, der als Schöngeist startete und sich in drei Kriegen durchsetzte. Religiös tolerant war der große Friedrich bis zur Ignoranz. So forderte eine pommersche Gemeinde, der König solle ihren Pfarrer ersetzen, dieser habe die Auferstehung angezweifelt. Friedrich hielt an dem Pfarrer fest und äußerte, wenn dieser am jüngsten Tag nicht mit aufstehen wolle, so möge er liegen bleiben. Interessanterweise „entdeckte" die DDR, im Gegensatz zur Bundesrepublik, Friedrich wieder, um ihn, denkmal- und biografieegeehrt, in ihr Geschichtsbild einzufügen.


Legte den Grundstein des Aufstiegs: Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst von Brandenburg Bild: culture-images

Seine drei Nachfolger bekamen andere Beinamen. Friedrich Wilhelm II. wurde seinerzeit „dicker Lüderjahn" genannt. Wenn auch durchaus von Sympathie getragen – nach „groß" klingt das nicht. Friedrich Wilhelm III. hat ein moderner Biograf als „Melancholiker auf dem Thron" apostrophiert. Er gilt als schwach, der Zusammenbruch Preußens 1806 wird ihm angelastet. Zudem steht er im Schatten der Königin Luise. Friedrich Wilhelm IV. hingegen war der „Romantiker auf dem Thron", das weniger schmeichelhafte Image als „Butt" pflegte er auch selbstironisch. Bei freier Berufswahl wäre er wohl Architekt geworden. In der Revolution von 1848/49 gab er aber eine wenig glückliche Figur ab.

Wilhelm I. – oder eben Wilhelm der Große – soll einmal geäußert haben, es sei nicht leicht, unter Bismarck Kaiser zu sein. Er stehe Schatten des Kanzlers, aber auch im Licht von dessen Erfolgen. Ein kaum zu überschätzendes Verdienst Wilhelms I. ist es, dass er fähige Männer gewähren ließ.

Mit der Annahme des Kaisertitels sah er das Ende seines geliebten Preußen gekommen und war doch als Kaiser nahezu unumstritten. Diszipliniert bis zum Ende, nahm er noch im hohen Alter die Parade zu Pferde ab – der oberste Kriegsherr lässt sich nicht in der Kutsche an seinen Soldaten entlangfahren. Angeblich war er so beliebt, dass nach seinem Tod sämtliche Berliner Freudenhäuser eine Woche lang schwarz ausgeschlagen waren. Die Regierung seines Sohnes blieb Episode. Und Wilhelm II. als „Großer"? Zu Anfang des 20. Jahrhunderts vielleicht, mit Blick auf Preußen und das Deutsche Reich. Aber der – falsche – Makel der Kriegsschuld lastet auf ihm nachhaltig, ebenso wie – zu Recht – die Flucht ins Exil im November 1918.

### Die Leistung des »Soldatenkönigs« wird unterschätzt

Bilanz: Dem „Soldatenkönig" sollte man vielleicht etwas mehr auf der historischen „Habenseite" verbuchen, als ihm bislang zugestanden wird. Einen neuen „Großen" werden wir dennoch nicht finden. Und was unterscheidet die „Großen" nun von den anderen? Sie trugen dazu bei, Preußen zu dem zu formen, was es heute für uns vor allem ausmacht: Weniger eine Nation und nur bedingt eine Landschaft – sondern ein Stil.

*Erik Lommatzsch*

Das Ostpreußenblatt

Nr. 22 – 1. Juni 2018

## MELDUNGEN

### Neue Exponate in Hohenstein

**Hohenstein** – Das Hohensteiner Freilichtmuseum hat ein modernes Dienstleistungszentrum für Touristen erhalten. Das Gebäude hat zwei Flügel, verbunden durch einen gläsernen Eingangsbereich, durch den man Kasse, Büro sowie einen Souvenirladen erreicht. Im vergangenen Jahr wurde das Freilichtmuseum durch eine dörfliche Anlage aus dem 19. Jahrhundert mit einer Wohnhütte bereichert, die aus Königsdorf bei Mohrungen stammt. In diesem Jahr erhält das Museum eine Scheune aus Königsgut und eine Kapelle aus Redigkainen. Im Freilichtmuseum mit einer Fläche von 94 Hektar befinden sich 76 Objekte der dörflichen Architektur Ostpreußens. Es sind Wohngebäude, sakrale Gebäude sowie Wirtschafts- und Handwerkergebäude. Das Museum hat in seiner Sammlung etwa 13 000 bewegliche Gegenstände, hauptsächlich Beispiele traditioneller Arbeitsmethoden und des dörflichen Brauchtums aus dem 19. und 20. Jahrhundert. *PAZ*

### Uneinigkeit über Zugverbindung

**Königsberg/Gdingen** – Die Verhandlungen über die geplante Zugverbindung zwischen Königsberg und Gdingen stecken in der Sackgasse. Laut der „Gazeta Wyborcza" sei mit einer Einrichtung bis zur Fußball-WM nicht zu rechnen, da die russische Seite sich zu wichtigen technischen und wirtschaftlichen Fragen noch nicht geäußert habe. Geplant war, die Strecke zunächst vor und nach der WM sowie an Wochenenden zu bedienen. Später sollte sie zu einer ständigen Einrichtung werden *MRK*

# Copernicus, Ritter und Oldtimer

## Die Allensteiner »lange Nacht der Museen« fand großen Anklang – Steigende Besucherzahlen

**Im Mai fand in Allenstein die „lange Nacht der Museen" statt, an der sich zahlreiche Kultureinrichtungen der Stadt beteiligten. Hohe Besucherzahlen belegen, dass es sich um eine erfolgreiche Veranstaltung handelt.**



**Interessantes Spektakel: Darsteller in Ritterrüstungen im Innenhof der Allensteiner Burg** Bild: D.K.

Seit das Posener Nationalmuseum 2003 die erste lange Nacht der Museen organisiert hat, sind 15 Jahre vergangen, in denen die Veranstaltung in zahlreichen Städten Polens zu einer Tradition geworden ist. Ziel der Museumsnacht ist es, auf die kulturellen Einrichtungen aufmerksam zu machen und neue Besucherkreise zu gewinnen. Da es in der Nacht vom 19. zum 20. Mai in Allensteiner Museen von Menschen wimmelte, lässt sich ohne Zweifel sagen, dass die Aktion erfolgreich war.

An dem Kulturereignis beteiligten sich mehrere städtische Einrichtungen, die ihre Öffnungszeiten bis in die Nacht verlängerten. Ihre Türen öffenten unter anderem die Christus-Erlöser-Kirche der evangelischen Gemeinde, das Naturmuseum, das Haus der „Allensteiner Zeitung" und das Museum der Moderne, wo man die Gelegenheit bekam, die Sammlungen von antiken Petroleumlampen, alten Fotoapparaten und sehenswerten Instrumenten zu bewundern. Außerdem konnten die Besucher Wissenschaftlern bei spektakulären Physikexperimenten zusehen. Schließlich erfuhren sie, wie der in der Antike erfundene Prototyp der Dampfmaschine – Heronsball – aussah.

Alle, die Interesse an zeitgenössischen Gemälden und Fotografien haben, konnten dem Büro der Kunstausstellungen einen Besuch abstatten. In der Galerie, die im Gebäude des Planetariums untergebracht ist, wurden zwei Ausstellungen präsentiert. Eine Fotoausstellung von Zofia Rydel, trug den Titel „Überheblichkeit der langen Wege". Die Museumsnacht war die letzte Chance, sie zu sehen. Im Mittelpunkt der Fotoreihe stehen Porträts alter Frauen. Rydel zeigt das Alter dergestalt, dass die stark gerunzelten Gesichter der weiblichen Personen keineswegs von ihrer Schwäche zeugen. Das hohe Alter nimmt den Dargestellten auch nicht ihre Menschenwürde. Die Fotografin geht somit gegen den allgegenwärtigen Jugend- und Körperkult vor und beweist, dass jede Lebensphase ihre Anmut hat.

Die zweite Ausstellung mit dem Titel „Splitter der Träume" entstand unter dem Einfluss des bekannten deutschsprachigen Dichters Paul Celan. Die Künstlerin Monika Wanyura-Kurosad hielt die Emotionen, die während der Lektüre von Gedichten wie „Todesfuge" hervorgerufen werden, in einer Reihe von Zeichnungen und Installationen fest. Die präsentierten Werke wirken auf alle Sinne, versetzen den Betrachter in eine abstrakte Welt, und regen ihn zum Nachdenken und zur Selbstreflexion an.

Die meisten Attraktionen während der Museumsnacht wurden jedoch vom Museum für Ermland und Masuren vorbereitet, dessen Sitz sich in der Burg des ermländischen Domkapitels in der Allensteiner Altstadt befindet. Bereits auf der Brücke, die zum Schlosshof führt, glänzten polierte Oldtimer-Motorräder, die vom Motorradfanklub „Rotor" zur Schau gestellt wurden. Weiter im äußeren Burghof konnten die Gäste ein Foto von sich vor dem Hintergrund von Oldtimern machen lassen. Die sehenswerten Wagen wurden vom Marian-Bublewicz-Automobilklub besorgt. Neben ein paar Oldtimer-Modellen von Audi, Fiat, Citroen und Mercedes stand eine Replik eines Polonez, in dem einmal der Patron und Namensgeber des Klubs, einer der besten Rennfahrer der Welt, Marian Bublewicz, am Steuer saß.

Beim Betreten des Schloss-Innenhofs waren bereits die Schreie kämpfender Männer zu hören. In mittelalterlicher Rüstung begeisterte die als Ritter verkleidete Kriegergruppe „Białozór" die Zuschauer. Nachdem die Ritter mit ihren Schwertern und Beilen ein paar Gefechte ausgetragen hatten, durften die jüngsten Besucher die Panzerhemden und Helme anprobieren oder die ritterlichen Waffen in die Hände nehmen.

Die Veranstalter der Museumsnacht wollten mit diesem Kulturer-eignis ein Projekt unter dem Motto „Baue dein eigenes Museum auf" anschieben, dessen Idee es ist, auf den Ursprung der Sammeltätigkeit zurückzugreifen. Ohne die Leidenschaft, alte und antike Gegenstände zu sammeln und sie aufzubewahren, und ohne diejenigen, die von Relikten der Vergangenheit fasziniert sind, wäre kein Museum entstanden. Aus diesem Grund seien auf die Burg mehrere Privatsammler eingeladen worden, sodass man neben den musealen Dauerausstellungen Sammlungen alter Uhren, Münzen sowie Militärhelme und -uniformen bewundern könne, sagte Museumsdirektor Piotr Zuchowski, der die Nacht der Museen feierlich eröffnete.

Auch die Schüler der Allensteiner staatlichen Kunstschule engagierten sich bei der kulturellen Veranstaltung und bereiteten eine große Installation vor, die „das lebende Schloss" hieß. Das waren riesige Puzzlesteine, auf denen Abbildungen einiger musealer Exponate angebracht waren. Die Besucher konnten aus den Würfeln eine Mauer bauen, was wiederum an das Projekt „Baue dein eigenes Schloss auf" anknüpfte. Ein einzigartiger Teil der Veranstaltung auf der Allensteiner Burg war die Gelegenheit, Werke aus der Privatbibliothek von Nicolaus Copernicus zu bestaunen, die im Original äußerst selten und nur zu außergewöhnlichen Anlässen gezeigt werden. Besonders spannend war die Möglichkeit, auf den Burgturm zu steigen, von dem aus man das Nachtpanorama der Stadt genießen konnte. Am Eingang zum Turm bildete sich deshalb eine lange Menschenschlange. *Dawid Kazanski*

# Philosophendenkmal beschädigt

## Abgeschlagene Ziegel und Bauschutt auf Königsberger Gelehrtenfriedhof

Die Gedenkstätte zu Ehren der Professoren der Königsberger Albertina, deren Errichtung im November 2013 der damalige Gouverneur Nikolaj Zukanow befürwortet hatte, ist beschädigt worden. An dem Ort, an dem die Grabstätten der Philosophen vermutet werden, wurde 2014 ein Denkmal zu Ehren der Albertina-Professoren eingeweiht. Der Astronom Friedrich-Wilhelm Bessel, der Mathematiker Friedrich Richelot, der Physiker Franz Neumann und der Schriftsteller Theodor Hippel wurden mit dem Denkmal geehrt.



**Schutt und herausgerissene Ziegel: Denkmal in Königsberg**

An gleicher Stelle hatte sich die berühmte Königsberger Sternwarte befunden, in der Bessel Entdeckungen von Weltbedeutung machte. Initiiert wurde die Denkmalerrichtung nicht zuletzt von Vertretern der wissenschaftlichen Intelligenz der Region, die dafür eintraten, die Begräbnisstätte zu erhalten, wo die sterblichen Überreste der Professoren ruhen. Die Abgeordneten des Königsberger Stadtrats unterstützten das Vorhaben finanziell und beauftragten den Bildhauer Valerij Kowaljow mit der Gestaltung.

Die Bürgerinitiative zur Denkmalerrichtung nahm Fahrt auf, als bekannt wurde, dass am Ort des Professorenfriedhofs mit dem Bau von Wohnhäusern begonnen wurde. Bei der Verlegung von Heizrohren legten Bagger den Hügel frei, auf dem einst die Sternwarte stand

Und nun wurde der gesamte Platz um die Gedenktafel schwer beschädigt. Die Ziegel der Brüstungen wurden herausgerissen, und um das Denkmal herum lag Bauschutt. Auch das Denkmal für die Königsberger Wissenschaftler selbst kam zu Schaden. Ob es sich bei den Beschädigungen um Vandalismus handelt, ist noch unklar.

Das städtische Unternehmen „Königsberger Kundenservice", dem die Pflege des Denkmals obliegt, bezeichnete die Höhe des verursachten Schadens auf umgerechnet etwa 1800 Euro und erstattete Anzeige gegen Unbekannt bei der Polizei.

Die Stadt hat das Denkmal dem Unternehmen „Königsberger Kundendienst" zur unentgeltlichen Nutzung übertragen, jedoch das Grundstück, auf dem das Denkmal steht, für den Bau eines mehrgeschossigen Mehrfamilienhauses einer Baufirma übertragen. Deshalb stehen nun die Bauherren, denen das Grundstück überlassen wurde, in der Pflicht, die Folgen der Zerstörung zu beseitigen. *Jurij Tschernyschew*

# Umwelt geht vor

## Kajaks zerstören die Kruttinna

Die Kruttinna ist die populärste Wasserstraße in Masuren. Kajak-Touristen können den Fluss in seiner gesamten Länge von Sorquitten bis zum Beldahnsee befahren. Die meisten Wassersportler nutzen die malerische Trasse im Dorf Kruttinnen durch den Dußsee, an dem sich das Philipponen-Kloster befindet. Die Kruttinna fließt durch den Gartensee und den Malinowko-See zum Beldahnsee.

Diese Freiheit soll nun eingeschränkt werden, weil laut Umweltschutzdienst, Forstbeamten und dem Direktorium des Landschaftsparkes die Vielzahl der Touristen die Natur zerstört. Schätzungen des Umweltschutzdienstes zufolge befahren in der Sommersaison etwa 1000 Kajaks die Kruttinna. Die unkontrollierte Kajak-Touristik führe zur Zerstörung des Gehölzes, und dadurch würden seltene Vögel beim Brüten gestört und verdrängt. Außerdem würden an Stellen, wo die Boote zu Wasser gelassen werden, die Ufer zerstört, so die Pressereferentin der Regionalen Umweltschutzdirektion in Allenstein, Justyna Januszewicz. Die Kajak-Fahrer rissen Seerosen aus und verunreinigten die Gewässer. Deshalb werde ihre Behörde mit der Regionalen Forstdirektion und der Direktion des Masurischen Landschaftsparkes in Zukunft mehr Kontrollen durchführen und Verstöße gegen die Vorschriften zum Naturschutz stärker ahnden.

Gleichzeitig will sich der Umweltschutzdienst mit lokalen Firmen in Verbindung setzen, die sich mit der Organisation von Kajak-Fahrten auf der Kruttinna befassen, um neue Routen außerhalb des Natur-Reservates, aber in der Nähe seiner Grenzen auszuarbeiten.

Am Ende soll eine Vorschrift den Zutritt zum Reservat für Kajak-Touristen klar regeln. Eine Missachtung dieser Vorschriften könnte dann mit Bußgeld oder sogar einer Haftstrafe belegt werden. *PAZ*




## ZUM 103. GEBURTSTAG

**Fortak**, Ottilie, geb. **Latza**, aus Ittau, Kreis Neidenburg und aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 1. Juni

## ZUM 99. GEBURTSTAG

**Mootz**, Else, geb. **Salamon**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 4. Juni

## ZUM 98. GEBURTSTAG

**Baginski**, Gisela, geb. **Jedamski**, aus Neidenburg, am 2. Juni
**Gerlach**, Erna, geb. **Rosengart**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 2. Juni
**Runck**, Ursula, geb. **Arlart**, aus Ebenrode, am 5. Juni
**Schirmacher**, Magdalene, geb. **Lehwald**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 2. Juni

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Bohnhof**, Karl, aus Lyck, Soldauer Weg 11, am 1. Juni
**Borriß**, Anna, geb. **Niedzella**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 7. Juni
**May**, Ursula, geb. **Stoermer**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 4. Juni

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Dziedo**, Maria, geb. **Dausch**, aus Kutzen, Kreis Lyck, am 1. Juni
**Roßberg**, Erika, geb. **Cytrich**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 1. Juni
**Spalding**, Herta, geb. **May**, aus Wehlau, am 1. Juni

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Klotzbücher**, Irmgard, geb. **Matthies**, aus Sinnhöfen, Kreis Ebenrode, am 2. Juni

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Bertuleit**, Martha, geb. **Priekuln**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 5. Juni
**Brzoska**, Robert, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 5. Juni
**Dörr**, Ruth, geb. **Matzko**, aus Lyck, am 3. Juni
**Dutz**, Horst, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 4. Juni
**Geppert**, Gerda, geb. **Gallert**, aus Gundau, Kreis Wehlau, am 1. Juni
**Klisch**, Gertrud, geb. **Jeschonnek**, aus Treuburg, am 5. Juni
**Marlowitz**, Lisa, geb. **Hinrichs**, aus Ortelsburg, am 7. Juni

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Bieberneit**, Bruno, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 3. Juni
**Borries**, Kurt, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 4. Juni
**Hollstein**, Rolf, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, am 7. Juni
**Krause**, Amalie, geb. **Gawrisch**, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 4. Juni
**Rebmann**, Edeltraut, aus Walden, Kreis Lyck, am 7. Juni
**Schroeter**, Herta, geb. **Ragnitz**, aus Treuburg, am 7. Juni
**Sengutta**, Ingeborg, geb. **Neumann**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 4. Juni
**Tonski**, Christel, geb. **Amenda**, aus Talhöfen, Kreis Neidenburg, am 1. Juni
**Vosgerau**, Hildegard, geb. **Meya**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 7. Juni

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Dauner**, Ilse, geb. **Damerau**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 3. Juni
**Dennig**, Lieselotte, geb. **Synowzik**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. Juni
**Dittwald**, Erna, geb. **Serafin**, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 2. Juni
**Gienap**, Erna, geb. **Sombray**, aus Froben, Kreis Neidenburg, am 7. Juni
**Hocke**, Hildegard, geb. **Heydasch**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 5. Juni
**Ilbertz**, Herta, geb. **Reichert**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 7. Juni
**Jaritz**, Elisabeth, geb. **Böhm**, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 4. Juni
**Schulz**, Eva, geb. **Schröter**, aus Neidenburg, am 1. Juni
**Weingart**, Ruth, geb. **Becker**, aus Treuburg, am 3. Juni

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Alpers**, Ilse, geb. **Bandilla**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 3. Juni
**Brejora**, Heinz, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 7. Juni
**Cziesso**, Hilde, geb. **Daduna**, aus Loien, Kreis Lyck, am 2. Juni
**Heuer**, Liesbeth, geb. **Franz**, aus Georgsfelde, Kreis Lyck, am 2. Juni
**Kullak**, Else, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 2. Juni
**Rosenwald**, Benno, aus Skaten, Kreis Wehlau, am 4. Juni
**Rustemeyer**, Gerd, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 1. Juni
**Sassenbach**, Hilde, geb. **Jablonski**, aus Treuburg, am 1. Juni
**Schmidt**, Irma, geb. **Hoff**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 3. Juni
**Schulz**, Christa, geb. **Krause**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 7. Juni
**Westphal**, Walburga, geb. **Malies**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 82, am 2. Juni

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Bartöck**, Günther, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 7. Juni
**Bialojan**, Felix, aus Lyck, Hindenburgstraße 29, am 4. Juni
**Bott**, Gerda, geb. **Sembritzki**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg und aus Auglitten, Kreis Lyck, am 4. Juni
**Duddeck**, Günther, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 3. Juni
**Findeklee**, Klaus, aus Lyck, Yorkstraße 23b, am 4. Juni
**Graschtat**, Herbert, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 2. Juni
**Kärgel**, Günter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Juni
**Markert**, Margarete, geb. **Kutzborski**, aus Neidenburg, am 7. Juni
**Olias**, Herbert, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 4. Juni
**Reinoss**, Siegfried, aus Gailau, Kreis Lyck, am 6. Juni
**Sillack**, Margot, geb. **Mikus**, aus Berlin, am 6. Juni
**Walitzki**, Heinz, aus Kaltenborn, Kreis Neidenburg, am 6. Juni
**Wallat**, Helmut, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 6. Juni

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Berg**, Elli, geb. **Godszinski**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 5. Juni
**Berg**, Hans-Georg, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Juni
**Czimczik**, Edelgard, geb. **Berg**, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 3. Juni
**Leidert**, Wanda, geb. **Zagermann**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 3. Juni
**Liedtke**, Traute, geb. **Block**, aus Wehlau, am 6. Juni
**Martsch**, Benno, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 3. Juni
**Pietrock**, Erika, geb. **Naujoks**, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 4. Juni
**Pietrzyk**, Gerda, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 4. Juni
**Saborowski**, Franz, aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 4. Juni
**Scharnowski**, Herta, geb. **Mallek**, aus Krokau, Kreis Neidenburg, am 7. Juni
**Siegmund**, Irmgard, geb. **Heina**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 3. Juni
**Stein**, Siegfried, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, am 3. Juni
**Wever**, Eberhard, aus Bartenstein, Schloßberg 1, am 6. Juni
**Wiertschoch**, Renate, geb. **Wagner**, aus Lyck, Soldauer Weg 11a, am 4. Juni

## ZUM 80. GEBURTSTAG

**Borbe**, Hans-Joachim, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 5. Juni
**Bromberg**, Werner, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 7. Juni
**Brozio**, Siegfried, aus Regeln, Kreis Lyck, am 3. Juni
**Hundertmark**, Christel, geb. **von Pokrzywnitzki**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 2. Juni
**Keiter**, Heinz, aus Millau, Kreis Lyck, am 7. Juni
**Kunst**, Martin, aus Ladmannsfelde, Kreis Pillkallen, am 5. Juni
**Lipka**, Gustav-Adolf, aus Neuwiesen, Kreis Ortelsburg, am 6. Juni
**Lohse**, Renate, geb. **Belusa**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 1. Juni
**Lumma**, Berthold, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 4. Juni
**Maslo**, Erich, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 6. Juni
**Mechow**, Renate, geb. **Bilk**, aus Lyck, am 5. Juni
**Meyer**, Mathilde, geb. **Gerlach**, aus Nußberg, aus Lyck, am 2. Juni
**Meyer**, Uwe, aus Treuburg, am 2. Juni
**Neumann**, Elfriede, geb. **Wiechert**, aus Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 2. Juni
**Orzessek**, Dieter, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 2. Juni
**Ridder**, Inge, geb. **Lamprecht**, aus Kummeln, Kreis Ebenrode, am 1. Juni
**Schüler**, Ulrich, aus Neidenburg, am 6. Juni
**Staschek**, Günter, aus Ebenrode, am 1. Mai
**Tietz**, Erwin, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 6. Juni
**Viehöfer**, Herbert, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 2. Juni
**Warg**, Martha, geb. **Klein**, aus Grieben, Kreis Ebenrode, am 1. Juni
**Zimmermann**, Inge, geb. **Loch**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 3. Juni

## ZUM 75. GEBURTSTAG

**Albrecht**, Werner, aus Pommern, am 5. Juni
**Hildebrandt**, Dr. Wolfgang, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 6. Juni
**Jungebauer**, Ellen, geb. **Nikulla**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 3. Juni
**Masuch**, Harry, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 1. Juni
**Pusch**, Ulrich, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 3. Juni
**Radek**, Günter, aus Krummfuß, Kreis Ortelsburg, am 4. Juni



## NEUE KONTOVERBINDUNG

Bitte beachten Sie zukünftig bei Überweisungen und Spenden an die **Bruderhilfe** oder an die **Treuespende** die neuen Kontoverbindungen.

**Landsmannschaft Ostpreußen-Bruderhilfe e.V.**
Commerzbank AG
IBAN: DE03 2004 0000 0630 2871 00
BIC: COBADEFFXXX

**Landsmannschaft Ostpreußen e.V./Treuespende**
Commerzbank AG
IBAN: DE10 2004 0000 0634 2307 03
BIC: COBADEFFXXX

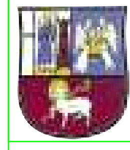
## TERMINE DER LO

**2018**
**16. Juni:** Ostpreußisches Sommerfest in Osterode (Ostpreußen)
**14. bis 16. September:** Geschichtsseminar in Helmstedt
**8. bis 14. Oktober:** Werkwoche in Helmstedt
**20. Oktober:** 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
**2. November:** Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
**3. bis 4. November:** Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
**12. bis 15. November:** Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

*Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html.*

# AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



## ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. Internet: www.allenstein-landkreis.de

### Kirchspieltreffen

**Bielefeld** – Sonnabend, 2. Juni, Örkenweg 60, 33739 Bielefeld: Kirchspieltreffen Neu-Kaletka. Informationen erteilt Helene Gzyborra, Westfalenstraße 20 A, 335647 Bielefeld, Telefon (0521) 431289.

## Isabelle Kusari

**Recklinghausen** – Die Mezzosopranistin präsentiert am 10. Juni die Geschichte Ostpreußens und dessen Kultur mit Musik und Texten. Der Eintritt ist frei. Kulturbüro, 16 bis zirka 17.15 Uhr, Residenz am Festspielhaus, Josef-Wulff-Straße 75, 45657 Recklinghausen, Telefon (02361) 91710.



## ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

### Urlaubszeit

Es ist Urlaubszeit und deshalb ist unsere Geschäftsstelle mit Archiv in Rotenburg (Wümme) in der Zeit von Montag, 11. Juni, bis Montag, 2. Juli, nicht besetzt. Ab Dienstag, 3. Juli, sind wir wieder dienstags und mittwochs in der Zeit von 8.30 bis 12.30 Uhr unter der Telefonnummer (04261) 983 3100 zu erreichen. Besucher werden um vorherige Anmeldung gebeten. Vielen Dank für Ihr Verständnis. Ihr Kreisvertreter.

### Heimatreise

In der Zeit von Donnerstag, 14. Juni, bis Freitag, 22. Juni, wollen wir von Rotenburg (Wümme) über Danzig (Stadtrundfahrt) und Zwischenübernachtung in Zoppot Angerburg und Masuren mit dem Bus aufsuchen und im Hotel Wodnik in Lötzen übernachten. Über Marienburg (zirka 2,5 bis drei Stunden Aufenthalt), Elbing, Frauenburg, Mehlsack, Landsberg und Liski werden wir am Sonnabend, 16. Juni, abends Lötzen erreichen. Auf der Rückfahrt von Lötzen Donnerstag, 21. Juni, fahren wir über Allenstein nach Thorn und werden dort im Hotel „Mercure" Centrum übernachten. Es besteht die Möglichkeit, nachmittags die Stadt zu besichtigen. Am Freitag, 22. Juni, verlassen wir Thorn gegen 7.30 Uhr und werden Rotenburg (Wümme) gegen 20 Uhr erreichen. Es sind nur noch wenige Restplätze frei. Bei Interesse erhalten Sie weitere Auskünfte unter Telefon (040) 5522221.

*Kurt-Werner Sadowski*



## EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

### Schülertreffen abgesagt

Das angekündigte Schülertreffen vom 1. bis 3. Juni in Hermannsburg findet mangels Beteiligung nicht statt. Die Schülergemeinschaft hat sich aus Altersgründen aufgelöst.



### Kirchspieltreffen

**Bergen** – Sonnabend, 9., bis Sonntag, 10. Juni, Hotel Michaelishof, Telefon (05051) 8870, Hauptstraße 5, 29303 Bergen: Kirchspieltreffen Birkenmühle/Mehlkehmen. Anmeldung: Gerhard Kuebart, Telefon (05261) 88139, E-Mail: gerhard.kuebart@gmail.com.

### Versammlung

**Winsen/Luhe** – Sonnabend, 30. Juni, 14 Uhr, Brasserie am Schloß, Rathausstraße 5, 21423 Winsen/Luhe: Ordentliche Mitgliederversammlung. Gemäß § 8 Abs. 3 unserer Satzung vom 22. September 2012 laden wir hiermit zur ordentlichen Mitgliederversammlung ein.

Tagesordnung
1. Begrüßung, Protokoll, Beschlussfähigkeit,
2. Rechenschaftsberichte des Vorstands,
3. Bericht der Kassenprüfer und Antrag auf Entlastung des Vorstands,
4. Verschiedenes.
Wir bitten um zahlreiche Teilnahme. *Der Vorstand*

### Treffen

**Helmstedt** – Vom 8. bis 10. Juni: Treffen Heimattreue Insterburger in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt, Am Bötschenberg 4, 38350 Helmstedt. Anmeldungen

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 15

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

bei Ursel Schubert, Birkenstraße 79, 40233 Düsseldorf, Telefon (0211) 681243, E-Mail: ursel26@googlemail.com.

### Jahresfahrt

Donnerstag, 19., bis Sonnabend, 28. Juli: Jahresfahrt mit den Kreisgemeinschaften Ebenrode und Schloßberg nach Nord-Ostpreußen. Ab Wuppertal mit diversen Zustiegsmöglichkeiten. Anfragen: Reisebüro Scheer-Reisen, Leonhardstraße 26, 42281 Wuppertal, Telefon (0202) 500077, E-Mail: info@scheer-reisen.de.

### Kinderferienlager

**Otterndorf** – Mittwoch, 25. Juli, bis Montag, 6. August, Jugendherberge Otterndorf, Schleusenstraße 147, in 21762 Otterndorf: Kinderferienlager. Anmeldung beim Jugendbeauftragten: Norbert Schattauer, Landesstraße 19, 21776 Wanna, Telefon (04757) 463, E-Mail: schattauer-wanna@t-online.de.

### Ehrenzeichen für Mildenberger

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft hat Edgar und Siglinde Mildenberger das Ehrenzeichen der LO verliehen. Unser Beirat für Geschichte Dr. Rothe hat die Auszeichnung in Mannheim übergeben. Damit wurde die jahrelange, durch berufliche Druckereitätigkeit kundige, ehrenamtliche Tätigkeit für die Kreisgemeinschaft gewürdigt. Ohne ihre qualitativ und quantitativ unersetzliche Mitwirkung hätten die von uns herausgegebenen Bücher unseres Beirats seit 2014 nicht erscheinen können.

Sie haben erfreuliche Verbreitung gefunden und Anerkennung im Aus- und Inland, vor allem die „Siedlungs-Geschichte von Preußisch Litthauen – Region Tollmingkehmen“ (heute Teil des Rajons Nesterow = Stallupönen) sowie die „Kleinbäuerlichen Strukturen“, nicht zuletzt durch die Aufnahme in das Buchhandel-System ISBN, bewirkt durch die Hilfe der PRUSSIA-Gesellschaft (Vorsitz: Hans-Jörg Froese).

Siglinde (mit familiären Wurzeln in Eckertsberg) und Edgar Mildenberger sind weiter schon wieder stark aufwendig engagiert tätig mit der digitalen Text- und Foto-Bearbeitung für die nächsten Editionen der Herausgeberin Kreisgemeinschaft Ebenrode durch den Beirat und die zahlreichen helfenden Landsleute – Ende 2018 oder danach: ein „Luftbildatlas der Rominter Heide ....“, „Das Skizzenbuch des ForstM Holm im Forstamt Barckhausen in Warnen“ und „Zusammengschraapte Pferdeäppel – Erinnerungen eines Amateur-Hippologen“. Wir dürfen gespannt sein.

*Der Vorstand*

### Ostpreußisches Landesmuseum

**Lüneburg** – Mittwoch, 20. Juni, 19.30 Uhr, Heinrich-Heine-Haus, Am Ochsenmarkt 1a, 21335 Lüneburg: Keyserlings Geheimnis. Lesung und Gespräch mit Klaus Modick über Eduard von Keyserling. Veranstalter: Literaturbüro Lüneburg und Kulturreferat für Ostpreußen am Ostpreußischen Landesmuseum. Eintritt: neun Euro, ermäßigt: sieben Euro. Karten unter Telefon (04131) 3093687.



## INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

### Heimatgruppen

**Hamburg** – Mittwoch, 6. Juni, 12 Uhr: Videovortrag mit Autorenlesung.

**Thüringen** – Sonntag, 3. Juni, 14 Uhr, Garten der Familie Jung, Obergasse 17, 99100 Bienstädt: Treffen.

**Darmstadt** – Sonnabend, 16. Juni, 141.30 Uhr, Taverna Hellas, Bahnhofstraße 17, 62491 Darmstadt-Wixhausen: Stammtisch.

### Treffen

**Helmstedt** – Vom 8. bis 10. Juni: Treffen in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt, Am Bötschenberg 4, 38350 Helmstedt. Anmeldungen bei Ursel Schubert, Birkenstraße 79, 40233 Düsseldorf, Telefon (0211) 681243, E-Mail: ursel26@googlemail.com.

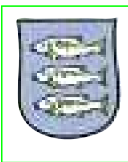


## LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

### Regionaltreffen

**Leipzig** – Sonnabend, 9. Juni, 9 Uhr, Kleingartenverein „Seilbahn“, Max-Liebermann-Straße 91, 04157 Leipzig. Die Landesgruppe Sachsen, die Kreisgemeinschaften Labiau und Wehlau und der Verein Samland laden zum Regionaltreffen. Ostpreußen aus allen Teilen sind herzlich willkommen. Anmeldung: Eberhard Grashoff, Robinienweg 6, 04158 Leipzig, Telefon (0341) 9010730, E-Mail: ebs.grashoff@web.de.



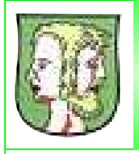
## LÖTZEN

Dieter Arno Milewski (kommissarischer Kreisvertreter), Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: dieter.arno.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

### Jubelkonfirmation

**Lötzen und Rhein** – Sonntag, 10. Juni, 9 Uhr und Lötzen – Sonntag, 10. Juni, 9.30 Uhr: Jubelkonfirmation. Es sind alle angesprochen, die in den Jahren 1967/68 als jetzt Goldene, die 1957/58 als jetzt Diamantene und die in den Jahren 1952/53 als jetzt Eiserne Konfirmanden in Lötzen oder in Rhein konfirmiert wurden. Es sollen sich auch diejenigen angesprochen fühlen, die durch das Kriegsende und seine Folgen irgendwo anders oder bereits in früheren Jahren konfirmiert worden sind. Die Konfirmationsjubiläen finden nahezu gleichzeitig statt: Sonntag, 10. Juni, 9.30 Uhr, evangelische Kirche in Lötzen: deutschsprachiger Gottesdienst, und Sonntag, 10. Juni, 9 Uhr, evangelische Kirchgemeinde in Rhein. Anmeldung und Informationen: Ingrid Lange, Pieczonki 26, 11-500 Gizycko, Telefon (0048) 87 4282386 oder Friedhelm Steinke, Am Grünewald 16, 58507 Lüdenscheid, Telefon (02351) 23986 erhalten.

**Neumünster** – Sonnabend, 16. Juni 10 bis 16 Uhr, Sudetenlandstraße 18h (Böcklersiedlung): Heimatmuseum und Lötzener Kreisarchiv. Keine Veranstaltung! Der Besuch ist fast zu jeder Zeit nach Vorabsprache mit Ute Eichler, Telefon (040) 6083003, möglich.



## LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

### Wahlaufruf

Dem Hagen-Lycker Brief 2018 liegt ein Stimmzettel bei. Turnusgemäß ist in diesem Jahr unser Kreistag neu zu wählen. Der Kreistag ist eine Mitgliedervertreterversammlung. Der Kreistag entscheidet in wichtigen Angelegenheiten für Sie, lieber Leser des Heimatbriefes. Machen Sie von Ihrem Stimmrecht Gebrauch. Wahlschluss ist der 30. Juni.

### Heimatreise

Freitag, 8. bis Sonntag, 17. Juni: zehntägige kombinierte Schiffs- und Bus-Ostpreußen-Reise der Kreisgemeinschaft Lyck über Memel, Kurische Nehrung, Memelland, Nördliches Masuren, Kreis Lyck mit Bärbel Wiesensee und Gerhard Scheer.



## NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

### Wahlaufruf

Dem Heimatbrief Nummer 150 liegen Karten für die diesjährigen Wahlen bei.

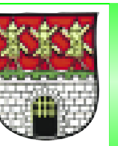
Folgende Kandidaten gehörten bisher dem Kreistag an: Ruth Bahr, Dr. Irmtraud Sigrid Bießner, Günther Ernst, Marion Haedge, Martin Hennig, Ulrich Hoffmann, Frank Jork, Reinhard Kayss, Lutz Knief, Jürgen Kowalek, Ingrid Laufer, Dr. Uwe Laurien, Werner Leben (Ersatzkandidat), Dietrich Olinski, Hans-Ulrich Pokraka und Jürgen Szepanek.

In seiner Sitzung am 2. September 2017 wählte der Kreistag zum Vorsitzenden des Wahlausschusses Günther Ernst sowie als Beisitzer Frank Jork und Ulrich Hoffmann. Der amtierende Vorstand bittet um eine rege Wahlbeteiligung und um möglichst umgehendes Verschicken der ausgefüllten Wahlkarten an den Vorsitzenden Günther Ernst in Dinslaken.

### Toffel 90 Jahre

Unser Kreisältester auf Lebenszeit Gerhard Toffel aus Kleinkosel beging am 30. Mai seinen 90. Geburtstag. Seit jungen Jahren ist dieser Landsmann mit diversen Aufgabenfeldern für unsere Schicksalsgemeinschaft betraut worden. Als Mitherausgeber der beiden Bildbände „Der Kreis Neidenburg/Ostpreußen im Bild“ hat er für nachfolgende Generationen Bedeutendes geleistet. Noch heute betreut er, zusammen mit seiner Gattin Hilde, unsere Heimatstube in Bochum-Werne. 1986 erhielt Gerhard Toffel die Silberne Ehrennadel und 1996 die Goldene Ehrennadel der Landsmannschaft Ostpreußen. Eine besondere Ehrung erfuhr unser Jubilar am 13. Oktober 2013 durch die damalige Oberbürgermeisterin unserer Patenstadt Bochum Dr. Ottilie Scholz überreicht, nämlich die nur alle fünf Jahre verliehene Ehrenplakette der Stadt Bochum. Im Namen der Kreisgemeinschaft Neidenburg gratuliere ich Gerhard Toffel mit herzlichem Dank für seine so vielfältig geleistete Arbeit und wünsche ihm von Herzen Gesundheit für noch hoffentlich viele schöne Jahre.

*Jürgen Szepanek*



## SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

### Jugendbegegnung

In der Zeit von Donnertag, 26. Juli, bis Sonntag, 5. August findet die deutsch-russische Jugendbegegnung der Kreisgemeinschaft Schloßberg im Königsberger Gebiet statt. Gemeinsam mit russischen Jugendlichen aus dem Kreis Schloßberg verbringt Ihr eine interessante Zeit zwischen Tilsit und Königsberg. Es wird viele Ausflüge in die nähere und weitere Umgebung geben, und die Geschichte dieser Region spielt natürlich eine Rolle. So werden die Orte Tilsit, Haselberg, Gumbinnen, Schloßberg, die Samlandküste, Georgenburg und Königsberg besucht. Bei Gesprächen mit den

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

# Mit Magie und Gulaschsuppe

## Singen, Tanzen, Staunen, Spaß haben – das Sommerfest in Osterode ruft

Der Veranstaltungsort ist spektakulär, das Ereignis am 16. Juni wird es mit Sicherheit auch. Denn dann treffen sich die Ostpreußen und ihre Freunde im Amphitheater in Osterode [Ostróda] zum Sommerfest.

Seit 1992 veranstaltet die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) gemeinsam mit dem Verband der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM) und den örtlichen deutschen Vereinen das alljährliche Ereignis. Abwechselnd wird es federführend vom VdGEM oder der LO organisiert. Eine erfolgreiche Kooperation, denn die ostpreußischen Sommerfeste erfreuen sich bei der Deutschen Minderheit in Masuren und im Ermland großer Beliebtheit. Üblicherweise nehmen alle im VdGEM organisierten Vereine – gegenwärtig sind es 22 – mit ihren Mitgliedern sowie ihren Sing- und Tanzgruppen teil. Das Sommerfest ist für sie alle eine einmalige Möglichkeit, ihre Kulturarbeit einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Der dortige Auftritt ist Bestätigung und Ansporn zugleich, das reichhaltige heimatliche Kulturgut in seiner Ursprungsregion dauerhaft zu erhalten. Immer wieder motiviert es auch begeisterte Besucher, sich ebenfalls in den deutschen Vereinen zu engagieren.

Die örtliche polnische Bevölkerung wiederum nutzt die Gelegenheit, sich über die deutschen Vereine und ihre Kulturarbeit zu informieren. Hiervon wird zunehmend Gebrauch gemacht. Gleiches gilt für die Vertreter der polnischen Kommunalverwaltung. Es zeigt Jahr für Jahr mehr die gewachsene Akzeptanz der deutschen Volksgruppe wie der landsmannschaftlichen Organisationen auf kommunaler Ebene im heutigen Polen. Insgesamt werden rund 1000 Teilnehmer erwartet.

In diesem Jahr ist die LO Ausrichter des Sommerfestes am 16. Juni in Osterode.

Zum Ablauf: Um 10.30 Uhr ist ein ökumenischer Feldgottesdienst geplant, es folgen Grußworte durch Vertreter der Stadt, Marschallamt, Generalkonsulat und Dachverband. Im Anschluss hält Stephan Grigat, der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, eine kurze Ansprache. Es folgen die Auftritte der Chöre und Tanzgruppen. Mittags wird für alle Teilnehmer kostenfrei eine Gulaschsuppe gereicht. Als besondere Attraktion ist am Nachmittag der Auftritt eines Magiers geplant.






## Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

russischen Jugendlichen wird natürlich aber auch über die Gegenwart und über das unterschiedliche Leben in Deutschland und Russland, gerade auch bei jungen Leuten, diskutiert. Auf dem Rückweg ist eine Übernachtung in der Hansestadt Danzig geplant. Die Teilnehmer sollten zwischen 15 und 18 Jahre alt sein. Der Eigenbeitrag liegt bei 200 Euro. Die Abfahrt mit dem Linienbus wird in Hamburg und in Berlin sein.



### TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

### Heimatreise

**Bad Bevensen** – Montag, 4. Juni, Hotel Berlin, Alter Weisenweg 11, 29549 Bad Bevensen: Schultreffen der Königin-Luise-Schule. Die Anreise findet bereits am 3. Juni statt, die Rückreise am 6. Juni.




## Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



### BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

**Landesgruppe** – Mittwoch, 6. Juni, 18 Uhr, Parkhotel, Deimlingstraße 36, Pforzheim: 143. Preußische Tafelrunde. Die Landesgruppe Baden-Württemberg e.V. und die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Kreisgruppe Pforzheim/Enzkreis im BdV laden dazu herzlich ein.

Nach einem gemeinsamen ostpreußischen Abendessen referiert der Königsberger Gerhard Schröder, stellvertretender Landesvorsitzender der LOW Hessen, aus seinem Leben als Königsberger Waisenkind. Er überlebte als Einziger von Mutter, Bruder und Großeltern das Nachkriegschaos (1945–1947) in Königsberg. Im Juli 1945, vier Wochen vor ihrem Tod, brachte die Mutter, bereits im sehr geschwächten Zustand, ihre beiden Kinder (sechs und zehn Jahre alt) in ein von katholischen Schwestern und einem Pfarrer in einer verlassenen Villa provisorisch hergerichtetes Heim. Dieses ging ein Jahr später in russische Verwaltung über. Im Februar 1946 verstarb dort der jüngere Bruder. Im Herbst 1947 erfolgte die Ausweisung aller Waisenkinder in die Sowjetische Besatzungszone. Über Mecklenburg kam Gerhard Schröder in ein Waisenhaus nach Schloß Könitz bei Saalfeld in Thüringen. Eine Tante aus Berlin holte ihn bereits im Dezember 1947 dort ab. Während der „Berliner Blockade“ 1948 flog er mit einem „Rosinenbomber“ zu anderen Verwandten nach Schleswig-Holstein. Mitte 1949 kam er zum Vater nach Darmstadt, der sich nach der Entlassung aus französischer Kriegsgefangenschaft dort niedergelassen hatte.

Für das Abendessen sind 20 Euro zu überweisen an: LM Ostpreußen, Landesgruppe, IBAN: DE39 6425 1060 0000 1332 21, BIC: SOLADES1FDS. Anmeldungen an Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093 oder E-Mail: uta.luettich@web.de. – Montag, 17., bis Montag, 24. September: Fahrt nach Rostock. Die Landsmannschaft Ostpreußen Baden Württemberg und die AdM Mannheim laden zu einer Busfahrt zum Ostpreußentreffen am 22. September in Rostock ein. Damit die Fahrt nicht zu anstrengend wird, werden wir auf der Hin- und auf der Rückfahrt jeweils eine Zwischenübernachtung einlegen.

Reiseverlauf

Montag, 17. September: 7 Uhr Abfahrt in Mannheim am Busbahnhof, 8.30 Uhr Stuttgart am Steigenberger Hotel am Hauptbahnhof, 9.30 Uhr in Göppingen, Bushaltestelle EWS Arena, zirka 16 Uhr Ankunft in Leipzig zur Übernachtung im Intercity-Hotel,

Dienstag, 18. September: Weiterfahrt nach Rostock-Sieversbagen in das Atrium Hotel Krüger,

Mittwoch, 19. September: Tagesfahrt nach Stralsund,

Donnerstag, 20. September: Tagesfahrt nach Bad Doberan, Kühlungsborn und Warnemünde,

Freitag, 21. September: Tagesfahrt auf die Insel Usedom mit den Seebädern Ahlbeck und Heringsdorf,

Sonnabend, 22. September: Teilnahme am Ostpreußentreffen in der Stadthalle in Rostock,

Sonntag, 23. September: nach dem Frühstück Rückreise nach Jena zur Übernachtung im Steigenberger Hotel Esplanade,

Montag, 24. September: Rückreise nach Mannheim, Stuttgart und Göppingen. Der Preis für die Acht-Tagesfahrt inklusive aller Rundfahrten mit jeweiliger Reiseleitung und sieben Übernachtungen mit Frühstücksbuffet beträgt pro Person im Doppelzimmer 615 Euro und im Einzelzimmer 730 Euro. Mit der Anmeldung sind pro Person 100 Euro zu überweisen auf das Konto: UTTA – Uwe Jurgsties – Heddesheim, IBAN: DE04 6705 0505 0038 4708 09. Der Restbetrag ist bis spätestens 15. August zu überweisen. Anmeldungen bitte umgehend bei Uwe Jurgsties, 68542 Heddesheim, Kirschblütenstraße 13, Telefon (06203) 43229; E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de oder bei Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093, E-Mail: uta.luettich@web.de.

## Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung auf Seite 17

**Kulturzentrum Ostpreußen** geöffnet Dienstag bis Sonntag, 10 bis 12 Uhr und 13 bis 17 Uhr. Schloßstraße 9, 91792 Ellingen/Bayern, Telefon (09141) 86440.

## Zusendungen für Ausgabe 24

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 24/2018 (Erstverkaufstag: 15. Juni) bis spätestens Mittwoch, 6. Juni an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, z. Hd. Frau Christiane Rinser-Schrut, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

**www.preussische-allgemeine.de**

# „Lorbas und Marjellchen“

## Eine CD lässt Erinnerungen wach werden

Wie gut, dass es „ebay“ gibt. Manchmal findet man etwas, was man gar nicht gesucht hat.

So ging es uns Anfang des Jahres mit der Schallplatte „Lorbas und Marjellchen“ von Alfred Lau, die 1964 vom Verlag Gräfe und Unzer in München herausgegeben wurde. Über diese traditionelle Königsberger Buchhandlung gelangten wir an den Rautenberg-Verlag im Verlagshaus Würzburg, auf den die Urheberrechte übergegangen sind.

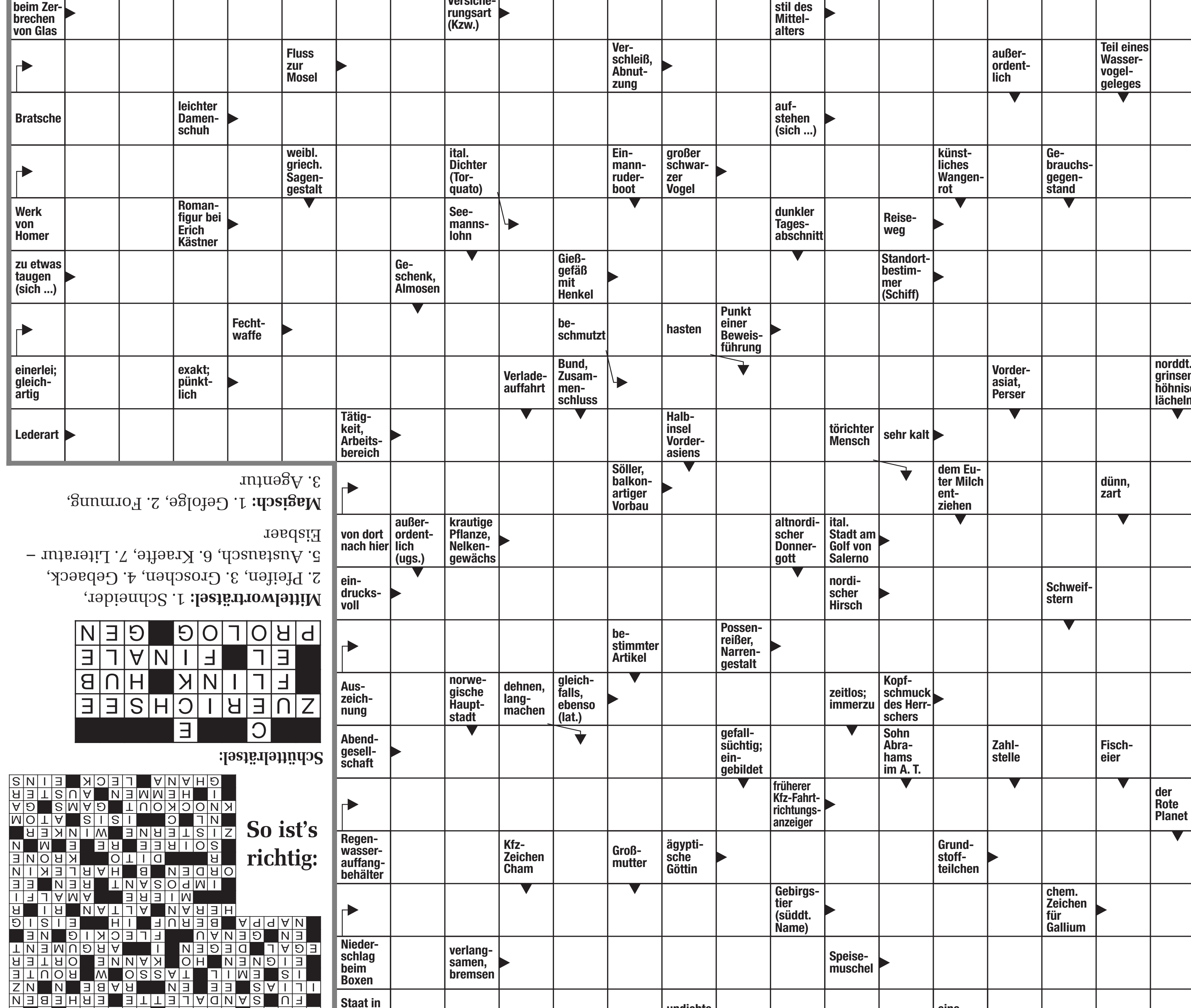
Vermutlich gibt es nicht mehr viele Exemplare dieser Schallplatte. Unser Ziel war, sie digitalisieren und neu herausgeben zu lassen. Dazu war Johannes Glesius vom Verlagshaus Würzburg dankenswerterweise sofort bereit und veranlasste die Herstellung. Das Ergebnis mit einer Gesamtspielzeit von 29 Minuten liegt nun in guter Qualität vor und kann sich sehen, besser noch: hören lassen.

Alfred Lau ist vielen Ostpreußen als Autor zahlreicher humoristischer Gedichte und Erzählungen bekannt. Hier kommt er selbst zu Wort – sowohl mit eigenen Schöpfungen, wie auch mit Versen von Robert Johannes und anderen. So sehr auch das Bemühen mancher heutiger Humoristen anzuerkennen ist, Ostpreußisch zu sprechen – an Alfred Lau kommen sie nicht heran. Dessen ostpreußisches Idiom ist im Original gerade aus dem zeitlichen Abstand heraus sehr anrührend. Instrumental umrahmt wird diese alte Aufnahme von einigen sehr schönen Volksweisen. Wir schätzen uns als Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern glücklich, für uns diese Aufnahmen wiederentdeckt zu haben.

*Friedhelm Schülke*




***Alfred Lau: „Lorbas und Marjellchen. Heiteres aus Ostpreußen“***, *Rautenbergverlag, Würzburg 2018, CD, 29 Minuten Gesamtspielzeit, 12,95 Euro*



## Schüttelrätsel

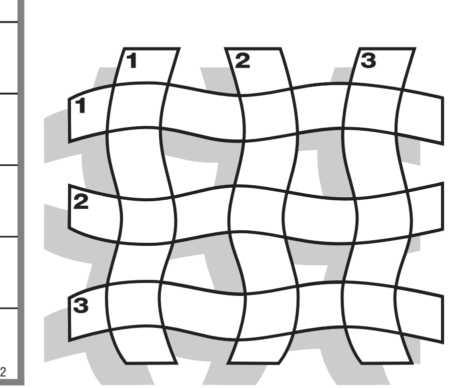
**In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).**

| CEEEH IRSUZ | EFRU | | CELLO | FINO | | CEGIK | AGHS | EELU | BEEN |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | | | | | |
| FIKLN | | | | | | BHU | | | |
| GLOO PR | | | AEFI LN | | | | | | |
| | | | | | | EGN | | | |

## Mittelworträtsel

**Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein arktisches Raubtier.**

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1 | AUF | | SITZ |
| 2 | TON | | TABAK |
| 3 | NOT | | ROMAN |
| 4 | TEE | | ZANGE |
| 5 | WAREN | | BAR |
| 6 | ZAUBER | | MESSEN |
| 7 | FACH | | PREIS |

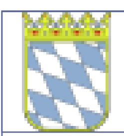


## Magisch

**Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.**

**1** Begleitung eines Fürsten
**2** Gestaltung
**3** Nachrichtenbüro

## Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16



### BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

**Bamberg** – Mittwoch, 20. Juni, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose: Käuze und Krakeeler, heitere Geschichten aus Ostpreußen.

**Hof** – Sonnabend, 9. Juni, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube, Marienstraße 88, 95028 Hof: Monatsversammlung.

**Landshut** – Dienstag, 5. Juni, Minigolfplatz, Mitterwöhr: Treffen. Dienstag, 19. Juni, Biergarten, „Insel“: Zusammenkunft.



### BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

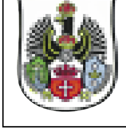
KREISGRUPPEN




**Angerburg, Darkehmen, Goldap** –



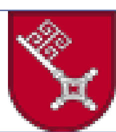
Donnerstag, 7. Juni, 14 Uhr, Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Treffen zum Thema „Winter in Ostpreußen“. Anfragen: Marianne Becker Telefon (030) 7712354.



**Königsberg** – Freitag, 15. Juni, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Treffen. Anfragen: Elfi Fortange Telefon (030) 4944404.



**Bartenstein** – Anfragen für gemeinsame Treffen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



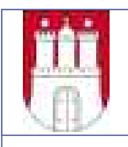
### BREMEN

**Bremen** – Der „Arbeitskreis Bremer Archive“, in dem auch unsere Landsmannschaft mitarbeitet, veranstaltet in diesem Jahr erneut eine Ausstellung zum Tag der Archive. Das Motto der bundesweiten Aktion lautet: Demokratie und Bürgerrechte.

Ort der Ausstellung von mehr als 20 bremischen Archiven ist das Vegesacker Geschichtenhaus, Zum Alten Speicher 5A, 28759 Bremen. Wir zeigen eine Ausstellungstafel zum Thema „Der Bremer Fichtenhof, Ort des Widerstands gegen die NS-Diktatur“. Die Ausstellung ist bis zum 23. Juni, Mittwoch bis Sonnabend von 11 bis 16 Uhr zu besichtigen.

Eine Begleitveranstaltung findet nicht in Bremen-Nord, sondern im Wallsaal der Stadtbibliothek Bremen statt. Wir möchten dort einen Ostpreußen ehren, der vor dem Ersten Weltkrieg sowie auch während und unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg als SPD-Vorsitzender und als Mitbegründer der USPD Großes geleistet hat. Heute ist er nur noch den wenigsten bekannt: Hugo Haase, geb. 29. September 1863 in Allenstein, gestorben an den Folgen einer Schussverletzung nach einem Attentat am 7. November 1919 in Berlin. Das Thema des Vortrages lautet: „Hugo Haase – ein zu Unrecht vergessener Sozialdemokrat“. Referent ist Ministerialdirektor Prof. Dr. Ulrich Schöler, Berlin, Stellvertretender Direktor beim Deutschen Bundestag, Vorsitzender des Vorstandes der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Termin: Montag, 4. Juni, 18 Uhr, Stadtbibliothek Bremen, Am Wall 201. Mitveranstalter, freundlicherweise auch hinsichtlich der Kosten, sind die Buchhandlung Geist und die Stadtbibliothek Bremen.

*Heinrich Lohmann*



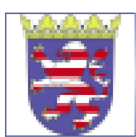
### HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

**Landesgruppe** – ANKAMEN – AN(GE))KOMMEN. Ein Theaterprojekt mit Flüchtlingen und Vertriebenen von Michael Uhl. In dem Projekt des Ohnsorg-Theaters erzählen Zeitzeugen von ihrer Flucht, ihren Erfahrungen des Ankommens, vom Gestern und Heute.

Laufzeit: 10. Juni bis 5. Juli. Karten: Theaterkasse, Montag bis Sonnabend, 10 bis 18.30 Uhr, Sonntag, 14 bis 18:30 Uhr, Ohnsorg-Theater, Heidi-Kabel-Platz 1 20099 Hamburg, Telefon (040) 35080321, E-Mail: kasse@ohnsorg.de, Infos unter Internet: www.ohnsorg.de.

**Harburg** – Sonntag, 3. Juni, 11 Uhr, St. Johanniskirche, Bremerstraße 9: Heimatgottesdienst, es predigt Pastorin Sabine Kaiser-Reis, anschließend Gespräche bei Kaffee und Tee. Sie erreichen die Kirche mit öffentlichen Verkehrsmitteln mit den S-Bahnlinien S1 und S3, bitte an der Haltestelle Harburg Rathaus aussteigen, Richtung Rathaus gehen.



### HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

**Kassel** – Donnerstag, 7. Juni, 14.30 Uhr, Cafeteria Niederzwehren, Am Wehrturm 3, Kassel. Gerhard Landau stellt den masurischen Kreis Ortelsburg vor.

Es ist schon eine längere Zeit her, dass sich zum Heimatnachmittag der Landsmannschaft deutlich mehr als 40 Interessierte einfanden. Ganz offensichtlich sprach das gestellte Thema „Blaue Berge, grüne Täler – das Riesengebirge“ besonders viele Heimatfreunde an. Der Schlesier Norbert Leder, als langjähriger Reiseleiter bestens mit der Landeskunde seiner Heimat vertraut, nutzte für seinen Bildvortrag den reichen Fundus der Postkartensammlung seines Bruders Klaus-Dieter. Letzterer bediente freundlicherweise die Bildtechnik. Die hohen Erwartungen des Publikums wurden voll erfüllt. Eine großartige deutsche Traumlandschaft tat sich auf, sie berührte umso mehr, als die Schilderung von Rübezahls Reich mit Herzblut geschah. An den einfühlsamen Texten hat Brigitte Leder, Gemahlin des Vortragenden, einen beträchtlichen Anteil. Zahlreiche landschaftsprägende Glanzpunkte bot der Bilderreigen, vom Reifträger im Nordwesten bis zur Schneekoppe, von Schreiberhau bis Krummhübel, von der Josephinenhütte bis zur Hampelbaude. Der Berggeist kam ebenso zur Sprache wie Goethe mit seinem Bezug zu Schlesien und vor allem die beiden Söhne des Gebirges: Gerhard und Carl Hauptmann. Volkstümliche Weisen aus Schlesien gaben der Bilderreise noch eine zusätzliche Note. Eines der ergreifendsten Heimatlieder überhaupt: „Blaue Berge, grüne Täler“ sangen alle mit, nicht ohne Wehmut über die verlorene Heimat, sei sie nun Schlesien, West- oder Ostpreußen.

*Gerhard Landau*

**Wetzlar** – Montag, 11. Juni, 13 Uhr, Restaurant „Grillstuben“ Stoppelberger Hohl 128: Treffen. Karla Weyland spricht über „Notgeld aus Westpreußen“ Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

**Wiesbaden** – Dienstag, 12. Juni, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Heimatnachmittag der Frauengruppe. – Sonnabend, 16. Juni, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Wiesbaden, Friedrichstraße 35: Monatstreffen, „Das gibt’s nur einmal“ Ein bunter Melodien-Strauß bei Kaffee und Kuchen. Es erwarten Sie Musik und beschwingte Lieder aus Operetten, Singspielen und gern gehörte Wiener Melodien. Annette Luig, Sopran (einst Hessisches Staatstheater) und Helmut Domes, Bariton. Die musikalische Leitung hat Horst Wilhelm am Flügel. Durch das Programm führt Hermann Becker, Verfasser heiterer Texte in Vers und Prosa. – Donnerstag, 21. Juni, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird Spargel mit Schinken. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 15. Juni bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938. ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.

BERICHT

Von „Schiffen, die über Berge rollen“ erzählte Dittmar Langner, der durch die Kriegsereignisse als Kind seine Geburtsstadt Osterode mit Familie verlassen musste. Dort hatte sein Großvater Adolf Tetzlaff 1912 eine Reederei gegründet und mit vier Ausflugsschiffen ganz auf den aufkommenden Tourismus am Oberländischen Kanal gesetzt, nachdem das Eisenbahnnetz schnell Ostpreußen erreichte und die Wasserverbindung für den ursprünglichen Gütertransport verloren hat.

Die Ausflugsschiffe seines Opas kennt Dittmar Langner nur von privaten Bildern und den Erzählungen seiner Mutter Hertha, nach der das wohl bekannteste Schiff benannt ist; die anderen Schiffe heißen „Seerose“, „Konrad“ und „Heini“. Das verschollen gewesene Schiff „Heini“ tauchte überraschend wieder auf und dient inzwischen zu Ausflugfahrten eines Hotels. Stolz erwähnt Langner die wiederholte Schiffstaufe im Jahr 1999.

Der Kanalbau, der ab 1844 begann, ist die geniale Idee des Königsbergers Georg Jakob Steenke. Der Baurat überwand die fast 100 Meter Höhenunterschied der Strecke zwischen dem Vogelschutzgebiet Drausensee bei Elbing und dem Oberland über fünf geneigte Ebenen (Rollberge), die jede ein Schiff – verladen auf Hubwagen – 20 Meter höher hieven, dies nur mit Wasserkraft und ohne zusätzliche Energie.

An die großartige Tat des Erbauers erinnert ein Gedächtnisstein auf der Ebene 2 Buchwalde bei Kilometer 51,6. Auch den Schiffspionier Adolf Tetzlaff, der 1952 in Osterode während der Arbeit starb, würdigen die heutigen Bewohner. Eine Gedenktafel an seinem Grab erinnert an seine Leistung; und in der Stadt ist eine Straße nach dem Reeder benannt mit dem Namen „Uliczka Adolfa Tetzlaffa“.

Während des Zweiten Weltkriegs hatte man die Schifffahrt auf dem Oberlandkanal ganz eingestellt. Auf Betreiben von Adolf Tetzlaff, dem damals die Flucht aus Ostpreußen nicht gelungen war und weiter am Kanal arbeiten musste, konnte der Wasserweg ab 1948 wieder als touristische Attraktion von Ausflugsschiffen befahren werden. 1992 übernahm die Stadt Osterode den Kanal und die Ausflugsschifffahrt.

Ein Buch, das die Geschichte des Oberlandkanals beschreibt, soll wieder neu aufgelegt werden: dann mit Texten in polnischer und auch in deutscher Sprache.

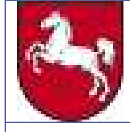
*Dieter Schetat*



### MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

**Parchim** – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.



### NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

**Rinteln** – Donnerstag, 14. Juni, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln (Navi: Bäckerstraße 1 oder Kreuzstraße): Treffen. Joachim Berg wird einen Film zum Thema „Schloß Schlobitten“ zeigen. Neben den Mitgliedern und Freunden sind ebenfalls Angehörige und interessierte Gäste aus Nah und Fern herzlich willkommen. Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit der Gruppe gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386 oder über E-Mail: rebuschat@web.de.



### NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

**Landesgruppe** – Fehlerteufel: Postalische Zusendungen zur Festschrift bitte an die Geschäftsstelle der Landesgruppe senden.

**Bielefeld** – Montag, 11. Juni, 14 Uhr, Haus der Diakonie, Kreuzstraße 19a, 33602 Bielefeld: Heimatnachmittag.

**Düren** – Mittwoch, 6. Juni, 18 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Holzstraße 7a: Jahresausflug in Planung.

**Düsseldorf** – Mittwoch, 6. Juni, 15 Uhr: Raum 311 „Siebenbürger Sachsen“, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Mittwoch, 6. Juni, 19 Uhr, GHH: Lesung aus Alfred Döblins „Teralogie“ mit A. Bialas und Professor Halder. – Mittwoch, 13. Juni, 7 Uhr, Hauptbahnhof Neuss: Tagesexkursion mit Sabine Grabowski nach Brüssel zum Europäischen Ausschuss der Regionen – Politik vor Ort, Kosten: 39 Euro, der Bus fährt pünktlich um 7.30 Uhr ab. – Freitag, 8. Juni, 18 Uhr, Restaurant Lauren’s, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Freitag, 8. Juni, 19 Uhr, GHH: Buchvorstellung mit Wolfgang Niess „Die Revolution von 1918/19“. – Dienstag, 12. Juni, 19 Uhr, GHH: Lesung und Diskussion mit Dr. Gerd Koenen „Eine brillant erzählte, augenöffnende Geschichte des Kommunismus“. – Mittwoch, 13. Juni, 19 Uhr, GHH: Vortrag und Diskussion mit Professor Manfred Wilke „Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke. Diskreditierung der Revolution?“ – Mittwoch, 13. Juni, 7.30 Uhr, Busspur, Neuss Hauptbahnhof: Tagesexkursion nach Brüssel zum Europäischen Ausschuss der Regionen. – Sonnabend, 16. Juni, 11 Uhr, Infostand Hauptbahnhof Düsseldorf: Wandertreff. – Sonntag, 17. Juni, 11 Uhr, GHH, Bismarckstraße 90: Vortrag von Ulla Hahn „Wir werden erwartet – Über verführerische Ideologien und die Macht der Sprache“.





Wiesbaden: Dittmar Langer referiert Bild: privat

**Köln** – Mittwoch, 13. Juni, 14 Uhr, Café zum Königsforst: Treffen. Das Café liegt unweit der Endhaltestelle Königsforst der KVB-Linie 9. Wir möchten darauf hinweisen, dass Dorothea Taruttis, unsere langjährige Vorsitzende beziehungsweise stellvertretende Vorsitzende, nach langer schwerer Krankheit am 8. Mai verstorben ist. Ihre Seebestattung findet am 6. Juni bei Kiel statt. Durch ihre besondere Hingabe in Sachen Heimatarbeit hinterlässt sie ein bleibendes Gedenken nicht nur bei der Kölner Gruppe, sondern auch bei den Landsleuten in Königsberg, die sie viele Male mit Spenden aller Art bedachte.

*Günter Donder*

**Neuss** – Donnerstag, 7. Juni, bis Sonntag, 10. Juni: Jahresausflug nach Speyer. Anmeldung bei Peter Pott, Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon (02131) 3843400.

**Schwelm** – Sonnabend, 9. Juni, 15 Uhr, Sportlerheim FC 06, Freiherr-von-Hövelsweg: Grillnachmittag.

**Witten** – Montag, 18. Juni, 15 Uhr: Bootsfahrt mit der Kemnade. Informationen bei Elisabeth Rohlf, Telefon (02302) 80957.

**Wuppertal** – Sonnabend, 9. Juni, 14 Uhr, Kolkmannhaus, Hofaue 51, Wuppertal-Eberfeld: Bildvortrag „Nordostpreußen“ von Margitta Romagno, Vorsitzende der Ost- und Westpreußen in Solin. Gäste sind herzlich willkommen.

BERICHT

Zum 8. Maifest konnte der 1. Vorsitzende Hartmut Pfecht

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18




Wuppertal: Solistinnen der Chorfreunde singen Lustiges Bild: privat

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

den Vorsitzenden der Landesgruppe NRW der LO Wilhelm Kreuer mit Gattin begrüßen sowie Mitglieder und Freunde der benachbarten Landsmannschaften. Kreuer überbrachte Grüße des Landesvorstandes und zeichnete Hartmut Pfecht mit dem Silbernen Ehrenzeichen der LO aus. Hartmut Pfecht erhielt die Auszeichnung für sein aktives Wirken zum Wohle der LO. Die Ehrenvorsitzende der Gruppe Renate Winterhagen trug das Gedicht „Die Frauen von Nidden“ von Agnes Miegel vor und gab geschichtliche Informationen dazu. Die Chorfreunde Wuppertal mit ihrer Dirigentin Margarita erfreuten mit Frühlingsliedern, auch zwei Solistinnen (sieben und neun Jahre) sangen mit Klavierbegleitung lustige Lieder, darunter eines zum Muttertag. Einen bunten Melodienreigen bekannter Musikstücke brachten die Pianistin M. Kogan und der Geiger J. Schewalenko zu Gehör. Auch die Tanzgruppe von Ursula Knocks tanzte gut einstudierte Tänze ohne die leider erkrankte Leiterin. Der beliebte Musiker Christoph Marr spielte zum Tanz auf.

*Sigrid Kruschinski*





## SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

**Landesgruppe** – Sonnabend, 9. Juni, 10 bis 17 Uhr, Saal des Gartenvereins Seilbahn, Max-Liebermann-Straße 91, 04157 Leipzig: regionales und landesweites Treffen unter dem Motto „Spurensuche“. Teilnehmer sind der Stellvertretende Sprecher der Landsmannschaft, Hans-Jörg-Froese, die Kreisgemeinschaften Wehlau, Labiau, Gerdauen, der Samländer „Pobethen-Dietmar“, die Fotografin Monika Schulz-Fieguht und die Mundartsprecherin Inge Scharrer. Für den musikalischen Höhepunkt sorgt der international bekannte und geschätzte „Männerchor Leipzig-Nord“. Informationen: Eberhard Grashoff, Telefon (0341) 9010730, E-Mail: ebs.grashoff@web.de.

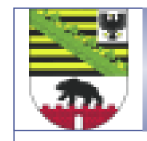
*Alexander Schulz, Landesvorsitzender*

**Dittchenbühne**

**Elmshorn** – Das neue Halbjahresprogramm des „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ liegt vor: neu gestylt, frisch und übersichtlich. Es bietet auf 24 Seiten eine Fülle von Veranstaltungen. Im Mittelpunkt dabei: das neue Stück „Die Reise nach Tilsit“ und das Weihnachtsmärchen „König Drosselbart“. Infos unter Telefon (04121) 89710.

## PAZ wirkt!

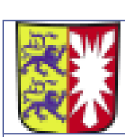
**Limbach-Oberfrohna** – Sonnabend, 9. Juni, Gaststätte Seilbahn: Tag der Heimat in Leipzig. – Sonnabend, 16. Juni: Tagesausfahrt.



## SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

**Halle** – Freitag, 8. Juni, 14 Uhr, der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Marienkirche 4 (Marktplatz): Treffen.



## SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

**Flensburg** – Freitag, 8. Juni, 15 Uhr, TSB-Gaststätte, Eckenerstraße 24: Kaffeetafel, anschließend Jahreshauptversammlung der Vereinigten Landsmannschaften Flensburg. – Mittwoch 13. Juni, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafé Flensburg, Mathildenstraße 22, Kaffeetafel mit anschließendem Vortrag von Oberstleutnant a.D. Hartwig Wilkens zum Thema „Schleswig-Holstein, Dorfleben der 50er Jahre in den Vierjahreszeiten“.

**Eckernförde** – Das Museum Eckernförde zeigt bis Sonntag, 5. August, die Ausstellung „Landschaft voller Licht und Farbe. Die Künstlerkolonie Nidden“, für die der Sammler und Leihgeber Bernd Schimpke 29 Bilder zur Verfügung stellt. Rund um diese Ausstellung finden weitere Veranstaltungen statt. Donnerstag, 7. Juni, 19 Uhr: Vortrag „Paradies Nidden“ von Jörn Barfod, Ostpreußisches Landesmuseum.

**Neumünster** – Die Landsmannschaft der Ost-und Westpreußen, Gruppe Neumünster, traf sich am 9. Mai zur monatlichen Veranstaltung. Fröhliches Frühliengliedersingen mit musikalischer Begleitung. Ein volles Haus, viele neue Gäste, Erdbeertorte und ein sonniger Tag. Mit vielen Liedern wurde der Mai besungen. Kaum zu glauben, dass es so viele Lieder über den Wonnemonat Mai gibt. „Friehlinks“ – Gedichte und Geschichten wurden aus der „Dittchen-Zeitung“ vorgetragen. Friehlinks – ABC – Mir sprickt's im großen Zeh; Auch hab' ich's Reißen inne Bein, das muss doch wohl der Friehlink sein! Es tut mich alles weh – ABC.“ Auch ein geselliger Nachmittag geht zu Ende.

*Brigitte Profé*

**Uetersen** – Freitag, 15. Juni, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: Treffen. Herbert Tennigkeit, der Schauspieler aus Memel, kommt, um Lustiges und Besinnliches in ostpreußischer Mundart vorzutragen.

# Abschied von Ruth Geede

## Familie, Freunde und treue Weggefährten kamen zur Trauerfeier

Der Herr ist mein Hirte, mir wird nichts mangeln ...“. Die tröstenden Worte des Psalmes 23 stellte Hermann Trunz, Pastor i.R., seiner Predigt während der Trauerfeier für Ruth Geede voran.

Neben der Familie waren zahlreiche Freunde und Weggefährten, darunter auch Prominente wie der Schriftsteller Arno Surminski und der Schauspieler Herbert Tennigkeit, Mitarbeiter der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und der Redaktion der *PAZ*, und nicht zuletzt der Alt-Sprecher der LO, Wilhelm v. Gottberg, gekommen, um von der beliebten Schriftstellerin und Mutter der ostpreußischen Familie, Abschied zu nehmen.

Es war ein würdiger Rahmen, in dem die Trauerfeier stattfand. Die Niendorfer Kirche am Markt, die nach dem Michel als bedeutendstes Barockwerk der Hansestadt Hamburg gilt, liegt in unmittelbarer Nähe zum Wohnort der Verstorbenen. Zu Pastor Trunz hat Familie Vollmer-Rupprecht eine langjährige Bindung, was den Pastor im Ruhestand dazu bewog, die Trauerpredigt zu halten. Pastor Trunz, der vor Jahren bereits die Trauerrede für Guenter, Ruth Geedes Ehemann, gehalten hat, konnte ihren Werdegang detailliert schildern, ohne vom Blatt ablesen zu müssen. Herbert Tennigkeit gestaltete die Trauerfeier mit, indem er zwei Gedichte seiner Freundin Ruth Geede vortrug.



Ein letzter Gruß: Kränze vor dem edlen weißen Sarg der Verstorbenen Bild: privat

Es war ein schwerer und bewegender Moment, als der Sarg ins Familiengrab herabgelassen wurde. Ruth Geede wird allen, die sie verehrten, in guter Erinnerung bleiben. Vielen Lesern der *PAZ* wird ihre Kolumne fehlen.

Eines steht fest: Ruth Geede, die es verstand, in vertrautem und verbindlichem Ton die Wünsche ihrer Leser zu erfüllen, ist nicht zu ersetzen. Dennoch sollen die Suchanfragen der *PAZ*-Leser auch in Zukunft beantwortet werden. Anfragen können schriftlich an die Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg oder per E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de gerichtet werden.

*Manuela Rosenthal-Kappi*



# Räume für neues Denken

## Polnische Museen legen immer häufiger Ballast des nationalen Mythos an

Am 21. Mai wurden im Warschauer Nationalmuseum Preise für herausragende museale Arbeit 2017 vergeben. Unter den 36 Ausgezeichneten befanden sich immerhin fünf Museen aus Oberschlesien.

Der Museumspreis „Sybilla 2017“ in der Kategorie Ethnographie ging an das Stadtmuseum Sohrau (Muzeum Miejskie Zory) für die Ausstellung „Unsere Identität – ein Vorwand für Gespräche“. Die Präsentation ist nun Teil der ständigen Ausstellung im Sohrauer Museum. „Man kann die Welt nicht verstehen, ohne sich seiner eigenen Identität bewusst zu sein. Sowohl ein fehlendes Identitätsbewusstsein als auch ein falsch gedeutetes Verständnis führen zu einer Störung der Kommunikation in der Gesellschaft. Unsere Ausstellung ist das Ergebnis wissenschaftlicher Untersuchungen und liefert einen Vorwand für dessen Weiterführung“, so Jacek Struczyk vom Stadtmuseum Sohrau, neben Katarzyna Podyma und Lucjan Buchalik Kurator der Ausstellung.

Diese nimmt den Betrachter auf eine Zeitreise zwischen Gegenwart und Zukunft mit. Erzählt wird die Geschichte und Gegenwart Sohraus vor dem Hintergrund nachgeahmter Wohn- und Arbeitsräume wie zum Beispiel einer Abstell- und Speisekammer, einer Küche oder des heimischen Arbeitszimmers eines Bürgermeisters um die Jahrhundertwende. „In so einem Arbeitszimmer könnten Bürgermeister Franz Nerlich oder sein Stellvertreter Ferdinand Haering gearbeitet haben, dort haben sie Gäste empfangen oder sich mit einem Buch zurückgezogen“, so die Ausstellungsmacher. Auch im „Raum der Schubladen“ wird die deutsche Geschichte der Region anhand von Postkarten, Fotos oder Bildern Sohrauer Künstler wie Fritz August Bimler, Harry Elsner und Johanna Maria Schymalla-Globisch erzählt. Eigentlich erwartet man von einem ethnographischen Museum, dass es sich der Identität der regionalen Bevölkerung widmet. Dem ist aber in den ehemaligen deutschen Ostgebieten meist nicht so – nicht einmal in der Metropole Breslau, wo das Ethnografische Museum sich fast ausschließlich der nach 1945 zugewanderten Bevölkerungsgruppen annimmt. Die Deutschen sind dort stiefmütterlich am Beispiel von Groß Wartenberg in einer winzigen Nische thematisiert.



Breslau: Im Ethymologischen Museum werden Deutsche in die Ecke gedrängt Bild: Wagner

So konzentrierte man sich auch anderenorts in den deutschen Ostgebieten auf die slawisch-polnische Geschichte der „Wiedergewonnenen Gebiete“.

Mit dieser Tradition bricht das Museum in Sohrau, und durch die Auszeichnung kann die Ausstellung auch tatsächlich – nicht nur im Sinne des Titels – ein guter Vorwand zum Gespräch werden.

In der Kategorie Sanierung und Denkmalschutz erntete das Oberschlesische Museum zu Beuthen für die Restaurierung des jüdischen Bethauses die „Sybilla 2017“.

Das Zentrale Kriegsgefangenen-Museum in Lamsdorf und das Steinkohle-Museum in Hindenburg wurden für die besten wissenschaftlichen Projekte ausgezeichnet, die Lamsdorfer für das Projekt „Vergangenheit für die Zukunft. Familienerinnerungen als Teil der gesellschaftlichen Integration“ und die Hindenburger für die Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterviertel Borsigwerk, Donnersmarck und die Ballestrem-Kolonie.

In der Kategorie Publikationen erhielt das Museum zu Gleiwitz für das Begleitbuch zur Ausstellung im Eisenguss-Museum „Eisenkunstguss in Gleiwitz 1796–1945“ einen Preis.

Die Auszeichnungen wurden zum 38. Mal vergeben. Der Wettbewerb wurde vom Nationalinstitut für Museumsarbeit unter der Schirmherrschaft des Ministers für Kultur und Nationales Erbe, Piotr Glinski durchgeführt.

*Chris W. Wagner*

# Ein Meisterwerk der Kartographie wird 400 Jahre alt

## Die große Pommernkarte des Rostocker Professors Eilhard Lubin

**Die Karte ist im Pommerschen Landesmuseum in 17489 Greifswald, Rakower Str. 9, anzusehen.** *Foto: Pommersches Landesmuseum*

Vor 400 Jahren erschien die erste kartographische Darstellung Pommerns von Damgarten im Westen bis zum Gebiet um Lauenburg (Lębork) im Osten, entstanden auf der Grundlage exakter Vermessungen des Rostocker Professors Eilhard Lubin. Auftraggeber waren die pommerschen Herzöge Philipp II. von Pommern-Stettin und Philipp Julius von Pommern-Wolgast. Noch heute erstaunt die Genauigkeit der hier verzeichneten Orte, gleichermaßen der zentralen Städte, wie der kleinen Dörfer, insgesamt etwa 2800 Ortschaften.

Die kartographische Leistung beeindruckt um so mehr, als Lubin auf keine Vorarbeiten zurückgreifen konnte. Alle zuvor entstandenen Karten des gesamten Gebietes von Pommern oder Spezialkarten von Rügen und Usedom ließen entweder Details vermissen, oder wiesen schwere Fehler der Orientierung auf.

Lubin bestimmte mit Messkette, Schrittzähler und Winkelmessgeräten die Abstände zwischen Kirchtürmen, Mühlen und anderen markanten Geländepunkten. Mit astronomischen Instrumenten bestimmte er zudem die geografische Breite ausgewählter Ortschaften. Von seiner Arbeit in den Gebieten östlich der Oder zeugt das Tagebuch seines Assistenten, mit dem zusammen er übers Land fuhr.

Die Lubinsche Karte Pommerns der Größe von 2,20 x 1,25 m war nicht nur eines der bedeutendsten Werke der Kartographie des 17. Jahrhunderts, sondern zugleich ein Kunstwerk ersten Ranges und ein Dokument historischer Studien. Die Karte zeigt den Schöpfer mit seinen Instrumenten, gibt den Stammbaum der Fürsten von Rügen und der Herzöge von Pommern, teils mit realistischen Porträts und Symbolen ihrer Macht und Gelehrsamkeit wieder. Eingerahmt wird die Karte von 49 Ansichten pommerscher Städte sowie etwa 300 Wappen pommerscher Adelsfamilien.

**Professor Eilhard Lubin 1565 – 1621**

Und noch mehr: Textfelder erzählen die Geschichte Pommerns, geben ein Verzeichnis von 63 pommerschen Städten sowie ganz praktisch von 79 in pommerschen Gewässern lebenden Fischen.

Die Karte wurde schließlich von dem holländischen Kupferstecher Nicolaas van Geilenkerken auf 12 Kupfertafeln übertragen, von denen der Druck erfolgte.

Die gleichermaßen präzise, wie reich geschmückte Karte legt Zeugnis vom Bestreben ab, in Pommern eine blühende Kultur der Renaissance zu schaffen. Dies geht zurück auf den in Barth residierenden Herzog Bogislaw XIII. und seiner Gattin Klara, geb. Herzogin von Braunschweig-Lüneburg, wo ein prächtiges Renaissanceschloss entstand. Dessen bedeutendstes kulturelles Zeugnis war die Begründung der fürstlichen Druckerei in Barth, deren Presse qualitativ außergewöhnliche Werke verließen. In Barth wurde auch Philipp II. erzogen, der bereits hier den Grundstein seiner Kunstsammlung legte. Diese weitete er aus, nachdem er in Stettin regierender Herzog wurde und das dortige Herzogschloss im Stil der Renaissance errichtet.

Leider existiert von den Drucken von 1618 heute kein Exemplar mehr. Die heutigen Altdrucke entstanden 1758 von den originalen Kupferplatten. Von diesen gibt es unkolorierte Exemplare, Exemplare mit zeitgenössischen Farbmarkierungen der Grenzen, sowie aufwendig handkolorierte Exemplare der Flächen verschiedener pommerscher Territorien.

Bald danach wurden von der großen Pommernkarte kleine Umzeichnungen angefertigt, die noch lange in berühmten Atlaswerken holländischer Werkstätten erschienen.

Die Pommern-Karte Eilhard Lubins ist ein Meisterwerk der Kartographie, einzigartig in dieser Zeit, vielfach kopiert, doch lange nicht übertroffen.

*Dr. Jürgen Hamel*





***An der pommerschen Ostseeküste in Kolberg***

*Foto B. Stramm*

# Stettin bekommt ein neues Wahrzeichen

## – Tor zur maritimen Welt –

2020 soll auf der gegenüber der Altstadt gelegenen Oderinsel Lastadie (Łasztownia) der Bau des Museums „Meereszentrum des Wissens" (Muzeum Morskie Centrum Nauki) eingeweiht werden. Über 80 Prozent der rund 7.000 Quadratmeter großen Gesamtfläche sollen als Ausstellungsfläche genutzt werden. Als eigenständiges Museum soll das Zentrum künftig auch der Forschung und Bildungsarbeit rund um maritime Themen gewidmet sein.

In einer Pressekonferenz Ende April wurde die Visualisierung des Gebäudes vorgestellt. In dem drei Stockwerke hohen Gebäude werden u. a. Exponate ausgestellt, die das Nationalmuseum Stettin gesammelt hat. 200 Artefakten zur Geschichte der Schifffahrt, der Stadt und der Region wurden dafür bereits ausgesucht.

Das Meereszentrum soll ein Planetarium mit einem Fünf-D-Kino beinhalten, in einem Glasbecken wird man nachvollziehen können, wie sich Wasser unter unterschiedlichen Bedingungen verhält. Wie eine Jacht gebaut ist, wird man anhand eines Querschnittmodells nachvollziehen können, ein Gewitter- und Sturmsimulator wird die Besucher spüren lassen, wie sich eine stürmisch See anfühlt.

Doch das interessanteste an dem etwa zehn Millionen Euro teuren Vorhaben ist wohl das Gebäude selbst. Es soll die Form eines Schiffsrumpfes haben und, wie der Hauptarchitekt Piotr Plaskowicki erklärte, sich „neonartig in der Oder spiegeln".

Olgierd Geblewicz, Marschall der Woiwodschaft Westpommern, kann es kaum erwarten, dass endlich der Baubeginn stattfindet. Zum Plan gehört auch die Integration eines alten Gebäudes aus dem 19. Jahrhundert, das sich in unmittelbarer Nähe des geplanten Neubaus befindet. Doch konnten bislang die Besitzrechte nicht eindeutig geklärt werden. Die Stadt ist dabei, das alte Gebäude zu erwerben, um es dann an das Meereszentrum anzuschließen. „Mir ist es wichtig, dass das Zentrum die maritime Geschichte Pommerns erzählt, aber auch, dass diese nicht wissenschaftlich überladen daherkommt. Das Meereszentrum muss für Kinder und Jugendliche attraktiv sein, denn den maritimen Bazillus fangen am schnellsten Kinder ein", so Geblewicz.

*Chris W. Wagner*

***Sehr geehrte Leser,***

mit der Insolvenz des Pommerschen Zentralverbandes e.V. ist auch die Herausgabe der Pommerschen Zeitung zum 31.12.2017 eingestellt worden. Damit nicht eine wichtige Stimme in der deutschen Vertriebenenpresse Gefahr läuft, endgültig verloren zu gehen, hat die Landsmannschaft Ostpreußen beschlossen, den Titel „Pommersche Zeitung" zu kaufen und als einseitige Beilage der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) weiterzuführen. Die PAZ als konservative und liberale Wochenzeitung hat sich seit ihrem Bestehen zur Aufgabe gemacht, für alle früheren preußischen Provinzen eine publizistische Heimstatt zu sein. Ab dieser Ausgabe werden Sie wöchentlich Berichte aus und über Pommern lesen können. Wir möchten Ihnen Interessantes aus dem historischen Pommern, aber auch aus der Jetztzeit vermitteln. Die wechselvolle Geschichte, Museen, Forschungsvereinigungen, Reise- und Freizeittipps, dazu Berichte aus der Heimatarbeit lassen den Leser in vergangene Zeiten, aber auch in die Gegenwart mit vielen Facetten eintauchen.

Gerne greife ich Ihre Anregungen auf.

***Kommen Sie mit mir nach Pommern!***

Herzlichst Ihre Brigitte Stramm

Mitglied LO-Bundesvorstand

## Woher der Antisemitismus kommt

**Zu: Enttäuschend (Nr. 19)**

Muss sich die jüdische Gemeinde nicht allmählich einmal fragen lassen, ob es nicht auch eine Nummer kleiner geht? Was liegt denn als Anlass dieser Veranstaltung real zugrunde? Zwei arabischstämmige Jugendliche gerieten in Streit, wobei einer einen Gürtel verwandte und auf den anderen (einen Israeli) einschlug. Das Besondere, der Geschlagene trug eine Kippa, wie sie Juden zu tragen pflegen. Sein Kontrahent ist bis zur Stunde noch nicht identifiziert. Denkbar also, dass das Ganze auch eine Inszenierung gewesen sein könnte.

Wenn die jüdische Gemeinde ruft, muss man natürlich als Politiker erscheinen und aufgrund unserer unverzeihlichen Geschichte sein unverbrüchliches Zusammenstehen öffentlichkeitswirksam mit den üblichen Worten möglichst kameragerecht herüberbringen. Berlins Bürgermeister Michael Müller tat dies eher schlaftablettenhaft mit den immer wiederkehrenden Worthülsen. Volker Kauder, ein Politiker, der aktuell für den importierten Antisemitismus maßgeblich verantwortlich ist, erfreute sich an dem aufkeimenden jüdischen Leben in Berlin und in der Fläche.

Joseph Schuster, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, erinnerte an zwei Vorfälle in den vergangenen sechs Jahren, wo ein Rabbi verprügelt und zwei Jahre später ein jüdisches Ehepaar beschimpft wurde. Herrn Schuster reicht nun dieses Unrecht, wie er hier bekannte. Lea Rosh indes erinnerte an die Vergasung der Juden in Auschwitz, wovon alle, unter anderem auch alle Alliierten, gewusst haben. Viele Prominente hörten den gesprochenen Worten nachdenklich zu, so auch Regierungssprecher Steffen Seibert.

Noch einmal, das Ganze wegen zwei sich prügelnder Jugendlicher – wo bleibt hier die Verhältnismäßigkeit? Angesichts der jüngsten Ausschreitungen in Israel, wo allein am Montag im Zuge der Öffnung der US-Botschaft in Jerusalem 59 Tote und 2771 Verletzte zu beklagen waren und ein Säugling durch das Einatmen von Tränengas starb, fragt man sich, ob die Welt noch klar denkt und nicht mehr die Wertigkeiten erkennt.

Es sind eindeutig zwei Faktoren, die diese zwei unterschiedlichen Felder (Berlin und Gaza) maßgeblich beeinflussen. In Deutschland wächst der Antisemitismus durch die ungezügelte Zuwanderung von Menschen aus den Ländern, die unter anderem durch die israelische Politik vor Ort zur Flucht gezwungen werden. Die Folge ist eine hier entstehende muslimische Parallelgesellschaft.

Wo findet sich nur ein einziger mutiger Politiker, der diese Fakten öffentlich beim Namen nennt und sich nicht hinter den in Berlin zu hörenden Floskeln, Dauerschuldbekenntnissen und Sonntagsreden versteckt?

**Rudolf Neumann**
**Ahrensburg**

## Wurde das Kosovo »von der serbischen Fremdherrschaft befreit«?

**Zu: Europas Armenhaus (Nr. 11)**

Der Autor hat die aktuelle Lage im Kosovo zutreffend dargestellt. Im Unterschied zu den deutschen Themen, die er sehr fundiert behandelt, hat er sich zur Vorgeschichte des Kosovo-Konflikts wohl auf die Berichte in den Systemmedien gestützt, die politisch korrekt nach Bedarf die Tatsachen durch die passenden Behauptungen ersetzten. So erwähnt er zweimal, dass das Kosovo „von der serbischen Fremdherrschaft befreit" wurde!

Daraus kann man nur folgern, dass das Kosovo albanisch war und irgendwann von den bösen Serben besetzt wurde. Und nun hat die NATO auch ohne Beschluss des UN-Sicherheitsrates die armen muslimischen Kosovoalbaner heldenhaft (mit den Bomben aus mehreren tausend Meter hoch fliegenden Flugzeugen) und ganz selbstlos von der Fremdherrschaft der orthodoxen Serben befreit.

Es ist nur dumm, dass in den Geschichtsbüchern nachzulesen ist, dass das Kosovo das Kernland des mittelalterlichen Serbiens war, mit zahlreichen orthodoxen Klöstern und Kirchen aus dieser Zeit. Die Ortschaften und andere geografische Begriffe tragen nach wie vor serbische Namen. Auch das Wort „Kosovo" ist nur eine Abkürzung von „Kosovo Polje" (deutsch: Amselfeld) und ist die Adjektivform vom serbischen Namen für die Amsel: Kos. Im Brockhaus-Lexikon von 1908 kann man nachlesen, dass der albanische Nationalheld Skanderbeg, mit christlichem Namen Georg Kastriota, einer der letzten Verteidiger der christlichen und nationalen Interessen auf dem Balkan gegen das vordringende Osmanentum war, und dass er einer serbischen Dynastenfamilie entstammt. Pikanterweise wird er heute von den Albanern unter dem türkischen (islamischen) Namen Skanderbeg gefeiert.

Erst unter der türkischen Besatzung kam es zur allmählichen Albanisierung des Kosovo. Vor allem ab dem 18. Jahrhundert verdrängten die muslimischen Albaner immer mehr die orthodoxen Serben. Laut Brockhaus-Lexikon von 1908 betrug am Anfang des 20. Jahrhundert der albanische Anteil an der Bevölkerung im türkischen Wilajet Kosovo zirka 45 Prozent. Nach der Befreiung von der türkischen Besatzung und Wiedervereinigung mit Serbien 1912 kamen viele Serben zurück. Trotz der großen Verluste im Ersten Weltkriegs waren die Serben vor dem Zweiten Weltkrieg die eindeutige Mehrheit und die Albaner eine, wenn auch große, Minderheit. Dieses Verhältnis fing 1943 an, sich zu ändern, als die deutsche Wehrmacht die Italiener als Kontrollmacht im zu Albanien zugeschlagenen Kosovo ablöste. Es kam zu der massiven Vertreibung und Tötung von Serben, was von der Wehrmacht toleriert wurde. Die Rückkehr der serbischen Flüchtlinge nach dem Krieg wurde mit Waffengewalt von dem kroatischen Kommunisten Tito verhindert. Sie wurden wider ihren Willen in die Woiwodina an Stelle der mehr oder weniger „freiwillig" nach Deutschland abgewanderten Donauschwaben angesiedelt. Außerdem konnten zirka eine halbe Million Albaner aus Albanien illegal nach Kosovo einwandern. Auch der als Gandhi bezeichnete kosovoalbanische Anführer Rugova kam aus einer Großgrundbesitzerfamilie in Nordalbanien.

Das Kosovo mit nun einer albanischen Mehrheit hatte nicht nur eine großzügige und weitreichende Autonomie erhalten, sondern wurde neben Bosnien der Hauptnutznießer des finanziellen Länderausgleichs. Das hat aber den aus Albanien gesteuerten Separatisten nicht gereicht, die immer aktiver wurden. Um einer möglichen Abspaltung vorzubeugen, wurde per Referendum der Autonomiestatus des Kosovo aufgehoben. Kulturelle und lokale Rechte waren davon nicht betroffen. Trotzdem haben die Separatisten eine angeblich massive Unterdrückung durch die serbischen Behörden mit einem bewaffneten Terror, nicht nur gegen die Serben, sondern ebenfalls gegen die Albaner, die nicht mitmachen wollten, beantwortet. Die Amerikaner haben dies zunächst als Terrorismus bezeichnet, um es dann plötzlich zum Freiheitskampf umzubenennen. Die weitere Entwicklung kennt man.

Abschließend ein Hinweis: Hier wie vorher in Bosnien hat sich der Westen, angeführt von den Amerikanern, massiv an der Seite von Muslimen gegen die orthodoxen Christen engagiert. Als Ergebnis haben wir heute zwei Länder, die fortschreitend islamisiert werden. Die orthodoxen Serben haben das aus Erfahrung erwartet und haben sich dagegen gewehrt. Dafür wurden sie vom Westen bestraft. Wie lange wird der Westen noch brauchen, um zu begreifen, dass sich der Islam mit einem friedlichen Nebeneinander auf Dauer nicht zufrieden gibt?

**Branko Marusic**
**München**

**Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.




**Nicht alle waren von der Erklärung der Unabhängigkeit des Kosovo von Serbien derart begeistert: Enthüllung des Denkmals „New Born" während der Feier am 17. Februar 2008 in Pristina**

Bild: Cradel

## Nobelpreis für von der Leyen

**Zu: Totalausfall (Nr. 19)**

Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen ist kein Totalausfall! Wenn jemals ein Friedensnobelpreis zu Recht vergeben würde: Sie müsste ihn bekommen. Wer es fertig bringt, mit rund 40 Milliarden Euro jährlich eine Armee zu schaffen, bei der fast gar nichts mehr funktioniert und deren Kampfkraft krampfhaft durch ein paar Auslandseinsätze demonstriert wird, hat ein ganz anderes Ziel: Frieden! Frieden schaffen mit immer weniger Waffen ist ihr wirkliches Anliegen.

Und wenn die wenigen Waffen dann auch nicht mehr funktionieren und die Bediener von ihnen entweder weglaufen oder immer weniger qualifiziert werden, dann ist das Ziel schon fast erreicht. Und um ihre Friedens-Linie beizubehalten und dennoch keinen Ärger mit den ziemlich besten Freunden jenseits des Atlantiks zu bekommen, könnte ja der bald auf zwei Prozent zu erhöhende Rüstungssponsoren-Betrag für einen Flugzeugträger investiert werden.

Bis der einmal fertig wird, kann es nach unserem jetzigen Stand der Rüstungs-Kompetenz viele Jahrzehnte dauern und Kosten verursachen, für die vielleicht sogar einmal die Renten gekürzt werden müssten. Und ob er dann auch wirklich schwimmen kann? Wir werden sehen ...

**Henry Stephan**
**Himbergen**

# Signale aus Friesland für eine bessere Welt

## Von Dada bis Escher, von Königen bis zu königlichen Pferden: Leeuwarden ist Kulturhauptstadt 2018

**Mit Leeuwarden präsentieren die Niederlande 2018 neben Valletta auf Malta eine der beiden jährlich wechselnden Kulturhauptstädte Europas. Die historische Stadt mitten im weiten flachen Weideland bereichert dabei ein vielfältiges Programm.**

Wie spricht man Leeuwarden eigentlich richtig aus? Die Antwort verblüfft: Jede Fassung ist richtig! Sind von dem Namen doch über 200 Schreibvarianten bekannt. Noch heute in Gebrauch sind das niederländische Leeuwarden, das stadtfriesische Liwwadden und das westfriesische Ljouwert. Im Stadtpark Prinzengarten, der sich in diesem Jahr in einen Sprachengarten verwandelt, ziehen alle Namensvarianten in einer endlosen Neonschleife an einem vorbei.

So unklar der Name, so unklar die Übersetzung. „Warden“ steht eindeutig für Warft, „leeu“ dagegen interpretieren manche als „Löwe“, andere, wie der Stadtführer, als „bei, um“. Also „Bei der Warft“? Und schon sind wir mitten drin in der Sprachenvielfalt dieser Welt. Einen tiefen Blick in das babylonische Wirrwarr wirft das Besucherzentrum am Oldehoofsterkerkhof gegenüber vom Oldehove, dem schiefen Turm und Wahrzeichen der Stadt, dem alten Kirchturm von 1529, den nie ein Kirchenschiff ergänzte.

Um das Blickfeld des „Lân fan taal“ betitelten Projektes gehörig zu erweitern, findet man dort in einer Installation aus Hunderten aufgehängter Würfel in alphabetischer Reihenfolge die Namen aller 6720 anerkannten lebenden Sprachen dieser Welt. Die Botschaft, die sich dahinter verbirgt, entspricht dem ambitionierten Hauptstadtjahr-Motto: Habe den Mut, Neues zu wagen und anders zu sein für eine gemeinschaftlichere, friedlichere Welt.

Auch ohne intellektuellen Überbau beeindruckt die Hauptstadt der Provinz Friesland allein durch ihren mittelalterlichen Stadtkern mit den typisch holländischen Grachten. Schwebt über den 600 Denkmälern, die sich darin verbergen sollen, doch unweigerlich ein Hauch von Amsterdam. Auch mit seiner Geschichte hält Leeuwarden nicht hinter dem Berg. Seine berühmtesten Söhne und Töchter grüßen von Wandgemälden beim Gang durch die Gassen.




Hat für jeden etwas zu bieten: Europäische Kulturhauptstadt Leeuwarden Bild: Schnehagen

Zu Leeuwardens blaublütiger Prominenz gehören die Vorfahren der niederländischen Königsfamilie. Von 1584 bis zu ihrer Abreise nach Den Haag im Jahre 1747 wohnten sie als Statthalter des Hauses Nassau-Dietz in der Hauptstadt von Friesland. Die letzte Nassau-Prinzessin in Leeuwarden war Marie Luise von Hessen-Kassel (1688 bis 1765). Nach dem frühen Tod ihres Mannes Fürst Johann Wilhelm Friso von Oranien musste sie zweimal als Regentin einspringen, zuerst für ihren Sohn, dann für den Enkel. Von den Niederländern liebevoll Marijke Meu, Tante Marie, genannte, sind sie und ihr Ehemann die jüngsten gemeinsamen Vorfahren aller derzeit regierenden Monarchen in Europa. Ein kolossales Wandgemälde am Oldehoofsterkerkhof zeigt das Fürstenpaar mit dem Stammbaum der europäischen Königshäuser.

Aber auch bürgerliche Berühmtheiten erblickten in Leeuwarden das Licht der Welt, darunter Frieslands Ikone Mata Hari (1876 bis 1917) und die Frau von Rembrandt, Saskia van Uylenburgh (1612 bis 1642) sowie Frieslands Vorzeigekünstler Maurits Cornelis Escher (1898 bis 1972). Mit den Ausstellungen „Escher auf Reisen (bis 28. Oktober 2018) und „Saskia und Rembrandt“ (25. November 2018 bis April 2019) ehrt das Fries Museum Leeuwardens berühmte Kinder.

Escher kam dort zur Welt, wo Marie Luise wohnte und sich heute das Keramikmuseum befindet: im Princessehof. Als Kind wohlhabender Eltern konnte er es sich leisten, seinen Neigungen zu folgen, sich zum Grafiker auszubilden, Künstler zu werden und einen Großteil seines Lebens im Ausland zu verbringen. Vor allem Italien hatte es ihm angetan. Seine Begeisterung für die Toskana, die Abruzzen, die Amalfiküste oder auch Rom hält er in zahllosen Zeichnungen und späteren Drukken fest. In ihrer fesselnden Sichtweise übertragen sie Eschers Italiensehnsucht wie magisch auf den Betrachter.

Seine Auseinandersetzung mit perspektivischen Unmöglichkeiten und optischen Täuschungen scheint in den Reisebildern vor dem Naturalismus zu weichen. Doch bei genauerem Hinsehen spielt Escher auch hier immer wieder mit perspektivischen Verzerrungen und motivischen Versatzstücken. Wer Escher vor allem von seinen unmöglichen Geometrien her kennt, kann in den Leeuwardener Landschaftsdarstellungen eine weithin unbekannte Seite des Künstlers entdecken.

Wer in Sachen Kunst weiter das Außergewöhnliche entdecken möchte, sollte auch nach Drachten fahren. Denn das Festprogramm bezieht die friesische Provinz mit ein. Drachten war einst das pulsierende Herz der Avantgarde. Die Stadt, in der die Dada-Bewegung 1916 gegründet wurde, wo 1917 das erste Manifest von De Stijl erschien und die Künstlervereinigung De Ploeg entstand. Der Ort, den die friesischen Schuster Thijs und Evert Rinsema, aber auch große Künstler wie Theo van Doesburg und Kurt Schwitters vor 100 Jahren zu ihrer Wirkungsstätte auserkoren. Mit Ausstellungen und Veranstaltungen in und außerhalb des Museums Dr8888 – es heißt tatsächlich so – feiert Drachten das ganze Jahr über sein revolutionäres Erbe.

Zum größten Ereignis im Kulturhauptstadtjahr könnte allerdings die in ihrer Art noch nie dagewesene Theateraufführung „De Stormruiter“ werden. Wenn sich im Auftrag des Königlichen Friesenpferden-Stammbuchs und der Stiftung Faderpaard die deutsche Novelle „Der Schimmelreiter“ von Theodor Storm in ein großes Musiktheaterstück mit 100 Friesenpferden in der Hauptrolle verwandelt. Bis zum heutigen Tag sehen die Menschen die Geister des Deichwarts und seines Pferdes auf dem Watt. Jos Thie, der ehemals Produktionen wie ABE! und Peer Gynt schrieb, erweckt die Legende aus dem Jahr 1650 zu neuem Leben. Die bombastische Aufführung über den übermütigen Deichgrafen Hauke Haien und seinen ewigen Kampf gegen das Meer findet vom 6. September bis 3. Oktober mit 15 Vorstellungen im WTC Expo in Leeuwarden statt. Die Produktion soll einmalig bleiben und nicht wiederholt werden. *Helga Schnehagen*

*Informationen und Gesamt-Programm im Internet unter: www.friesland.nl/de/kulturhauptstad-2018/programm*

# »Unten ohne« durch den Frühling

## Barfuß auf der Blumeninsel Madeira

Fiona beißt die Zähne zusammen. Steine bohren sich in ihre Fußsohlen. Auch Esther verzieht das Gesicht, als sie mit der Last ihres gesamten Körpers barfuß auf den Pinienzapfen steht, die gewaltig pieken. Nur Justus, der einzige Mann der Gruppe, zeigt keine Regung. Dabei hat auch er Mühe. Im Abschnitt mit dem glitschigen Schlamm, der besonders bei Kindern beliebt ist, fällt es ihm sichtlich schwer, den nötigen Halt zu finden. Allen voran schreitet Celina, als mache es ihr überhaupt nichts aus. Sie, das Naturkind aus dem Norden der Atlantik-Insel Madeira, hat das nötige „Zehenspitzengefühl“. Mehr noch: Der rund 800 Meter lange Barfußweg mit seinen 17 verschiedenen Stationen ist so etwas wie ihr „Baby“. „Wir Portugiesen sind bekanntlich Entdecker und immer auf der Suche nach Neuem“, sagt sie.

Celina Sousa erinnert sich noch gut daran, wie sie als Kind Wasser auf dem Kopf getragen hat. 30 Kilogramm, schätzt sie. Bis in die 1980er Jahre sei ihr kleines Dorf ohne Strom und fließendes Wasser gewesen, erzählt die 50-Jährige. Die Naturverbundenheit hat die Hotelmanagerin geprägt. Sie will ihre Gäste daran teilhaben lassen. Kein Wunder, dass ihr „Jardim Atlantico“ mit der EU-Blume, dem europäischen Umweltsiegel, ausgezeichnet wurde. Hotel und Barfußweg liegen an der Südwestküste Madeiras etwa 40 Kilometer von der Inselhauptstadt Funchal entfernt wie ein Adlerhorst auf einem Bergrücken mitten in der Natur. Die fantastische Lage knapp 480 Meter über dem Atlantik eröffnet einen herrlichen Panoramablick auf das Meer und die kleinen Fischerdörfer Paul do Mar und Jardim do Mar, auf Terrassenfelder und das Gebirge.

Eine gute Basis für Wanderungen im Westteil der Insel. Unter dem steil in den Atlantik abfallenden Fels ist schon der erste Wanderweg zu erkennen. Früher war er wichtiger Verbindungspfad, über den Güter ausgetauscht wurden – Gemüse gegen Fisch. Zum kleinen Ort Prazeres auf 600 Metern Höhe sind es etwa 1,5 Kilometer. Das einzige erwähnenswerte Gebäude am Weg ist eine doppeltürmige Pfarrkirche aus dem 18. Jahrhundert. Sonst nur Pflanzen und Tiere – Ruhe, Entspannung, Erholung. Nach zwei Kilometern ins Landesinnere beginnt ein Naturpark. 60 Prozent der Oberfläche der Inselgruppe sind Naturschutzgebiet. In einer anderthalbstündigen Wanderung sind der Jachthafen und der aufgeschüttete Sandstrand von Calheta zu erreichen.

„Mittlerweile gibt es auch fast in jedem deutschen Bundesland einen Barfußpfad“, räumt Celina ein: „Aber nur auf unserer ,Insel des ewigen Frühlings‘ kann man auch im Winter ,unten ohne‘ gehen.“ Ohne Schuhe an den Füßen zu laufen, erzeuge eine wunderbare Nähe zur Natur. Jeder Muskel werde beansprucht, erklärt sie. Die Fußreflexzonen würden durch den verschiedenartigen Untergrund auf natürliche Weise stimuliert, die Durchblutung werde angeregt und das körpereigene Abwehrsystem gestärkt.

Weil auf ihrem Barfußweg nur einheimische Naturelemente verwendet wurden, erhält man auf den 800 Metern einen Vorgeschmack auf die gesamte Insel. Neben Steinen vulkanischen Ursprungs wie Basalt und Lava sind Teilstrecken mit Kies, Schotter oder Strandkiesel belegt. Auch heller und dunkler Sand findet sich. Aber der komme von der nur 40 Kilometer entfernten Nachbarinsel Porto Santo, denn auf Madeira selbst seien fast alle Strände steinig, erklärt Celina.



In der sonnenreichsten Region von Madeira liegt die kleine Ortschaft Arco da Calheta mit Pfarrkirche und Blick über den Atlantik Bild: Guballa

„Die meisten Gäste kommen zum Wandern in unser Naturparadies mit seinen dichten, von Wasserläufen durchzogenen Lorbeerurwäldern und Pinienhainen“, sagt sie. Neben Pinienzapfen und Piniennadeln gebe es auf dem Barfußweg deshalb auch einen Abschnitt mit Lorbeer. Der urzeitliche Lorbeerwald aus dem Tertiär wurde von der Unesco zum Weltnaturerbe erhoben. Ein Wasserkanal symbolisiert die berühmten Levadas. Die teils gemauerten oder aus Felswänden herausgeschlagenen Wasserkanäle durchziehen mit einem Netz von rund 2400 Kilometern Länge die gesamte Insel. Im 16. Jahrhundert erbaut, sind sie Bestandteil eines ausgeklügelten Bewässerungssystems, mit dem das kostbare Nass aus regenreichen in trockenere Zonen transportiert wird.

Als Belohnung für die Bewältigung der ungewohnten Barfußstrecke haben sich alle ein Gläschen Ponchas verdient. Der Zuckerrohrschnaps mit Bienenhonig versöhnt mit der Herausforderung. Vor den nächsten Aktivitäten gilt die Aufmerksamkeit den Blumen. Portugals „schwimmender Garten“ beherbergt 400 einheimische, für Madeira typische Gewächse. Darunter sind auch seltsame Früchte wie Bananenananas und Maracujabanane, Exoten wie der blaulila blühende Storchenschnabel und natürlich die Strelizie, die auch als Paradiesblume bekannte farbenprächtige Nationalblume Madeiras.

Dann kommen endlich die Sportbegeisterten zu ihrem Recht. Nicht nur Wanderer finden in den außergewöhnlichen landschaftlichen Strukturen den idealen Rahmen, die traumhaft schöne Insel kennenzulernen. Für diejenigen, die ihren Adrenalinspiegel erhöhen wollen, gibt es Möglichkeiten zum Klettern, Trekking, Kanufahren, Mountainbiking und Paragliding. Wasserratten können surfen, segeln und tauchen. Zwar sind das nicht eben „nackte Vergnügen“, aber „unten ohne“ – barfuß – auf alle Fälle.

*Andreas Guballa*

*Allgemeine Informationen über Madeira unter: www.madeira-tourism.com. Hotel Jardim Atlântico, Caminho Lombo da Rocha 1, 9370-612 Prazeres, Calheta-Madeira. Infos im Internet: www.jardimatlantico.com*

# Turbulente Jahre eines Karrierediplomaten

Nach einem englischen Bonmot ist ein Botschafter „ein ehrlicher Mann, der ins Ausland geschickt wird, um Lügen zu erklären“. Im Falle des britischen Diplomaten George William Buchanan (1854–1924) hat man eher den Eindruck, er musste immer wieder Feuerwehr spielen, kam also gar nicht zum Lügen.

Buchanan hat Großbritannien von 1908 bis Anfang 1918 im zaristischen, am Ende revolutionären Russland vertreten. Er war ein Karrierediplomat, noch ganz aus dem viktorianischen Zeitalter. Die turbulenten Jahre in St. Petersburg waren der Höhepunkt seiner Laufbahn. 1923 hat er seine Erinnerungen veröffentlicht, die damals wegen der lebendigen Schilderung der Ereignisse in Russland großes Interesse fanden; bereits 1926 erschien eine deutsche Übersetzung. Jetzt hat der Steidl-Verlag diese lesenswerte Autobiografie wieder ausgegraben; der Osteuropahistoriker Karl Schlögel sieht in dem Buch zu Recht ein großes Stück Zeitgeschichte.

Persönliche Lebensschilderungen können nicht, wie von Historikern seit der Antike erwartet, sine ira et studio (ohne Zorn und Eifer) geschrieben werden, Parteilichkeit und Emotionen sind geradezu Voraussetzung. Bei Buchanan ist es nicht anders; natürlich gilt „Britain first“, und zumal in den Kriegsjahren findet er harsche Worte für die Politik des deutschen Kaiserreiches, das schuld am Kriegsausbruch 1914 sei. Es bleibt aber Kritik in der Sache, die feine britische Art verbietet persönliche Verunglimpfungen.

Was das Buch so spannend macht, ist der genau festgehaltene Zerfall des Zarenreiches. Wie überall in Europa zogen auch in Russland die Soldaten mit Hurra ins Feld, umjubelten Massen den Herrscher. Aber schon Ende 1914, nach den schweren Niederlagen gegen die Deutschen in Ostpreußen (Tannenbergschlacht) änderte sich alles. Die sich zuspitzende soziale Lage, militärische Niederlagen und politisches Chaos beschleunigten von Monat zu Monat die Katastrophe, die dann im Februar 1917 die Herrschaft des Zaren binnen Stunden hinwegfegte.

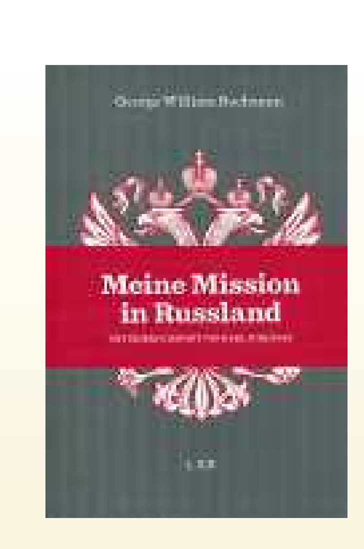
**Zerfall des Zarenreichs erlebt**

Der Leser spürt Buchanans wachsende Erregung. Sein guter Draht zum Zaren erlaubte eine ungewöhnliche Offenheit. Ständig beschwor er ihn, politische Reformen einzuleiten; stets freundlich lehnte dieser alle Anregungen strikt ab, bestärkt von seiner (deutschstämmigen) Gattin, die wiederum unter dem unheilvollen Einfluss des Mönchheiligen Rasputin stand.

Die provisorische Regierung unter Alexander Kerenskij lenkte die Dinge nicht zum Besseren. Im November 1917 gelang den Bolschewiki unter Lenin und Trotzkij die Eroberung der Macht. Obwohl angewidert von deren Brutalität, attestiert Buchanan beiden dennoch, dass sie im Gegensatz zu allen anderen „ungewöhnliche Männer“ seien. Buchanan sieht sich ab Sommer 1917 dramatischen Situationen gegenüber; mehrfach bricht er zusammen, im Januar 1918 kann er die Heimreise antreten. Es folgen noch zwei ruhige Jahre in Rom. Seine Petersburger Zeit lässt ihn zu dem Urteil kommen: „Die Unfähigkeit der Russen zusammenzuarbeiten, selbst wenn das Schicksal des Vaterlandes auf dem Spiele steht, muss man fast einen Defekt der Nation nennen.“

Der Leser steht einmal mehr vor dem „Rätsel Russland“. Die Neuausgabe wäre noch verdienstvoller gewesen, wenn ihr wenigstens ein Minimum an Erläuterungen und ein Register beigegeben worden wäre. So bleibt leider manches, was für das genauere Verständnis wichtig wäre, fremd. Gleichwohl: Buchanans Buch lässt den heißen Atem der Geschichte spüren, manche Urteile sieht man längst als bittere Wahrheit: „Kerenskijs Regierung war wie das Zarentum ohne Kampf gefallen. Wenn ich für das Zarentum und die provisorische Regierung eine Grabinschrift verfassen müsste, würde ich es mit zwei Worten tun: Versäumte Gelegenheiten.“

*Dirk Klose*




***George William Buchanan: „Meine Mission in Russland“.** Vorwort: Karl Schlögel. Steidl Verlag, Göttingen 2018, gebunden, 448 Seiten, 24 Euro*

# Amüsantes Lehrwerk

Das Buch „Briefe eines erfolgreichen Kaufmanns an seinen Sohn“ ist zwar Fiktion, aber eine sehr lebensnahe, mit vielen praktischen Beispielen durchsetzte. Ein erfolgreicher Vater, in den Gründerjahren mit enormem Fleiß vom Lehrling zum Großfabrikanten aufgestiegen, schreibt an seinen fiktiven Sohn an der Universität von Harvard. Seine ernsten wie humorvollen Briefe versinnbildlichen den amerikanischen Traum, „ein zielstrebiger, ehrgeiziger und hart arbeitender Geschäftsmann zu sein“.

Der Vater arbeitet die Unterschiede „zwischen formaler Bildung und Charakterbildung, die Bedeutung von Pünktlichkeit, den Wert des Sparens und Investierens, die Vermeidung von Dünkel und Überheblichkeit, die richtige Einstellung von Mitarbeitern“ anhand vieler Beispiele heraus. Sogleich im ersten Brief schreibt er: „Du wirst feststellen, dass Bildung so ungefähr das Einzige ist, das offen auf der Straße liegt, und von dem man so viel haben kann, was man bereit ist, sich anzueignen.“ Als Regeln eines Geschäftsmannes empfiehlt er: „Habe etwas zu sagen. – Sag es. – Schweige“! Zur akademischen Bildung verhält er sich skeptisch. Sie besteht aus zwei Teilen, „dem Teil, den die Professoren im Klassenzimmer vermitteln, und dem Teil, den du draußen von deinen Kameraden lernst. Das ist der wirklich wichtige Abschnitt.“ Er macht dich zu einem „Mann“, nicht nur zu einem „Akademiker“.

Das Buch enthält 20 Briefe mit markanten Anregungen. Schön, wenn man nach einem erfolgreichen Leben sagen kann: „Viele Männer haben in diesem Leben versucht, mir den Garaus zu machen, aber sie haben die Totenfeier immer geplant, bevor sie einen Toten hatten.“ Das Buch ist ein Genuss, das beide lesen sollten – gestandene Väter und studierende Söhne.

*Wolfgang Thüne*




***George Horace Lorimar: „Briefe eines erfolgreichen Kaufmanns an seinen Sohn“**, Finanz-Buch-Verlag, München 2018, 180 Seiten, 14,99 Euro*

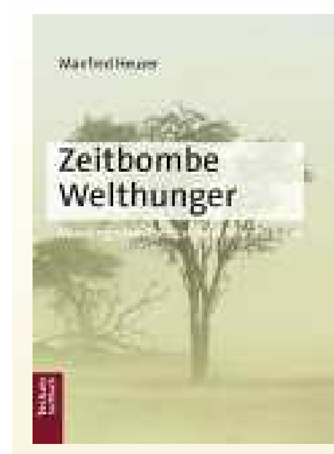
# Wichtige Analyse

Derzeit hungern etwa 800 Millionen Menschen weltweit – 24000 davon sterben jeden Tag. Daran konnten bisher weder Entwicklungshilfe noch Spenden in Höhe von mehreren Billionen Euro etwas ändern. Warum dies so ist, erklärt der Ökonom und Lehrbeauftragte der Ostfalia-Hochschule Manfred Heuser in seinem Buch „Zeitbombe Welthunger“.

Schuld an der Misere seien vor allem das ungehemmte Bevölkerungswachstum in Afrika, Klimaschäden sowie die zunehmende Urbanisierung und Landflucht. Nach der Analyse diskutiert der Autor mögliche Wege zur nachhaltigen Lösung des Hungerproblems. Dabei plädiert er insbesondere für eine bedarfsorientierte Lebensmittelproduktion zur Selbstversorgung unmittelbar vor Ort. Hierdurch ließen sich auch weitere Flüchtlingsströme verhindern.

Und damit spricht Heuser einen enorm wichtigen Punkt an: Wenn sich zusätzlich zu den Wirtschaftsflüchtlingen von heute auch noch Millionen von Hungernden in Richtung Europa in Bewegung setzen, dann dürfte unser Kontinent endgültig an die Grenze seiner Belastbarkeit gelangen.

*Wolfgang Kaufmann*




***Manfred Heuser: „Zeitbombe Welthunger. Massengräber, Exodus oder Marshallplan“**, Tectum Verlag, Baden-Baden 2017, broschiert, 402 Seiten, 19,95 Euro*

# Entbitterung – Autoren zeigen Wege zur Lebensfreude

Jeder kennt Kränkung, Zurückweisung und Ungerechtigkeit. Täglich werden Menschen damit konfrontiert. Es gehört gewissermaßen zum Erwachsenendasein dazu. Die Folge davon kann Verbitterung sein. Viele finden aus den Krisen heraus, etliche jedoch nicht. Diese verwinden die Verletzungen jahrelang nicht und verändern ihre Persönlichkeit, indem sie sich verschließen oder von Rachegedanken durchsetzt sind.

Anhand von drei Fallbeispielen zeigen Michael Linden, Arzt für Neurologie, Psychiatrie, Psychosomatische Medizin und Psychotherapie sowie Sigrid Engelbrecht, Mental- und Wellnesstrainerin, wie der Weg von der Kränkung zur Verbitterung verlaufen kann. In ihrem Buch „Lass los! Es reicht. Wege aus der Verbitterung“ zeigen sie auch, wie man sich aus diesem Zustand wieder befreien kann.

In sechs Kapiteln erfährt der Leser zunächst, wie es durch Enttäuschungen, Herabwürdigungen, Ungerechtigkeiten und Vertrauensbrüchen zu einer Verbitterung kommen kann. Dabei ist es interessant zu erfahren, welche psychologischen Hintergründe eine Kränkung umso schwerer wirken lassen.

Beinahe jeder wird sich in Ansätzen in den Beschreibungen wiedererkennen, da niemand im Leben von Verletzungen verschont bleibt. In den sechs Abschnitten geht es zunächst um das Thema „Von der Enttäuschung zur Verbitterung“, darauf folgt „Wenn das Weltbild Risse bekommt“, um schließlich in die heilende Phase überzugehen. Kapitel drei befasst sich mit der Thematik der „Entbitterung und wie man die Lebensfreude wieder gewinnt“. Aber auch die härteren Fälle werden bedacht im Abschnitt vier „Wenn Verbitterung krank macht“. Hier geht es um einen emotionalen Zustand, der nicht weichen will. Oft ist es bei diesen pathologischen Erscheinungsformen nötig, sich professionelle Hilfe zu holen, um wieder positiv gestimmt am normalen Leben teilnehmen zu können.

Ungerechtigkeit, Kränkung und Herabwürdigung durch andere Menschengruppen können auch dazu führen, dass nicht nur einzelne Menschen, sondern auch Gruppen von Menschen verbittern. Teil fünf befasst sich mit der „Verbitterung als gesellschaftliches Phänomen“. Hier muss man gar nicht weit nach Fallbeispielen suchen. „Weshalb sollten sich Menschen, die unter Hammer und Sichel sozialisiert wurden,“ so die Autoren, „plötzlich als Bürger der Bundesrepublik fühlen?“. Vielmehr müsse es zu heftigen emotionalen Reaktionen führen, wenn ein machtvolles, in sich schlüssig erscheinendes Wertegefüge infrage gestellt werde, das die Überzeugungen und das Verhalten von Menschen ein Leben lang bestimmt habe.

Der letzte Teil nimmt noch einmal Stellung zu allem vorher Gesagten. Wobei mit „vergessen“ auf keinen Fall „verdrängen“ gemeint ist. Verdrängung binde viel Energie, sagen die Autoren, vergessen könne man nur etwas, das einen innerlich nicht mehr beschäftige. Wie das geht, zeigt dieser lesenswerte Ratgeber.

*Silvia Friedrich*



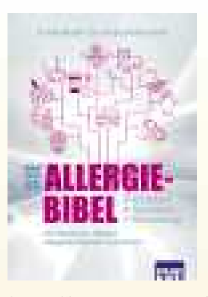

***Michael Linden, Sigrid Engelbrecht: „Lass los! Es reicht – Wege aus der Verbitterung“**, Ecowin Verlag, Salzburg 2018, gebunden, 228 Seiten, 24 Euro*



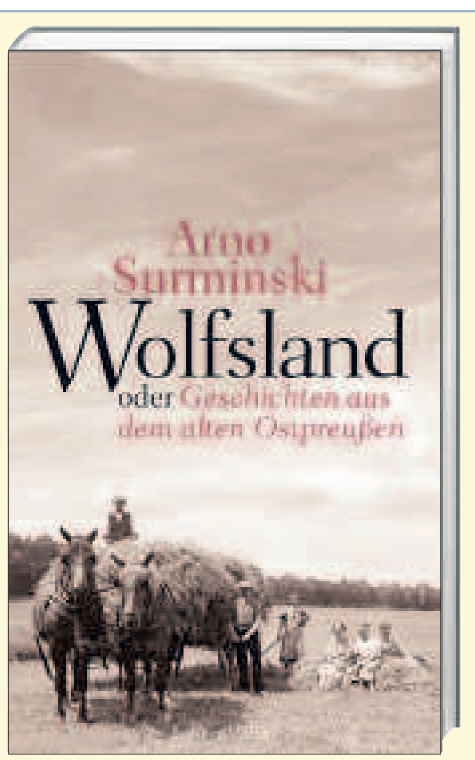
# Mit Allergien leben lernen

Viele Menschen haben unzählige Arztbesuche und Behandlungen hinter sich, ehe eine Allergie diagnostiziert wird. Mit der „Allergie-Bibel“, die von einem Pharmakologen und einer Ärztin verfasst wurde, will der Mankau-Verlag helfen, Allergien zu erkennen, um Auslöser vermeiden zu können. Die Fachleute geben Anleitungen zur Selbsthilfe und zu alternativen Behandlungsmethoden.

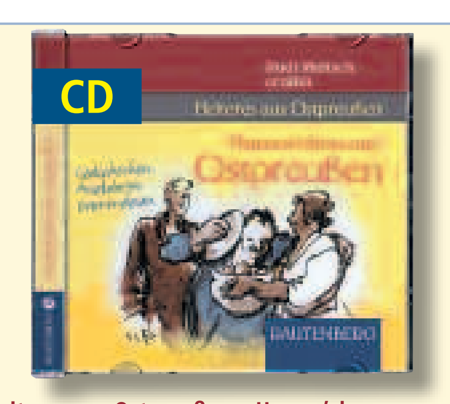
*MRK*




***Earl Mindell/Pamela Wartian Smith: „Die Allergie-Bibel. Ursachen, Symptome, Behandlung“**, Mankau Verlag, Murnau 2018, gebunden, 318 Seiten, 24,95 Euro*




Arno Surminski
**Wolfsland oder Geschichten aus Ostpreußen**
40 Kurzgeschichten
Die Erzählungen dieses Bandes haben allesamt die historischen Ereignisse und Brüche zum Thema, die Ostpreußen und seinen Menschen durch die Jahrhunderte seiner Geschichte widerfahren sind. Arno Surminski schildert darin, wie die Pest einst nach Preußisch-Litauen kam (Der Pestreiter), wie sich die Verhandlungen zur Konvention von Tauroggen 1812 zugetragen haben mögen (In der Poscherunschen Mühle), wie sich die Menschen zu helfen wussten, als die Tataren vor mehr als 350 Jahren Ostpreußen heimsuchten (Der Tatarensee) oder was den ostpreußischen Dorfbewohnern widerfuhr, wenn aus dem Osten die Kosaken einfielen und auf der Durchreise durch ihre Dörfer zogen (Als die Kosaken kamen).
208 Seiten
Nr. P A1266 Gebunden 20,00 €




**CD – Heiteres aus Ostpreußen – Humor'chen aus Ostpreußen – Geschichten, Anekdoten, Dammeleien**
Rudi Meitsch erzählt vom Bullenball in Insterburg, dem Flohche, vom dicken Buttgereit und vielem mehr. Aus dem Inhalt: Heringe für die Domnauer, Ostpreußen und ihre Pferde, Schulmeister auf der Kurischen Nehrung. Die CD enhält 43 Tracks und hat ein Gesamtspielzeit von 51 Minuten
Nr. P 533058 CD 12,95 €



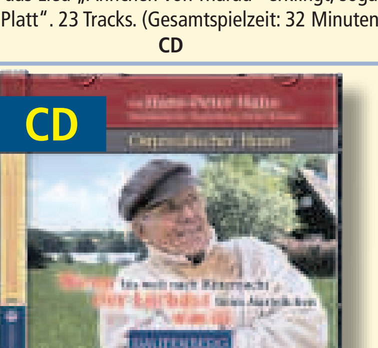

**CD – Heiteres aus Ostpreußen – Mannchen ham wir gelacht! – Ostpreußische Vertellkes**
Manfred aus Preußisch-Eylau und Eduard aus Insterburg erzählen von Bauer Grigoleit, von Kaukehmen, Skaisgirren, Plebischken und vielem mehr. Und auch das Lied „Ännchen von Tharau" erklingt, sogar auf „ostpreußische Platt". 23 Tracks. (Gesamtspielzeit: 32 Minuten).
Nr. P 533059 CD 12,95 €

**CD – Lorbas und Marjellchen – Heiteres aus Ostpreußen**
Ostpreußische Texte in ostpreußischer Mundart werden auf dieser CD präsentiert. Dazu ertönen Ostpreußische Lieder. Mit Texten von Robert Johannes und anderen. Gestaltung Dr. Herbert Hefft. Aus dem Inhalt: Zogen einst fünf wilde Schwäne, Der Bauer Schneidereit, Öck bön emol önne Stadt gewäse, Mein Jettchen u.v.m. Gesamtspielzeit 29 Minuten
Nr. P 533200 CD 12,95 €




Rudolf Meyer-Bremen/Jörn Barfod
**Frühe Ansichten Ost- und Westpreußen**
Die frühen Lithographien aus Ost- und Westpreußen überliefern das Aussehen von Orten und Landschaften dieser östlichen Kernprovinzen des Königreichs Preußen. Das erwachte romantische Interesse an Land und Leuten und die malerischen Qualitäten der damals noch ganz jungen Technik des Steindrucks ergänzen sich in idealer Weise. Viele der Zeichner und Lithographen, die diese Ansichten schufen, gehören zur ersten Generation der durch die gegen 1800 entstandenen staatlichen Kunstschulen in Königsberg und Danzig gegangenen Künstler. 144 Seiten
Nr. P A1229 Kartoniert 4,99 €

Julie von Kessel
**Altenstein**
Roman
Eine Familiengeschichte. Ein Stück deutsche Zeitgeschichte. 1945 ist das Leben in Ostpreußen zu Ende. Agnes von Kolberg hat ihren Mann verloren, zwei Güter, aber nicht ihren pragmatischen Lebensmut. Sie beginnt mit ihren zehn Kindern im Westen neu. In der wenig glamourösen Bundesrepublik finden alle Kinder ihren Platz, nur die beiden jüngsten machen Sorgen: Nona bricht aus und bietet der herrischen Mutter die Stirn, Konrad, Agnes' Liebling, kämpft lange, um seinen Weg zu finden. Mit der Wiedervereinigung sieht er die Chance gekommen, Altenstein, das Gut seines Vaters in Brandenburg, wiederzubekommen und an die vermeintlich glorreiche Zeit der Familie anzuknüpfen. Die übrigen Geschwister sind entsetzt. Nur in Nona findet er eine Verbündete. Julie von Kessel ist Journalistin und arbeitet seit mehr als zehn Jahren beim ZDF. Sie wuchs in Helsinki, Wien, Zagreb, Bonn und Washington D.C. auf und lebt mit ihrer Familie in Berlin. 432 Seiten
Nr. P A1164 Taschenbuch 12,00 €




Hans-Peter Hahn und Peter Körner
**CD – Ostpreußischer Humor – Wenn bis weit nach Mitternacht der Lorbass beim Marjellchen wacht**
Auf der Bühne hört man das Ostpreußische nur noch selten, aber wenn man es hört, dann ruft es Schmunzeln und Lachen hervor. Man wird sich nicht nur gern erinnern, sondern vor allem mit einem Augenzwinkern köstlich unterhalten. Einige Lieder wurden von den beiden Künstlern extra für dieses Hörbuch vertont. (Gesamtspielzeit: 133 Minuten)
Nr. P 533147 Doppel CD 14,95 €




Johannes Thiele
**Rote Kirschen ess ich gern**
Das allerschönste Kinderbuch
Können Sie noch Gedichte wie „Das Schlaraffenland" oder „Die komischen Heinzelmännchen" von August Kopisch aufsagen? Erinnern Sie sich an die Kinderlieder von damals, die Ihnen vorgesungen wurden und die Sie dann selbst gesungen haben, an „Maikäfer flieg" und „Weißt du, wieviel Sternlein stehn"? Rote Kirschen ess ich gern ist ein fabelhaftes Hausbuch für Kinder und Erwachsene und ein Schatz für Jung und Alt. Eine unvergessliche Reise in die Kindheit mit all den Facetten, wie ein Kaleidoskop sie zeigt, das der Großvater aus ein paar bunten Glassplittern gebaut hat. In dieser Vollständigkeit und Anschaulichkeit darf es als einmalig bezeichnet werden. Dieses wunderschön nostalgisch gestaltete Buch verführt Sie zu einer Entdeckungsreise in die wunderbare Kinderwelt von damals. In dieser einmaligen Sammlung findet man alles, die die Tradition den Kindern manchmal über Jahrhunderte hinweg vermittelt hat. 360 Seiten
Nr. P A1223 Gebunden 24,00 €

Heinrich Hemme
**Das große Buch der Paradoxien**
288 Seiten
Kartoniert
Nr. P A1246 9,95 €

Ein reich illustriertes Buch über die wundersame Welt der Paradoxien, Spielereien und Absurditäten. Hier wird so lustvoll wie fachmännisch Ihr Verstand strapaziert und Ihre Wahrnehmung überlistet. Magische Quadrate, Teufelsgabel oder Möbiusband; ein vollbelegtes Hotel, in dem immer noch ein Zimmer frei ist; eine Schildkröte, die kein noch so schneller Läufer je überholt: Seit jeher haben Philosophen, Mathematiker und Künstler ihre Freude daran, die Logik verrücktspielen zu lassen. Sie beweisen Unmögliches und lassen die Welt Kopf stehen.

Wolfram Gieseler
**Der Elch und seine urwüchsige Landschaft**
Erinnerungen eines Forstmeisters an die Elchniederung in Ostpreußen 1937–1945 112 Seiten
Detailliert und mit viel Liebe beschreibt der Forstmeister Wolfram Gieseler die Natur der Elchniederung und lässt uns am Alltagsleben zwischen 1937 bis 1944 teilhaben. 112 Seiten
Nr. P A1163 Kartoniert 7,95 €




Caroline Ronnefeldt und Anne Ronnefeldt
**Gartenglück und Sommerzauber**
Mein wunderbares Gartenlesebuch
Ein zauberhaft gestalteter Bildband über den Garten im Lauf der Jahreszeiten von Mai bis September. Mit Gartentipps, Rezepten, Gedichten und Geschichten, Fotos und Illustrationen. Von Mai bis September ist die schönste Zeit im Garten. Jeder Monat bringt seine eigene Blüte, seine Ernte, seine Farben und seine Atmosphäre. Inspiriert von der reichen Vielfalt und dem bunten Wachsen und Gedeihen im familiären Garten haben Caroline und Anne Ronnefeldt einen zauberhaften Bildband zusammengestellt. Gedichte und Geschichten, Gartentipps und Aufzeichnungen, Rezepte, Fotos und kunstvolle Illustrationen entführen den Leser in eine märchenhafte Welt voller Blumenduft und Geschmack nach frisch geernteten Beeren. 112 Seiten
Nr. P A1245 Gebunden 7,95 €




Fritz Baumgarten
**Das große Fritz Baumgarten Liederbuch**
Ein Hausbuch für die ganze Familie
Dieses nostalgisch gestaltete Liederbuch mit den schönsten und bekanntesten Liedern führt die ganze Familie mit Frohsinn durch alle Jahreszeiten. Mit den Noten und Akkorden lassen sich die Lieder auch leicht mit Instrumenten begleiten. Abgerundet wird das Liederbuch durch fantasievolle Zeichnungen von Fritz Baumgarten. Friedrich Karl Baumgarten war das jüngste von drei Kindern des Buchbinders Martin Konrad Baumgarten und dessen Ehefrau Wilhelmine Henriette, geb. Henning. Zwischen den frühen 1920er Jahren und 1960 veröffentlichte er weit über 500 Werke für Kinder. 64 Seiten
Nr. P A1255 Gebunden 7,95 €

Gerhard Wisnewski
**Verheimlicht * Vertuscht * Vergessen 2018**
Was 2017 nicht in der Zeitung stand
Fragen verboten! Lesen Sie Antworten, solange Sie dies noch dürfen … Psst! Wurde das Massaker in Las Vegas vom 1. Oktober 2017 inszeniert? Werden unsere Meinungen in Zukunft nach ihrer „Toxizität" bewertet? Wurden die Mainstream-Medien von Nazis gegründet? Ist der neue französische Präsident eine Freimaurermarionette? Das sind nur einige der Fragen, denen Gerhard Wisnewski in seinem neuen Jahrbuch verheimlicht – vertuscht – vergessen 2018 nachgeht. Und was wird morgen sein? Wohin geht die Reise? Welche Trends lassen sich aus dem Jahr 2017 ableiten? Wie immer riskiert Wisnewski in seinem Schlusskapitel „Trends" auch einen Blick in die Zukunft. Lesen Sie dort, wie der Globus durch Angst regiert wird, wie mithilfe des Terrorismus die Welt gesteuert wird, wie die Erde in einen Hochsicherheitstrakt verwandelt wird, wie die Unverletzlichkeit unserer Privatsphäre immer weiter aufgelöst wird, wie Deutschland zunehmend zu einem rechtsfreien Raum wird – und – anderes mehr. 272 Seiten
Nr. P A1228 Gebunden 14,95 €




Joachim Fernau
**Die Genies der Deutschen**
352 Seiten
Taschenbuch
Nr. P A1080 9,95 €

Mit den Lebensbildern so bedeutender Männer wie Martin Luther, Nikolaus Kopernikus, Johann Sebastian Bach, Albrecht Dürer, Johann Wolfgang von Goethe, Immanuel Kant und Albert Einstein, aber auch in straff gezeichneten Zeitgemälden fordert Joachim Fernau zur Auseinandersetzung mit der eigenen Zeit auf. Joachim Fernau, geboren 1909 in Bromberg, studierte in Berlin und arbeitete als Journalist für Ullstein, bis er 1939 zur Wehrmacht eingezogen wurde. Er lebte als freier Schriftsteller in München und der Toskana. Er veröffentlichte mehr als 20 Bücher, von denen sich einge millionenfach verkauften. Joachim Fernau starb 1988 in Florenz.




Jürgen Kleindienst (Hrsg.)
**Trümmerkinder**
Zeitzeugen erzählen aus der Nachkriegszeit 1945–1952
256 Seiten/Klappbroschur
Nr. P A0802 10,90 €

Nachkriegszeit der Jahre 1945 bis 1952. Die Kinder erduldeten nach dem Krieg Hunger und Kälte, und es fehlte ihnen an Kleidung. Sie lernten in überfüllten Schulklassen und spielten oft zwischen Trümmern. In den zerstörten Städten herrschte große Wohnungsnot, und Lebensmittel mussten auf „Hamsterfahrten" organisiert werden. Die meisten Mütter mussten, wie schon während des Krieges, allein für die Familie sorgen. Viele Väter waren gefallen, verschollen oder befanden sich in Kriegsgefangenschaft. Heute staunen die Menschen dieser Generation oft, wie sie ihre Kindheit trotz aller Entbehrungen letztlich überstanden haben. Dieses Buch bietet eine Sammlung von Zeitzeugenberichten von Trümmerkindern.




Erika Steinbach
**Flucht Vertreibung Mahnung**
Menschenrechte sind nicht teilbar – Erfahrungen meines Lebens
256 Seiten/Gebunden
Nr. P A0991 22,00 €

Das Schicksal der Heimatvertriebenen bewegt auch mehr als 70 Jahre nach Kriegsende die deutsche Gesellschaft. Erika Steinbach macht eindringlich deutlich, dass die Tragödie der Vertreibung nicht nur die direkt Betroffenen angeht, sondern nach wie vor alle betrifft: „Die Katastrophe der Vertreibung von fast 15 Millionen Deutschen mit allen nur denkbaren Grausamkeiten und Begleiterscheinungen in der Mitte des 20. Jahrhunderts ist schmerzlicher und unauslöschbarer Teil unserer ganzen Nation." Erika Steinbach zeigt auf, wie diese Menschenrechtskatastrophe dauerhaft die Identität des ganzen deutschen Volkes berührt, und macht gleichzeitig die europäische Dimension und Bedeutung beeindruckend anschaulich.

**RAUTENBERG BUCHHANDLUNG**

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:


**RAUTENBERG Buchhandlung**
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de


Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

| Anzahl | Bestell-Nr. | Titel | Preis € |
|---|---|---|---|
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |

Vorname ........ Name ........
Straße/Nr. ........ Telefon ........
PLZ/Ort ........
Datum ........ Unterschrift ........

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
**Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de**
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

## MELDUNGEN

### Jüdisches Lob für Orbán

**New York** – Der Jüdische Weltkongress (WJC) hat seine Kritik an Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán zurückgenommen und in ein Lob verwandelt. Der Regierungschef war zunächst vom WJC attackiert worden, weil Orbán den Milliardenspekulanten George Soros dazu bewegt hatte, seine Stiftung aus Budapest abzuziehen. Soros verlegte sie nach Berlin. Nun dagegen lobte der WJC Orbán, weil er sich verdient gemacht habe um das „Zusammenleben aller Völker“. *H.H.*

### Ein Hoch auf den Niedergang

**Utrecht** – Der holländische Konzeptkünstler Dries Verhoeven hat mit einer zehntägigen Installation in Utrecht den Niedergang der westlichen Kultur gefeiert. Dargestellt ist dieser Niedergang durch die riesige, umgestürzte Skulptur eines weißen Mannes mit der Sockelinschrift: „Sic transit gloria mundi“ (So vergeht der Ruhm der Welt). Verhoeven meint, es sei Zeit, die neue, von Asien oder dem Islam geprägte Weltordnung zu umarmen. *H.H.*

## ZUR PERSON

### Opfer verfehlter Asylpolitik

Der Skandal um die Bremer Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) macht es deutlich: Die Bundesregierung hat die Nürnberger Behörde mit der Politik der offenen Grenzen überfordert. Nun hagelt es Vorwürfe gegen die Präsidentin des Bamf, **Jutta Cordt**, die das Amt Anfang 2017 von Frank-Jürgen Weise übernommen hat. Ihr wird unterstellt, schon länger von Unregelmäßigkeiten bei Asylverfahren gewusst zu haben, ohne dass das Bamf eingeschritten sei. Die Aufklärung darüber habe ihre Behörde verschleppen wollen. Als Beweis dienen E-Mails eines Gruppenleiters des Bamf, der darum bat, den Vorfällen „geräuschlos“ nachzugehen. Auch der Personalrat des Bamf gießt Öl ins Feuer: Unter Weise habe es die Anweisung gegeben „Schnelligkeit über Sorgfalt und Qualität“, sprich, die Anträge sollten schnell vom Tisch sein. So sei es zu fehlerhaften Asylentscheidungen gekommen. Weise leitete das Bamf in der Hochphase der Asylkrise.




Bild: Bamf/A Salzmann

Seit April dieses Jahres ist bekannt, das die Bremer Außenstelle in 1200 Fällen Asyl gewährt hat ohne ausreichende Grundlage, möglicherweise auch an potenzielle Attentäter. Der Ruf nach Cordts Entlassung wurde laut, doch genauso wie Innenminister Horst Seehofer sich darauf beruft, dass die Vorfälle sich vor seiner Amtszeit ereignet haben, liegen die Unregelmäßigkeiten vor der von Cordt. Die Fehler liegen in Angela Merkels „Flüchtlingspolitik“. Infolge des rapide steigenden Immigrantenzustroms ab 2015 geriet das Bamf zunehmend unter Druck.

Cordt und Seehofer mussten sich im Innenausschuss des Bundestags den Fragen der Abgeordneten stellen. Die Sitzung fand erst nach Drucklegung dieser *PAZ* statt. Soll Cordt Opfer einer verfehlten Politik werden? *MRK*




# Duell in Rom

Wie wir den Bamf-Skandal einfangen, wer in Italien auf den Volkswillen uriniert, und warum die »Märkte« nervös werden / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Ob das jetzt richtig böse wird für die verantwortlichen Politiker bis hinauf zur Kanzlerin? Kaum anzunehmen. Gut, ein bisschen peinlich ist das schon, was da im „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“ (Bamf) aufgeplatzt ist. Aber sorgen Sie sich nicht zu sehr, das kriegen wir alles wieder unter den Teppich geschoben, wo es in aller gebotenen Stille vor sich hin müffelt, ohne großes Aufsehen zu erregen.

Warum ich da so zuversichtlich bin? Weil fast alle dabei waren! Sicher, Angela Merkel und ihr Intimus, der damalige Kanzleramtsminister und „Flüchtlingsbeauftragte“ Peter Altmaier, haben den Schlamassel von oben verursacht. Doch wer gesehen hat, wie Katrin Göring-Eckhardt herumeiert, der merkt schnell, was die Fraktionschefin der Grünen natürlich auch ganz genau weiß: Wenn es nach ihrer Truppe oder nach dem Willen der Linkspartei gegangen wäre, wäre das Chaos beim Bamf noch deutlich dramatischer ausgefallen.

Als Komplizen agierten auch Medien, die 2015 auf jeden losgegangen sind, der Zweifel hegte, dass der Millionenansturm an Asylsuchern zu bewältigen sei. Solche Leute schürten „Ängste in der Bevölkerung“, haben sie den Zweiflern damals um die Ohren gehauen. Und was ist mit den Kirchen, den Gewerkschaften oder gar den Wirtschaftskapitänen, die seinerzeit jubilierten, da kämen per Flüchtlingsticket „genau die Leute, die wir brauchen“, mit denen wir „ein neues Wirtschaftswunder“ zaubern?

Keiner der Komplizen der merkelschen Hereinspaziert-Politik verspürt das brennende Interesse, die Ursachen und Verantwortlichkeiten eines Skandals aufzudecken, dessen Keim er selbst mit gelegt hat. Die Komplizenschaft könnte dabei schließlich selbst zum Vorschein kommen.

Zudem wabert die Befürchtung durch den Raum, die AfD könnte die Aufarbeitung der Missstände zur Abrechnung mit Merkels Asyl- und Einwanderungspolitik „missbrauchen“. Na sowas: Die Folgen einer gescheiterten Politik auf deren Ursachen zurückzuführen ist also „Missbrauch“. Eine erstaunliche Interpretation! FDP-Chef Christian Lindner sieht es übrigens anders. Es sei genau umgekehrt: Wenn jetzt nicht aufgeklärt werde, spiele das der AfD in die Hände. Soll das heißen, die Freidemokraten hätten den Untersuchungsausschuss gar nicht gefordert, wenn die AfD nicht neben ihnen im Bundestag säße? Für diese Blumen sind Frau Weidel und Herr Gauland den Liberalen ein hübsches Dankeskärtchen schuldig.

Da nun sowieso alle aufgescheucht sind, hilft nur noch der gute alte Trick, der in solchen Situationen immer am besten zieht: Ordentlich Getöse machen, „lückenlose Aufklärung“ fordern und dabei den Blick der Öffentlichkeit listig auf Nebenaspekte ablenken. So werden Linkspartei und Grüne ganz besonders genau wissen wollen, wann Horst Seehofer was von wem erfahren hat und wann er wem welche Weisung erteilt oder eben nicht erteilt hat. In dem Gewurschtel verschwindet das eigentliche Versagen, also die obergrenzenlose Grenzöffnung unter der dämlichen Parole „Wir schaffen das“, ganz von selbst aus dem Blick. Damit bleibt der AfD auch nichts mehr zum „missbrauchen“.

> Wer nach den Ursachen des Skandals fragt, der begeht »Missbrauch«

Dass unser Staat an seinen Grenzen auch handlungsfähig sein kann, wenn er will, hat er soeben bewiesen: Die Eltern von Schulschwänzern, die einen oder zwei Tage zu früh in die Pfingstferien verschwinden wollten, wurden bei der Ausreise gestellt. Die eingefangenen Eltern dürften die Nachrichten über das Bamf-Versagen wegen der politisch gewollten Aufgabe von Grenzkontrollen bei Ausländern ganz besonders genießen. Wissen sie doch jetzt genau zu unterscheiden, bei welchen Leuten die Staatsmacht knallhart durchgreift und bei wem sie Gesetzesbruch (wie etwa illegale Einreise) toleriert.

Manche warnen ja, die Politik solle den Bogen nicht überspannen, irgendwann würde es den Bürgern zu viel. Wirklich? Und dann? Ja, stellen wir uns doch wirklich mal vor, die Deutschen hätten die Nase voll und würden das an der Urne auch zum Ausdruck bringen. Was wäre dann?

Seit Montag versucht der Staatspräsident unseres Euro-Partners Italien, diese Frage zu beantworten. Die Italiener haben mehrheitlich Parteien gewählt, die vom Euro nicht sonderlich angetan sind. Diese Parteien wollten folgerichtig die nächste Regierung bilden, dürfen sie aber nicht. Präsident Sergio Mattarella hat es verhindert, da ihm der vorgeschlagene Wirtschaftsminister nicht passt, weil der ein Euro-Kritiker ist.

„Der Wirtschaftsminister muss in seiner Person eine Botschaft des Vertrauens in Europa geben“, so Mattarella in seiner Begründung. Das dürfe niemand sein, der „den Austritt Italiens aus dem Euro plant“.

Manchen Italiener hat diese Auskunft überrascht. Er hatte sich das mit der Demokratie anders vorgestellt. Mit einem Male darf sein Land nicht mehr diejenige regieren, der die Mehrheit hat, sondern nur einer, der Brüssel zu Willen ist und im Euro-System bleiben möchte. Man muss das wohl eine von Brüssel „gelenkte Demokratie“ nennen. Demokraten vom Schlage Mattarellas sind es übrigens, die den „Autokraten“ Putin verachten und mit Ungarns Orbán auch nichts zu tun haben wollen, weil der kein richtiger Demokrat sei.

Einige Beobachter nennen den Vorgang in Rom einen Staatsstreich. Übertrieben? Zumindest will es Mattarella wirklich kochen lassen: Nachdem er den Volkswillen skalpiert hatte, setzte der Staatspräsident den Italienern Carlo Cottarelli als Übergangspremier vor die Nase.

Ausgerechnet der: Cottarelli war bis 2013 fünf Jahre lang als ranghoher Mitarbeiter beim Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington tätig. Damit kommt er für seine Landsleute direkt aus der Hölle, denn seit Ausbruch der Finanzkrise vor zehn Jahren ist der IWF für die Südeuropäer der Inbegriff des Bösen. Nach diesen fünf Jahren fungierte der einstige IWF-Mann noch kurz als „Sparkommissar“ in seiner Heimat, was ihn auch nicht eben populärer machte.

Man kann es nicht anders sagen, die Sache ist wirklich aufregend. Wir erleben die offene Machtprobe zwischen einer Elite, die auf den Volkswillen uriniert und den Pöbel hernach auch noch bis aufs Blut reizt. Wer wird sich wohl durchsetzen?

Sollte Mattarella als Sieger aus dem Duell zwischen Volk und Macht hervorgehen, eröffnet das ganz neue Horizonte. Bislang waren die Mächtigen ja immer von der leisen Angst getrieben, dass sie das Volk vom Hof jagen könnte, wenn sie es zu weit treiben.

Italien könnte diese Angst als unbegründet abräumen. Welche Erleichterung! Wie gesagt, wenn Mattarella gewinnt und das Volk unterliegt.

Die „Märkte“ sind sich aber keineswegs sicher über diesen Sieg. Dort wächst vielmehr die Nervosität, dass jetzt alles noch viel schlimmer kommen und das Volk erst richtig aufbegehren könnte, weil man es derart offensichtlich vorgeführt hat. Für so einen Fall hat man leider gar keine Strategie parat.

Bislang hatte man daher auf Provokationen à la Mattarella verzichtet und sich lieber darauf verlegt, eine gefährliche, „populistische“ Regierung nach der Wahl schrittweise „einzubinden“, auf Deutsch: zu kaufen. Mit der Methode haben sie selbst den rebellischen Alexis Tsipras erfolgreich leiser gedreht, warum also nicht auch die italienischen Euro-Umstürzler von der Lega Nord und den Fünf Sternen?

Vielleicht deshalb, weil für weitere Vertuschungsmanöver, mit denen man den griechischen Vulkan abgekühlt hatte, die Mittel fehlen. Weil Italien auch viel zu groß ist, um es auf die in Hellas geübte Art und Weise gesund zu schminken. Stattdessen wagt man notgedrungen den großen Knall. Was uns trösten mag: Da es in Italien passiert, hat die Vorstellung immer auch etwas Komisches.

## MEINUNGEN

***Berthold Kohler** sieht im **Bamf-Skandal** mit Epizentrum Bremen eine Gefahr für die etablierte Politik, wie er in der „FAZ“ (24. Mai) warnt:*

„Die konsequente Rückführung (abgelehnter Asylsucher, d. Red.) aber gehört(e) zu Merkels ‚Wir schaffen das‘-Plan. Ein anhaltendes Versagen auf diesem Feld würde nicht nur die Akzeptanz des Asylrechts gefährden, die schon durch die unkontrollierte Masseneinwanderung erheblich strapaziert wurde. In der Migrationspolitik entscheidet sich auch das Schicksal der ‚Volksparteien‘, was die SPD nicht nur in Bremen zu spüren bekommt.“

*Der frühere Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, **Heinz Buschkowsky** (SPD), urteilt in der „Bild“-Zeitung (29. Mai) über die **Enthüllungen** zum **Bamf**:*

„Was wir alle in den letzten Wochen scheibchenweise erfahren haben, dafür ist der Begriff Skandal eine Verniedlichung. Es ist vielmehr die Vernichtung einer Bundesinstitution ... Das Schlimmste an allem ist jedoch der anhaltende Unwillen, reinen Tisch zu machen. Diese kriminellen Umtriebe werden uns noch viel, viel Geld kosten.“

***Michael Bröning**, Politologe und Referatsleiter bei der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, hat ein Buch mit dem Titel **„Lob der Nation“** geschrieben. Im Gespräch mit der „Welt“ (25. Mai) erklärt er seine Beweggründe:*

„Wer ein demokratisches Europa einfordert, der darf nicht fordern, die demokratisch legitimierten Bestandteile dieses Europas zu zerschmettern. Im Prozess der Globalisierung braucht es den Nationalstaat, um den globalen Finanzkapitalismus in Bahnen zu lenken. Dasselbe lässt sich über den Klimawandel sagen. Oder die Migrationspolitik. All das funktioniert nicht ohne den Nationalstaat.“

***Alexander Fröhlich** findet es im „Tagesspiegel“ (27. Mai) riskant, wenn das **linke Lager die Überzahl** seiner Demonstranten gegenüber den AfD-Demonstranten am vergangenen Sonntag als Sieg verbucht:*

„Nun darf jeder, der das möchte, über das ‚Wegbassen‘ der AfD, über Glitzer und Partyprotest bei schönem Wetter jubeln und sich auf die Schultern klopfen. Aber mache sich keiner etwas vor: In den Umfragen liegt die AfD stets stabil über ihrem Ergebnis bei der Bundestagswahl 2017 von zwölf Prozent ... Zwischen deren Realität (der AfD-Anhänger) und dem teils selbstreferentiellen (linken) Spaßprotest in der Hauptstadt liegen Welten. Das ist die eigentliche Bruchstelle: Es gibt keine gemeinsame Öffentlichkeit.“

***Anselm Neft** sieht die Deutschen in einem aggressiv machenden **Opferkult** gefangen, links wie rechts. Um dem zu entkommen, empfiehlt er in der „Zeit“ (27. Mai):*

„Das Dilemma zwischen dem Aushalten starker Ohnmachts- und Schuldgefühle und dem Wunsch, Sündenböcke dafür leiden zu lassen, ist nicht neu ... Wenn wir verstehen, dass wir alle Opfer und Täter sind, müssen wir die Welt nicht mehr in Opfer und Täter einteilen und mit dem Finger entweder auf uns oder andere zeigen.“